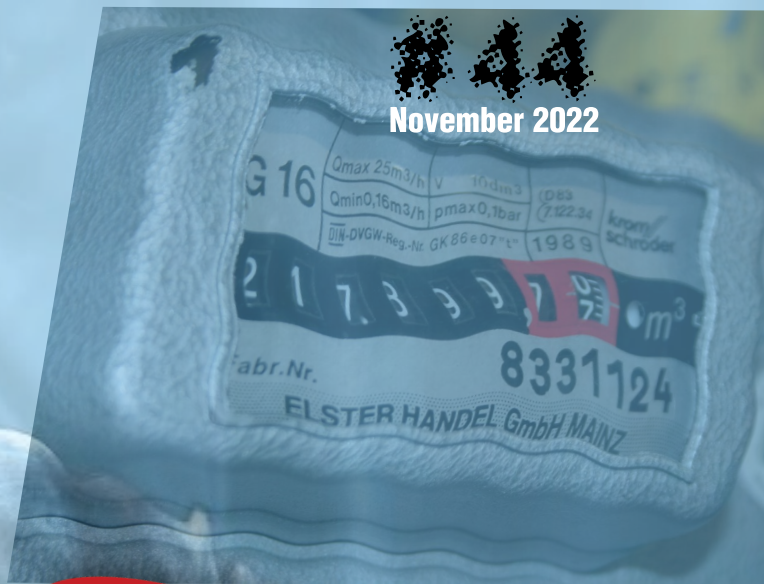


DISS Journal

- **DISS**course
- **DISS**agree
- **DISS**order

November 2022



Schwerpunkt
Neue Rechte / AfD / „Heißer Herbst“

DISS-Journal #44

November 2022

ZEITSCHRIFT DES DUISBURGER INSTITUTS FÜR SPRACH- UND SOZIALFORSCHUNG



IMPRESSUM

DISS-Journal
ISSN 2701-3081

Duisburger Institut für Sprach-
und Sozialforschung (DISS)
Siegstr. 15
47051 Duisburg

Tel.: 0203/20249
info@diss-duisburg.de

Homepage: www.diss-duisburg.de
Blog: www.disskursiv.de

REDAKTION

Guido Arnold
Wolfgang Kastrup
Helmut Kellershohn
Anna-Maria Mayer
Benno Nothardt
Jobst Paul

LAYOUT

Guido Arnold

HEFT-BESTELLUNG

info@diss-duisburg.de
Tel.: 0203/20249

Schutzgebühr: 4 EUR
kostenfrei für Mitglieder
des DISS-Förderkreises

Inhalt

4	VORWORT
5	DAS DISS WIRD 35 JAHRE! <i>Von Margarete Jäger</i>
6	VOM UKRAINEKRIEG ZUM „HEIßEN HERBST“ DIE AFD UND NEURECHTE „BEWEGUNGSINTELLEKTUELLE“ HOFFEN AUF MACHTGEWINN <i>Von Helmut Kellershohn</i>
11	DIE PARTEI UND IHR VORFELD. DAS KONZEPT DER MOSAIK-RECHTEN <i>Von Helmut Kellershohn</i>
15	PRONTI. BEREIT, WOZU? ITALIENISCHE MEDIENDISKURSE ZUM WAHLSIEG DES MELONI-BÜNDNISSES <i>Von Jörg Senf</i>
17	UNGLEICHHEIT, VERTRAUENSVERLUST UND AUSGRENZUNG <i>Von Peter Höhmann</i>
20	32 JAHRE DEUTSCHE EINHEIT ERGEBNISSE DES „DEUTSCHLANDMONITORS“ <i>Von Florentina Berisha und Christian Hoeps</i>
23	30 JAHRE ROSTOCK-LICHTENHAGEN DER RASSISMUS IST NOCH NICHT ÜBERWUNDEN <i>Von Heiko Kauffmann</i>
25	NACHRUF AUF KURT LENK: „RECHTS, WO DIE MITTE IST“ DER POLITOLOGE KURT LENK HAT GRUNDLEGENDES ZUR GESCHICHTE VON PARTEIEN UND DER THEORIE DER RECHTEN ERFORSCHT. NUN IST ER 93-JÄHRIG GESTORBEN. <i>Von Volker Weiß</i>
26	DAS PROBLEM DER DEKADENZ SEIT GEORGES SOREL <i>Von Kurt Lenk</i>
32	HEGEL UND DER PÖBEL <i>Von Wolfgang Kastrup</i>
36	DIE DEFORMATION DES ÖFFENTLICHEN RAUMS DURCH SEINE VIRTUALISIERUNG <i>Von Guido Arnold</i>
41	SELBSTMITLEID STATT SOLIDARITÄT DER DISKURS UM DIE BELARUSSISCHE AUßENGRENZE 2021 IM KONTEXT DES UKRAINEKRIEGS <i>Von Constantin Walkerling</i>
45	EINE WOHLWOLLENDE, ABER EINDEUTIGE KRITIK POSTKOLONIALER ERINNERUNGSTHEORIE <i>Rezension von Stefan Vennmann</i>
47	EINE KRITIK DER VERGLEICHENDEN GENOZIDFORSCHUNG <i>Rezension von Stefan Vennmann</i>
49	RECHTE RÄUME <i>Rezension von Dirk Dieluweit</i>
51	LESETIPPS
52	NEUES AUS DEM INSTITUT
54	DISS-KOLLOQUIUM



Vorwort

Während der Ukraine-Krieg sich zu einem veritablen Abnutzungskrieg entwickelt hat, dessen Ende vorerst nicht absehbar ist, verschieben sich das mediale Interesse und die politische Aufmerksamkeit im ‚Westen‘ auf die ökonomischen und sozialen Folgen des Krieges für den Zusammenhalt der europäischen Gesellschaften. Inflation (bereits älteren Datums) und Energiekrise belasten große Teile der Bevölkerung. Im Schatten des Krieges reüssiert derweil die europäische Rechte. In Italien und Schweden bestimmen in Zukunft rechte Parteien direkt durch Regierungsübernahme oder indirekt über Vereinbarungen die Regierungspolitik. Auch die AfD befindet sich wieder im Aufwind und liegt in Umfragen in Ostdeutschland vorn.



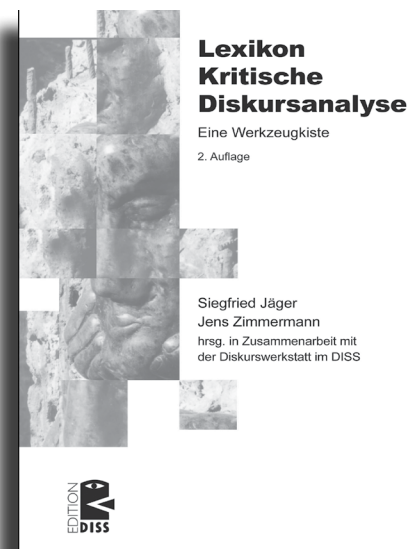
Das vorliegende DISS-Journal widmet sich schwerpunktmäßig – am deutschen Beispiel – der Frage, mit welchen strategischen Überlegungen zum Ukrainekrieg und zur Energiekrise die AfD und die sie beratenden neurechten Intellektuellen ihre Machtposition vor allem in Ostdeutschland im sog. „Heißen Herbst“ auszuweiten gedenken. Dabei geht es nicht nur um eine erfolversprechende Intervention in und die Einflussnahme auf die sich entwickelnde Protestbewegung, sondern auch um die weitere Transformation der Partei in eine auf Björn Höcke ausgerichtete Bewegungs-Partei, von der z.B. Bodo Ramelow unlängst in der FAZ (24.10.22) behauptete, dass sie sich zu einer „neuen faschistischen Bewegung mitten in Deutschland“ entwickle. Dass die politische Rechte in Italien á la Meloni eher auf ‚samtenen‘ Pfoten daherkommt, Kontinuität statt Diskontinuität betonend, beschreibt *Jörg Senf* (Rom) in seiner Analyse des italienischen Mediendiskurses anlässlich der italienischen Parlamentswahlen.

Der Beitrag von *Peter Höhmann* thematisiert eine wichtige gesellschaftliche Voraussetzung des Erstarkens der politischen Rechten, nämlich den Rückgang des Vertrauens in die öffentlichen Institutionen vor dem Hintergrund langfristig zunehmender Ungleichheitsverhältnisse und der reaktiven Ausbildung eines geschlossenen Nationalbewusstseins, das sich gegen ein als feindlich kodiertes Außen wendet. Die Ergebnisse des jüngsten „Deutschland-Monitors“ können dazu parallel gelesen werden (siehe dazu den Beitrag von *F. Berisha* und *Chr. Hoeps*).

Mit Bestürzung und Trauer haben wir vom Tod *Kurt Lenks* erfahren. Der Nestor der deutschen Konservatismus-Forschung war ein Freund und Förderer des DISS und hat mit seinen Vorträgen auf den DISS-Kolloquien unsere Sicht auf die konservative Revolution und den Faschismus geprägt. Aus Anlass seines Todes hat der uns verbundene *Volker Weiß* einen Nachruf in der taz geschrieben, den er uns zur Verfügung gestellt hat. Und wir erlauben uns, an einen luziden Vortrag Kurt Lenks auf dem DISS-Kolloquium 2004 zu erinnern, in dem er sich mit einem Zentralbegriff der politischen Rechten befasst, dem Begriff der Dekadenz. Er sei hier zur erneuten Lektüre abgedruckt und als Anregung gedacht, sich mit dem umfangreichen Werk Kurt Lenks tiefer auseinanderzusetzen.

Ein Letztes, diesmal etwas Erfreuliches: Das DISS ist 35 Jahre alt. *Margarete Jäger* blickt aus diesem Anlass zurück auf die lange Zeit intensiver gemeinsamer Arbeit.

Helmut Kellershohn



Siegfried Jäger, Jens Zimmermann (Hg.)
Lexikon Kritische Diskursanalyse
Eine Werkzeugkiste

ISBN 978-3-89771-755-8
Oktober 2019, 144 Seiten
Reihe: Edition DISS Band: 26

Die Diskurswerkstatt im DISS (Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung) hat ein Begriffslexikon zur Kritischen Diskursanalyse erarbeitet. Dieses Lexikon enthält über 200 Definitionen zentraler Begriffe, die sich letzten Endes auf die Arbeiten von Michel Foucault beziehen. In einer Einleitung wird das zentrale Netz von Diskurstheorie und Diskursanalyse entfaltet, in dem sich diese Begriffe verorten lassen.

Diskursanalyse (-theorie) im Allgemeinen und die Kritische Diskursanalyse im Besonderen gehören mittlerweile zum theoretischen und methodischen Kanon der geistes- und sozialwissenschaftlichen Forschung. Das Begriffslexikon will den aktuellen Stand der Kritischen Diskursanalyse (KDA) theoretisch, methodisch und begrifflich erfassen. Es präzisiert Begrifflichkeiten und bietet darüber hinaus als Nachschlagewerk Hilfestellungen für konkrete empirische Arbeiten sowie Anregungen für die weitere theoretische Diskussion.

Neben einer solchen anwendungsspezifischen wissenschaftlichen Ausrichtung ist das Lexikon auch dazu geeignet, Studierenden den Zugang zu dem Standardwerk „Kritische Diskursanalyse (KDA) Eine Einführung (7. Aufl. 2015)“ zu erleichtern. Es kann komplementär zu dieser Einführung gelesen werden und so ein tieferes Verständnis der Theoriearchitektur und des methodischen Vorgehens ermöglichen.

Das DISS wird 35 Jahre!

Von Margarete Jäger

In diesem Jahr feiern wir den 35. Geburtstag des DISS. Das ist schon eine ganz schöne Strecke Zeit.

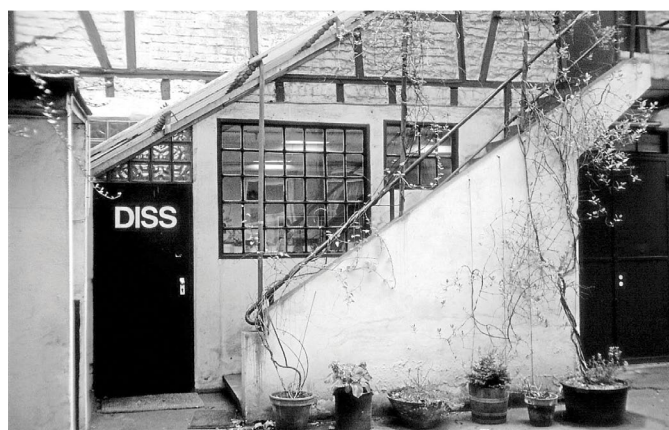
Als der duisburger Sprachwissenschaftler Siegfried Jäger 1987 das DISS zusammen mit anderen engagierten Menschen als gemeinnützigen Verein gegründet hat, sah es in Westdeutschland vielfach noch recht anders aus. Ich erinnere mich zum Beispiel, dass wir uns damals an dem Boykott der Volkszählung beteiligt haben, die wir als Einschränkung von Bürgerrechten bewerteten. Aus heutiger Sicht erscheint manchen von uns dieser Protest ziemlich antiquiert.

Doch gab es Ende der 1980er Jahr bereits eine gesellschaftliche Entwicklung, die sich leider bis heute gehalten hat und mit der wir es also immer noch zu tun haben. 1989 zog die rechtsextreme Partei „Republikaner“ in das EU-Parlament ein, heute haben wir es mit NPD, mit Parteien wie „Die Rechte“ oder „Der III. Weg“, aber vor allem seit einigen Jahren mit der AfD zu tun. Anfang der 1990er Jahre gab es eine emotional aufgeladene Debatte um das Asylrecht, in deren Verlauf Flüchtlinge und ihre Unterkünfte, aber auch hier wohnende Einwander:innen angegriffen wurden: Die Ereignisse von Hoyerswerda, Hünxe, Rostock und Solingen waren dabei herausragend (*siehe das Interview mit Heiko Kauffmann in diesem Heft*). Das Resultat war eine massive Einschränkung des Grundrechts auf Asyl. 2015 haben wir erneut eine Debatte um Flüchtlinge erlebt, die mit Gewalt gegen Einwander:innen und Geflüchtete verbunden war und deren Ergebnis von politischer Seite weitere Einschränkungen des Asylrechts waren.

Vor diesem Hintergrund könnte man also vermuten, dass unser Engagement nichts gebracht hat. Das würde ich aber so nicht sagen. Wir haben es zwar zurzeit mit einer massiven Rechtsentwicklung zu tun, doch im Unterschied zu der Situation vor 35 Jahren gibt es auch Kritik und Widerstand dagegen. Ihnen kann durch kritische Wissenschaft zugearbeitet werden. Ich denke dabei nicht nur an die Rechtsextremismus- und Rassismusforschung, sondern auch an die kritische Migrationsforschung, die es zumindest in diesem Umfang vor 35 Jahren noch nicht gab. Doch zeigen uns natürlich die weltweiten Entwicklungen auch, dass es hier noch eine Menge zu tun gibt.

Das DISS hat in den vergangenen fünfunddreißig Jahren zahlreiche Projekte durchgeführt und viele Bücher und Broschüren veröffentlicht. Wir haben ein umfangreiches Archiv extrem rechter Publikationen aufgebaut, auf das auch externe Personen zugreifen können. Ich will und kann hier jetzt nicht ins Detail gehen. Ich will eigentlich nur auf zwei Dinge hinweisen.

Von Beginn an war unsere wissenschaftliche Arbeit gegen den Strich auf Kooperationen mit anderen Wissenschaftler:innen und zivilgesellschaftlichen Organisationen angelegt. Das haben wir nicht nur mit zahlreichen Workshops und Kolloquien, sondern auch mit unserer Institutszeitschrift DISS-Journal zu institutionalisieren versucht. Im Laufe der Jahre haben wir mit vie-



len Personen und Institutionen zusammengearbeitet. Ich will hier nur beispielhaft das Bündnis für Demokratie und Toleranz, das Steinheim-Institut, das Rhein-Ruhr-Institut, die Friedrich-Ebert-Stiftung oder die Rosa Luxemburg-Stiftung nennen, und seit zwei Jahren besteht auch eine intensive Kooperation mit Forena von der Hochschule Düsseldorf. Hinter diesen Bemühungen stand und steht die Auffassung, dass keiner von uns den Stein der Weisen für sich gepachtet hat, sondern dass die Kritik an den bestehenden Verhältnissen aus verschiedenen Perspektiven heraus notwendig ist, um erfolgreich zu werden.

Dennoch glaube ich sagen zu können, dass das DISS in den vergangenen fünfunddreißig Jahren auch ein eigenständiges Profil entwickelt hat, mit dem wir uns über Duisburg hinaus sozusagen einen Namen gemacht haben. Damit meine ich zum einen die Entwicklung der Kritischen Diskursanalyse, die manchmal auch als Duisburger Ansatz gehandelt wird. Dabei handelt es sich um einen methodologischen Analyseansatz, mit dem gesellschaftliche Diskurse erfasst und interpretiert werden können. Die KDA versteht sich als ein Konzept qualitativer Sozialforschung, das insbesondere von den Schriften Michel Foucaults inspiriert ist und Vorschläge enthält, wie sich Diskurse analysieren und interpretieren lassen. Der Zusatz „kritisch“ soll das kritische Potential betonen, das es besonders dazu geeignet macht, gesellschaftlich brisante Themen zu analysieren, zu problematisieren und zu kritisieren.

Die Kritische Diskursanalyse, kurz KDA, hat aus meiner Sicht wichtige theoretische und methodologische Impulse für eine kritische Forschung gegeben. Das Buch, in dem das Konzept dargelegt wird, erscheint mittlerweile in der 7. Auflage und wird zurzeit von einer Arbeitsgruppe erweitert und überarbeitet.

Doch die KDA ist nicht das einzige Resultat, mit dem das DISS identifiziert wird. Die Ausarbeitungen zum völkischen Nationalismus als Konzept, mit dem nationale und nationalistische Positionen erfasst und kritisiert werden können, sind gleichfalls prägend für die bundesdeutsche Rechtsextremismus-Forschung.

Zusammengefasst kann man also sagen, dass die Arbeitsschwerpunkte des DISS auf die Analyse jeglicher Ausgrenzungsdiskurse liegen sowie auf die Weiterentwicklung des methodischen und inhaltlichen Instrumentariums, mit dem diese Diskurse erfasst und kritisiert werden können.



Vom Ukrainekrieg zum „Heißen Herbst“

DIE AfD UND NEURECHTE „BEWEGUNGSINTELLEKTUELLE“ HOFFEN AUF MACHTGEWINN

Von Helmut Kellershohn

Den jüngsten Eklat in der AfD hinsichtlich ihrer Haltung zum Ukrainekrieg bot die Reise dreier Landtagsabgeordneter (Hans-Thomas Tillschneider, Daniel Wald und Christian Blex) nach Russland. Geplant war auch ein Abstecher der „Putinverstehers“ in den Donbass. Die AfD-Parteispitze war nach eigenen Angaben nicht in die Reise eingeweiht und distanzierte sich davon (RP v. 21.09.2022). Die Reise wurde von den Abgeordneten abgebrochen. Das Beispiel zeigt die Unstimmigkeiten und internen Spannungen in der AfD,¹ die man eigentlich ungern öffentlich kommuniziert wissen möchte. Der folgende Beitrag untersucht die *offizielle* Haltung der AfD (in Gestalt ihrer Bundestagsfraktion) zum Ukrainekrieg und ihre Interpretation aus dem Munde ihres außenpolitischen Vordenkers Alexander Gauland. Mittlerweile hat sich die Aufmerksamkeit der Partei auf die wirtschafts- und sozialpolitischen Folgen des Krieges in Deutschland (Energiekrise, Preissteigerungen etc.) verlagert. Im zweiten Teil des Beitrages geht es um die Frage, wie die Partei und ihr Vorfeld die vielerorts erwarteten und bereits angelaufenen Proteste, vor allem in Ostdeutschland, für sich zu nutzen gedenkt. Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf den neurechten „Bewegungsintellektuellen“, die mit ihrer Rolle als Vordenker und Berater in die Partei hineinwirken.² In einem Nachtrag gehe ich auf die Rede Björn Höckes in Gera am 3. Oktober ein, die man als eine Art Kriegsrede, die die offizielle Haltung der Partei geflissentlich übersieht, begreifen muss.

DAS POSITIONSPAPIER DER AfD-BUNDESTAGSFRAKTION

Auf der Fraktionsklausur im März 2022 in Oberhof (Thüringen) konnte sich die Partei auf ein „Positionspapier der AfD-Bundestagsfraktion zum Russland-Ukraine-Krieg“³ mit neun Punkten einigen:

Der Angriff Russlands auf die Ukraine wird als „völkerrechtswidrig[]“ verurteilt, aller gefallenen Soldaten (Soldatinnen?) und zivilen Opfer wird gedacht, von Putin ein „Ende der Kampfhandlungen“ gefordert und ein „sofortige[r] Waffenstillstand“ verlangt. Waffenlieferungen an die Ukraine wie in jedes Krisen- und Kriegsgebiet wird eine Absage erteilt, Wirtschaftssanktionen werden abgelehnt (Ausnahme: gegen „Verantwort-

liche und Unterstützer des Angriffskriegs“), ebenso ein Beitritt der Ukraine zur EU und zur NATO. Ukrainische Kriegsflüchtlinge sollten nur „temporär[]“ und nur „sofern es sich um ukrainische Staatsbürger handelt“, aufgenommen werden, angebliche Diskriminierungen russischsprachiger Mitbürger werden kritisiert. Mit Blick auf die zu erwartende Energiekrise wird vorsorglich die Argumentationslinie der Partei festgelegt: Die Energiewende (Kohleausstieg, Verzicht auf Kernkraft) soll schuld sein an der Verwundbarkeit Deutschlands, nicht die Abhängigkeit von russischen Erdgaslieferungen. Sie müsse rückgängig gemacht werden, Nord Stream II soll in Betrieb genommen werden.

Es handelt sich bei dem Positionspapier um einen dilatorischen Formelkompromiss zwischen den verschiedenen Strömungen: Putin-Versteher*innen und Ukraine-Unterstützer*innen sollen auf eine gemeinsame Haltung verpflichtet werden. Die parallele Einführung eines Sanktionskatalogs in der Fraktion soll dazu führen, die Meinungsdisziplin der Fraktionsmitglieder zu erhöhen. Kern des Kompromisses ist die Kritik am völkerrechtswidrigen Verhalten der russischen Regierung bei gleichzeitiger Ablehnung der westlichen Sanktionspolitik und militärischen Unterstützung der Ukraine. „Neutralität der Taten“ (Alexander Gauland)⁴ lautet die Empfehlung an die deutsche Außenpolitik, wäre die AfD für sie verantwortlich, im Klartext: Verzicht auf Gegenreaktionen (Sanktionen, Waffenlieferungen) und perspektivisch, nach einem Waffenstillstand, Unterstützung einer Verhandlungslösung, die freilich von vornherein davon ausgehen sollte, dass die Ukraine weitgehend zum russischen Einflussbereich gehört.

ALEXANDER GAULAND: RUSSLAND DARF NICHT VERLIEREN

Diese prorussische Schlagseite des „Positionspapiers“ findet sich auch in einem Interview Alexander Gaulands mit der *Jungen Freiheit* (JF 30-31/22, 29.07.2022), in dem er den Kompromiss verteidigt und näher erläutert. Man sei sich einig – auch „mit den anderen Parteien“ – in der „Verurteilung des russischen Angriffs“;⁵ Unterschiede bestünden in der Beurteilung des Krieges. Während die einen den Krieg als einen „geostra-

1 Vgl. dazu die Überblicke bei Gareth Joswig: Wie hältst du's mit Russland? <https://taz.de/Die-AfD-und-der-Krieg-in-der-Ukraine/!5844230/>; Toni Brandes/ Sven Kames/ Lucius Teidelbaum u.a.: Die AfD und der Russland-Ukraine-Krieg; <https://www.der-rechte-rand.de/archive/8364/die-AfD-und-der-russland-ukraine-krieg/>.

2 Der vorliegende Artikel wurde bis auf den Nachtrag Ende September abgeschlossen

3 <https://AfDbundestag.de/positionspapier-ukraine-krieg/>.

4 Gauland in einer Rede vor dem Deutschen Bundestag (23.03.2022).

5 Auf dem Bundesparteitag vom 17. bis 19. Juni 2022 wurden zwei Anträge zur Tagesordnung vorgelegt, von denen der heftig diskutierte erste Antrag, die Resolution „Europa neu denken“, das Wort „Angriff“ vermied und stattdessen vom „Ukraine-Konflikt“ (Antragsbuch S. 8) sprach, während der zweite („Waffenlieferungen stoppen, Dialog starten, gesamteuropäische Friedensordnung sichern“) den „völkerrechtswidrigen Angriff Russlands“ (Antragsbuch S. 13) unterstrich. Die erste Resolution wurde zur Überarbeitung an den Bundesvorstand überwiesen, die zweite stand nach dem Abbruch des Parteitages gar nicht mehr zur Debatte. Vgl. dazu Rainer Roeser: Entwicklung und Positionen der AfD auf dem Parteitag in Riesa (= FORENA-Diskussionspapier 4/2022), Düsseldorf 2022, 6ff.

tegischen Konflikt zwischen den USA und Rußland“ betrachten, sähen die anderen einen „Kampf zwischen Freiheit und Autoritarismus“. Gauland selbst präferiert die erste Sichtweise, die er nicht unter das Etikett „Putinverstehler“ subsumiert wissen will. Die USA wollten keine „echten Verhandlungen der Ukraine mit Rußland, sondern den Konflikt“. Das halte er, „aus europäischer Sicht, für falsch“. Selbstverständlich verteidigten die Ukraine „ihre Freiheit“, aber nicht „die“ oder gar unsere Freiheit“. Die Forderung nach Waffenlieferungen sei verständlich, müsse aber hinterfragt werden. Man dürfe sich nicht von „Sympathien“ leiten lassen. Schließlich habe der Krieg eine „Vorgeschichte“, an der der Westen nicht unbeteiligt gewesen sei. Man habe es von Seiten des Westens versäumt, Rußland nach dem Zerfall der Sowjetunion in eine „neue Ordnung“ zu integrieren, und stattdessen die Nato-Osterweiterung betrieben, ohne Rücksicht auf die russische „Einflußsphäre“, deren Existenz er mit Verweis auf die US-amerikanische Monroe-Doktrin an sich für legitim erachtet. Unter Berücksichtigung der berechtigten Interessen der osteuropäischen Staaten hätte man „einen gemeinsamen Weg mit Rußland“ in diese „neue Ordnung“ finden müssen. Stattdessen habe der Westen Rußland gedemütigt, so Gauland in seiner Bundestagsrede vom 23.03.2022, ähnlich wie Bismarck Frankreich 1870/71 und die Siegermächte 1919 in Versailles Deutschland.⁶ Rußland habe zwar mit der Nato-Rußland-Akte die veränderten Verhältnisse anerkannt, weshalb sein „jetziges Verhalten“ völkerrechtswidrig sei, aber diese Verhältnisse innerlich nicht akzeptieren können.

Die Relativierung des Vorwurfs zeigt Gauland als verständnisvollen Interpreten der russischen Position; andererseits betont er mit Blick auf „uns Deutsche“, dass „wir [...] kein originäres Interesse an Sieg oder Niederlage einer Partei“ haben. Diese gegenüber den (möglichen) Ergebnissen des Krieges auf den ersten Blick neutrale Haltung widerspricht freilich der im „Positionspapier“ geäußerten Ablehnung eines ukrainischen Beitritts zur EU und zur Nato. Denn ein Nicht-Beitritt, zumal als Bestandteil einer Verhandlungslösung, würde (und wird) sicherlich auf Seiten der Ukraine als Niederlage betrachtet werden. Aber genau dies mutet Gauland der Ukraine zu, wie er in einer Rede vor dem Bundestag (17.02.2022) betont: Es gehe um Lösungen, „die für die Großmacht Rußland annehmbar und für die Ukraine akzeptabel sind. Eine NATO-Mitgliedschaft dieses Landes ist es nicht, wohl aber ein wie auch immer garantierter neutraler Status, wie ihn in unterschiedlicher Weise Finnland und Österreich genießen“. Was genießbar ist, bestimmt also die Großmacht Rußland. Dies aus Klugheitsgründen zu akzeptieren, ist der ‚väterliche‘ Rat Gaulands an die Ukraine. Sie habe zwar „das Recht, ihre Bündnisse frei zu wählen. Doch wie sie davon im Angesicht ihrer Nachbarn Gebrauch macht, entscheidet über Erfolg und Misserfolg des noch jungen Staatswesens. Deshalb sollte der Westen alles vermeiden, was diese Krise zum Instrument eines billigen Triumphes über Rußland macht, und der Ukraine dringend abraten, geopolitisch Teil des Westens zu werden. Auf Dauer ist eine europäische Friedensordnung nur



mit Rußland und niemals gegen seine Interessen zu verwicklichen.“⁷

Gauland sieht Deutschland – Bismarck redivivus – in der Rolle als „ehrllicher Makler“, der um eines höheren Ziels willen (europäische Friedensordnung mit Rußland) Interessen abwägt, geopolitische ‚Realitäten‘ in Rechnung stellt und eine, so die Hoffnung, akzeptable pragmatische Lösung anbietet, in diesem Fall eine „neutrale und demilitarisierte Ukraine“⁸ als russische Einflußzone. Die Rolle des Maklers unterstellt Selbstlosigkeit, Uneigennützigkeit und eine Neutralität, die freilich in concreto auf Kosten der Ukraine geht, insofern sie ihre Subalternität zu akzeptieren hat. Denn, so Gauland, „auch der ukrainische Präsident kann nicht wollen, dass die Freiheit der Ukraine auf den Trümmern Europas errichtet wird“ (Bundestagsrede vom 23.03.2022).

Damit spielt Gauland auf seine Hauptsorge eines möglichen Atomkrieges an. Im Interview begründet er das erwähnte Desinteresse („an Sieg oder Niederlage einer Partei“) damit, dass der Krieg „uns Deutsche existentiell“ nicht betrifft. „Das ist nicht unser Krieg“, heißt es denn auch in der Überschrift des Interviews, obwohl er, wie aufgezeigt, im Verlauf des Gesprächs die Nato-Osterweiterung, an der Deutschland doch mitbeteiligt war, als eine der Ursachen des Krieges bewertet. Unabhängig davon: Gauland will erstens sagen, „dass Deutschland alles tun muß, um eine direkte Konfrontation mit Rußland zu vermeiden. Auf keinen Fall dürfen wir uns in diesen Krieg hineinziehen lassen.“ Zweitens definiert er dann sehr wohl ein existenzielles Interesse Deutschlands, nämlich an der Nicht-Eskalation des Krieges und daran, daß „Rußland in eine Lage kommt, in der es versucht ist – nur wenige hundert Kilometer von uns entfernt! – Atomwaffen einzusetzen.“ Und drittens widerruft er das besagte Desinteresse dahingehend, dass Rußland zumindest „nicht verlieren [darf], da eine Atommacht auch in einem Krieg nach der Art des 19. Jahrhunderts die Mittel des 20. und 21. Jahrhunderts einsetzen kann, wenn sie zu unterliegen droht“ (Bundestagsrede vom 28.04.2022; Hervorh. durch Vf.). Das ist

6 Derartige Vergleiche gehören, historiographische Informiertheit demonstrierend, zum Repertoire Gauland'scher Reden. Dazu gehören auch solche ‚Lehrsätze‘ aus dem Schulbuch der Geopolitik wie der, man solle „niemals eine Großmacht demütigen“.

7 „Es ist das eine, nach dem Völkerrecht ein theoretisches Recht auf Bündniszugehörigkeit zu haben, und das andere, in einer Staatenordnung, wie sie nun einmal ist, seinen Platz mit Klugheit zu behaupten. Einflußsphären verschwinden nicht dadurch, dass man sie leugnet [...]“ (Gauland im Bundestag, 23.03.2022)

8 So Gauland im Bundestag, 23.03.2022. Die Resolution „Europa neu denken“ (vgl. Fn. 5) sieht die Ukraine als „blockfreien und neutralen Brückenstaat“ (Antragsbuch S. 11), während die zweite Resolution eine derartige Zuweisung vermeidet.



die Gauland'sche Antwort auf die Formel des Kanzlers, dass Russland nicht gewinnen dürfe. Gaulands Interviewpartner, Moritz Schwarz, trifft den Kern der Gauland'schen Argumentation, wenn er den von Gauland beschworenen Atomwaffeneinsatz (im Falle einer sich abzeichnenden russischen Niederlage) wie folgt kommentiert: „Richtig, aber bedeutet das im Klartext nicht, daß Ihnen lieber noch als eine unsichere Verhandlungslösung ein schneller Sieg Rußlands wäre? Vielleicht nicht aus Russophilie, aber weil dann der Gefahrenherd ausgetreten ist. Sicher kann man das vertreten, aber müßten Sie es dann ehrlicherweise nicht auch öffentlich sagen?“

ZWISCHENERGEBNIS

Das AfD-Positionspapier wie auch Gauland lehnen trotz Verurteilung des russischen Angriffskriegs als völkerrechtswidrig die westliche Sanktionspolitik und Waffenlieferungen ab. Die „Neutralität der Taten“ (Gauland) soll helfen, die Eskalationsdynamik des Krieges hin zu einem Atomkrieg zu bremsen. Voraussetzung für den Nicht-Einsatz von Atomwaffen (von russischer Seite) sei, dass Russland den Krieg „nicht verlieren“ darf.

Erwünscht ist eine Verhandlungslösung, die die Neutralisierung und Demilitarisierung der Ukraine bzw. den Nicht-Beitritt der Ukraine zur EU und zur Nato beinhaltet. Im Sinne einer russischen „Monroe-Doktrin“ gehöre die Ukraine zum Einflussgebiet Russlands. Über konkrete Zugeständnisse Russlands schweigen sich sowohl das Positionspapier als auch Gauland aus.

Insgesamt kann von einer de facto prorussischen Haltung gesprochen werden, trotz der in Anspruch genommenen Neutralität. Die Deutschland zugeordnete Rolle des „ehrliehen Maklers“ ist wenig glaubwürdig und eher ein Anachronismus. Bereits Bismarck musste nach dem Berliner Kongress 1878 erfahren, dass die russische Seite in Gestalt des Zaren Alexander II. die Zugeständnisse, die sie auf dem Balkan machen musste, Bismarck verübelte („Ohrfeigenbrief“, August 1879). Bismarck sah sich gezwungen, von seiner Idealkonstruktion des „Kissinger Diktats“ (1877), die europäischen Beziehungen im Konzert der fünf Großmächte betreffend, Abstand zu nehmen und mit dem deutsch-österreichischen Zweibund (Oktober 1879) den bündnispolitischen Schwerpunkt auf „Mitteleuropa“ zu legen und ansonsten sich mit Aushilfskonstruktionen zu begnügen (Drei-Kaiser-Bündnis 1881/84, Rückversicherungsvertrag 1887). Eine umstandslose Übertragung des Makler-Modells auf die heutigen Verhältnisse, wie sie Gauland vornimmt, verkennt zudem, dass ein „Ausgleich mit Russland“, der der russischen Seite die Sonderrechte einer Großmacht einräumt, die Position Deutschlands in den ostmitteleuropäischen Staaten weiter schwächen würde.

AUSBLICK AUF DEN „HEIßEN HERBST“: SCHWERPUNKT OSTDEUTSCHLAND

Die prorussische Haltung der AfD erlaubt es ihr, sämtliche Probleme der Energieversorgung auf die verfehlte Haltung der Bundesregierung im Ukrainekrieg und gegenüber Russland zurückzuführen und mit der Ablehnung der Energiewende zu verknüpfen. Hätte es keine Energiewende gegeben, so die Argumentation, wären „wir“ auch nicht so abhängig von russischen Importen, und würden „wir“ Russland nicht sanktionieren und der Ukraine Waffen liefern, gäbe es auch keine Schwierigkeiten mit der Energieversorgung. In beiderlei Hinsicht hofft die AfD, die „Altparteien“ für die (drohende) Energiekrise und die weiter steigenden Preise im Winter verantwortlich machen zu können.¹⁰

In der Rolle des Schuldzuweisers fühlt sich die AfD „pudelwohl“, agiert diesbezüglich aber nicht alleine, sondern stützt sich dabei auf ihr „Vorfeld“, allen voran die ihr nahestehenden neurechten „Bewegungsintellektuellen“ (vgl. den Artikel zur „Mosaik-Rechten“ in diesem Heft) vom Institut für Staatspolitik (IfS) und der Zeitschrift *Compact* um ihren Chefredakteur Jürgen Elsässer. Auf deren strategische „Expertise“ gehe ich im Folgenden etwas näher ein.

Daniel Fiß ist im IfS zuständig für die Beobachtung von Stimmungstrends in der Bevölkerung und wertet in diesem Zusammenhang die Ergebnisse von Umfragen der führenden Meinungsforschungsinstitute aus. Im Juli dieses Jahres (zum Folgenden vgl. *sezeession.de*, 28. Juli 2022) sieht er auf Basis seiner Auswertung eine für die AfD verbesserte Stimmungslage, die er wie folgt begründet:

1. konstatiert er einen „Perspektivwechsel vom fernen Krieg in der Ukraine auf die unmittelbaren Auswirkungen der wirtschaftlichen Situation in der Bevölkerung und Industrie“. Der Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit verlagere sich vom Feld der Außenpolitik auf die konkret erfahrbaren Nöte im Alltag. Die innerparteilichen Auseinandersetzungen um die richtige „Positionierung im Russland-Ukraine-Konflikt“ verlören damit an Bedeutung.
2. Das eröffne die Möglichkeit für die „sozial- und wirtschaftspolitische Profilschärfung und [den] Aufbau fachpolitischer Kompetenz“, also die Optimierung der „eigenen Kompetenzwerte“ und die Möglichkeit, „sprechfähige Personen aufzubauen und nach vorne zu stellen“.
3. Die Demonstrationsbereitschaft habe sich im Vergleich zur Corona-Krise von 16 Prozent der Befragten auf 44 Prozent (laut INSA) gesteigert. Ganz im Sinne der vom IfS (Benedikt Kaiser) propagierten „Mosaik-Rechten“ betont Fiß, dass es nicht entscheidend sei, „ob die AfD direkt als Akteur im Zentrum der Proteste auftritt“, will sagen, dass diese Proteste von verschiedensten Seiten initiiert werden

9 So die Formulierung in der Resolution „Europa neu denken“ (s. Fn. 5), an der übrigens Gauland mitgearbeitet hat (vgl. Fn. 5: Roeser 2022, 7). Allerdings bezieht sich das Leitbild eines Ausgleichs auf einen fernerer Zustand, in dem – nach Auflösung der EU und Eurozone – eine neue europäische „Wirtschafts- und Interessengemeinschaft“ souveräner Nationalstaaten sowie eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) als immerhin noch „Mitglied einer reformierten NATO“ (ohne Ukraine und Georgien) Verhandlungspartner Russland wären.

10 „Eine Teuerungswelle rollt durch Deutschland. Diese Entwicklung trifft vor allem die Schwächsten der Gesellschaft, aber auch den Mittelstand – das Rückgrat unserer Wirtschaft. Und die Regierung? Sie schaut tatenlos zu, wie die schleichende Inflation seit Herbst 2021 die Leistungsträger unserer Gesellschaft ruiniert. Gleichzeitig tut sie so, als wäre alles nur eine Folge äußerer Geschehnisse, die nicht in ihrer Macht lägen.“
<https://www.AfD.de/preistreiber-stoppen/>

können. Es sei aber Aufgabe der AfD, „Vernetzungs- und Beratungsangebote, Hilfsnetzwerke und regionale Anlaufzentren“ zu schaffen und darüber in der erwarteten Protestwelle präsent zu sein und, so die unausgesprochene Erwartung, von ihr zu profitieren.

Dieser letzte Punkt wird vor allem von Götz Kubitschek näher ausgeführt. In einer gleich vierteiligen Serie (sezeession.de 24., 26. Aug., 2. und 6. Sept.) macht er sich Gedanken über den Herbst und wie die erwartete „Empörung“ strategisch bearbeitet werden sollte. Entscheidend werde sein, so Kubitschek, „daß die Empörung über die nationsvergessene Politik der Altparteien in eine Wahrnehmung der Alternative umgelenkt wird“. Er ist sich sicher, dass vor allem in Ostdeutschland „das Vorfeld aus Bürgerinitiativen, Protestbündnissen und regionalen Initiativen längst dieselbe Sprache wie die Partei“ spricht. Man könne daher auf eine „Arbeitsteilung, die unabgesprochen funktioniert“, vertrauen: „Wo Handwerksverbände, Belegschaften insolventer Betriebe, Selbständige aus Innenstädten in Briefen und auf Demonstrationen ein Ende der Zerstörung ihrer Wirtschaftsfähigkeit fordern, muß die Partei weder mitformulieren noch den Vorreiter spielen. [...] Sie muß Wahlkreisbüros zu Rückzugsräumen für den Protest ausbauen und neue eröffnen. Sie muß Säle füllen, Präsenz zeigen und die Abwiegeltreffen der Macht stören.“

Was ist das Kalkül? – Das Konzept der unabgesprochenen Arbeitsteilung ließe *erstens* den Protest vielfältiger, breiter und vor allem selbstständiger erscheinen, als wenn die AfD quasi zentralistisch die Rolle des ‚Vorreiters‘ übernehmen würde, eine Rolle, die sie womöglich nicht ausfüllen und für deren eventuelles Scheitern sie folglich auch nicht verantwortlich gemacht werden könnte. Erschwert würde zudem *zweitens* eine Reaktion von Politik und Medien, die versucht sein könnte, die Proteste als von der AfD gesteuert zu delegitimieren. Umgekehrt könnte sich die AfD ihrer ‚Volksnähe‘ rühmen und sich den Erfolg einer Protestbewegung auf ihre Fahnen schreiben. Und *drittens* zielt das Kalkül auf die Positionierung der AfD zwischen den ‚Defaitisten‘ in den eigenen Reihen und maximalistischen Kräften außerhalb der AfD. Sicherlich wird die AfD nicht der einzige politische Player sein, der in den Protesten ‚mitmischen‘ will. Freie Sachsen, Dritter Weg, überhaupt das ganze Spektrum der Neonazis wird versuchen, zu intervenieren und Einfluss auf die Proteste zu nehmen und tut es auch schon. Diese Konkurrenz – Kubitschek bezieht sich vor allem auf die Freien Sachsen – müsse die AfD anspornen: „Sie muß kämpfen und darf nicht nur ihren Status als starke Opposition verwalten“ – eine Formulierung, die sich einerseits gegen die „Funktionärsvernunft“ derjenigen in der AfD richtet, die seiner Meinung nach auf Harmonie und Verständigung mit den „Altparteien“ setzen. Andererseits warnt Kubitschek mit Blick auf

die besagte Konkurrenz vor unrealistischen, maximalistischen Zielsetzungen des Protests: „Es geht auch in den kommenden Monaten nicht um Alles oder Nichts. Es geht um Mehr oder Weniger, um weitere Verschiebungen zu unseren Gunsten, um Stabilisierung und Konsolidierung, um Ausbau und Mobilisierung, um die Sichtbarkeit der Alternative und um Zuversicht, daß es noch nicht zu spät sei.“ Mittelfristig entscheidend sei, „Werte jenseits der 30 Prozent zu erringen und sich noch tiefer im Land [gemeint ist Ostdeutschland; d. Vf.] zu verankern.“¹¹

Martin Sellner, der ‚Papst‘ der Identitären, stimmt in seinem Beitrag auf *sezeession.de* vom 20.09. Kubitschek im Allgemeinen zu, was die Warnung vor maximalistischen Zielsetzungen anbetrifft, formuliert jedoch deutlich forscher und bewegungsorientierter, wenn er die „Leitstrategie der Reconquista“¹² empfiehlt: „Das grobe Konzept der Reconquista besteht im Aufbau von ‚people power‘ durch Demonstrationen, Aktionen, Elitenbildung, Kultur- und Öffentlichkeitsarbeit. Theoriebildung, Gegenöffentlichkeit, Gegenkultur und Bewegung wirken hier im Idealfall mit der Partei zusammen.“ Wünschenswert wäre, so Sellner ganz unbescheiden, eine „Regionalreconquista“ oder ein „Ostmaidan“.

GEGEN LINKS

Derartige Zielsetzungen richten sich natürlich nicht nur gegen die Regierungsparteien und die Union, sondern auch gegen Die Linke. Als sie am 5. September in Leipzig gegen die Energie- und Sozialpolitik unter dem Motto „Heißer Herbst gegen die soziale Kälte“ demonstrierte, ergriffen Freie Sachsen und AfD die Gelegenheit, ihrerseits Kundgebungen durchzuführen. Pfiffigerweise wählten sie das Motto „Getrennt marschieren, gemeinsam schlagen“, mit dem Helmuth von Moltke¹³ 1866 im preußisch-österreichischen Krieg („Deutscher Krieg“) mit getrennten Armeen in die Schlacht von Königgrätz zog – mit Erfolg übrigens. Das Kundgebungsplakat suggerierte, dass nicht nur Jürgen Elsässer, André Poggenburg (ehemals AfD und Aufbruch Deutschland), Martin Kohlmann (Freie Sachsen) und Anselm Lenz (Demokratischer Widerstand) ihre Reden schwingen würden, sondern mit ihnen gemeinsam auch Gregor Gysi und Sören Pellmann von der Linken. Bekanntlich firmiert eine solche „Offerte“ (Kubitschek) der lagerübergreifenden Kooperation unter dem berüchtigten Stichwort „Querfront“.

„Experte“ in dieser Hinsicht ist der Renegat Jürgen Elsässer, der zu den eifrigsten Putinisten der deutschen Rechten zählt. Seine Querfront-Propaganda ist die Schleimspur, auf der diejenigen, die ihr folgen, ins Rutschen nach rechts geraten. So richtet Elsässer seinen Bündnis-Appell an jene ‚aufrechten‘ Linken, „die ihre politische DNA, nämlich Einsatz für die Arbeitenden und

11 Neueren Wahlumfragen (im Durchschnitt) zufolge liegt die AfD in Thüringen mit 26,8% (21.09.) an erster Stelle, in den restlichen ostdeutschen Bundesländern an 2. Stelle: Sachsen 30,0% (20.09.); Brandenburg 25,0% (12.09.); Mecklenburg-Vorpommern 24% (15.08); Sachsen-Anhalt 23% (15.06.). Bundesweit: 13,4% (Position 4). Vgl. <https://dawum.de/Bundestag/> (Stand: 22.09.) Laut INSA-Meinungstrend für „Bild“ (27.09.) liegt die AfD in Ostdeutschland mit 27% mittlerweile an erster Stelle (CDU 26%), der bundesweite Wert beträgt 15%.

12 Die Reconquista, d.h. „Rückeroberung“ bezieht sich ursprünglich auf die allmähliche Zurückdrängung des muslimischen Machtbereiches auf der iberischen Halbinsel bis hin zur Eroberung Granadas 1492 durch die katholischen KönigInnen Isabella I. und Ferdinand II. Die Identitäre Bewegung erhebt die Reconquista „angesichts der erneuten Bedrohung durch den Großen Austausch und einen aggressiv-raumgreifenden Islam“ zu ihrem Leitbild und meint darüber hinaus im übertragenen Sinne „unsere Bereitschaft [...], unser Volk, unsere Kultur und unsere Lebensart zu verteidigen“, so der Identitäre Mario Alexander Müller in *Kontrakultur* (Schnellroda 2017, 236f.).

13 Das Moltke-Zitat lautete ursprünglich „Getrennt marschieren, vereint schlagen“.



gegen den Imperialismus, nicht dem Bündnis mit SPD und Grüne opfern wollen“ (Compact 9/2022, 12). Und weiter heißt es: „Diese Kräfte – vor allem aus dem Umfeld von DKP und *Junge Welt* – haben in Berlin bereits Anfang Juli über 2000 Leute zusammengebracht. Ihr Motto ‚Wir zahlen nicht für Eure Kriege!‘ wäre vermutlich geeignet, die 44 Prozent, die INSA als Demonstrationspotenzial errechnet hat, zusammenzubringen.“ (Ebd.) Elsässer benutzt also den Antiimperialismus der „vielen alten Genossen, denen die Parole Druschba selbstverständlich war“ (compact-online 04.09.2022), als den Köder, der vom großrussischen Imperialismus à la Putin ablenken soll. Kehrseite der Medaille ist Elsässers Verdikt gegen die Linken, die „die Hasspolitik des Scholz-Baerbock-Regimes gegen Russland im Kern unterstützen“ (ebd.). Für oder gegen Russland: Tertium non datur, so die Devise Elsässers.

Dieser Ton ist zweifellos ein anderer als beim Bismarckianer Gauland, aber in solchen Forderungen wie der Beendigung der Sanktionspolitik oder der Öffnung von Nord Stream 2 sowie in den Schuldzuweisungen an die Bundesregierung geht man konform. Seine Hoffnungen setzt Elsässer im Übrigen im „Heißen Herbst“ auch auf die Querdenker. Sie hätten zwar „bisher Sozialpolitik nicht thematisiert“, aber „über einen ihrer Kerninhalte, nämlich Frieden und Souveränität“, könnten sie „Türöffner auch für Armutsproteste“ werden. Die Teilnahme des Querdenkers Anselm Lenz als Redner an der Leipziger Kundgebung ist sicherlich in diesem Sinne zu verstehen, nämlich eine Brücke zu bauen von den Corona-Protesten zum „Heißen Herbst“.

Auf einer Demonstration in Pirna (Montag 26.09.) schließlich präsentierte Elsässer den TeilnehmerInnen seine Idealvorstellung vom Zusammenwirken unterschiedlicher Kräfte in den Protestbewegungen des Herbsts. Unter den von ihm angesprochenen fünf Gruppen finden sich namentlich erwähnte Repräsentanten der AfD (Jan-Oliver Zwerg, Generalsekretär der AfD-Sachsen, Björn Höcke) und der Freien Sachsen (Martin Kohlmann), der „Widerstand in der werktätigen Bevölkerung“ (Handwerker, Betriebsräte von ‚Zentrum Automobil‘), die Identitäre Bewegung (namentlich erwähnt: Martin Sellner) und die sog. alternativen Medien, also *Compact*, *Sezession* etc.. Und last not least fehlt auch nicht der Hinweis auf die „aufrechten Linken“, für die er stellvertretend Sahra Wagenknecht aufruft. Die sollten sich gefälligst „etwas mehr trauen“, will sagen, sich dem rechten Protest anschließen.¹⁴

NACHTRAG: HÖCKES KRIEGSREDE AM 3. OKTOBER

Zum Tag der Deutschen Einheit, von Höcke umbenannt in den „Tag der Deutschen Freiheit“, hält er in Gera eine außenpolitische Rede, in der er es schafft, den laut AfD „völkerrechtswidrigen“ russischen Angriff auf die Ukraine und dessen bisherigen Folgen für die Ukraine mit keinem Wort zu erwähnen. Im Gegenteil: Höcke hält den russischen Angriff für legitim und stellt

sich damit ganz offen gegen das Positionspapier der AfD-Bundestagsfraktion.

Die Rede ist durch und durch demagogisch und nationalistisch – manche Beobachter sprechen gar von einer „faschistische[n] Programmrede“. Sie ist es an dem Punkt, an dem Höcke sich des Terminus „raumfremde Macht“ bedient, um den Kern der US-amerikanischen Strategie dahingehend zu bestimmen, dass die USA bestrebt seien, „als raumfremde Macht auf unserem Kontinent Keile zu treiben zwischen Nationen, die eigentlich sehr gut miteinander zusammenarbeiten könnten“. Gemeint sind Deutschland und Russland, die er als „natürliche Partner“ bezeichnet: in wirtschaftlicher Hinsicht (Austausch von Rohstoffen und Industriegütern) und in Hinblick auf eine sich ergänzende „seelische“ Stimmungslage (für die Russen „komponieren, denken und bauen“ die Deutschen, für die Deutschen sei die russische Kultur „Ausdruck einer menschlichen Sehnsucht und Wärme“). Dieser im Prinzip kolonialistische Blick auf Russland wird von Höcke wohlweislich nicht zu Ende gedacht, insofern fehlt in der Rede der etwa bei Carl Schmitt aus der imperialen Sicht des Großdeutschen Reiches entwickelte Dreiklang von „Reich“, „Großraum“ und „Interventionsverbot für raumfremde Mächte“. Vielmehr räumt er Russland das Recht ein, seinen „Vorhof“ wie damals die USA in der Kuba-Krise gegen das Vordringen der USA und der NATO zu verteidigen (russische „Monroe-Doktrin“). Deutschland befände sich dagegen als Nation in einer Lage der Schwäche („lächerliche Schwäche unserer Nation“), will sagen (was Höcke nicht ausspricht): Deutschland bedarf der Hilfe Russlands gegen den Feind USA.

In der Hauptsache wendet sich Höcke also gegen den „globalen Machtanspruch“ der USA und setzt seine Hoffnung auf die Zusammenarbeit der europäischen Nationen und Völker, mit dem Ziel, „die USA mit ihrem primitiven Sendungsbewußtsein aus Europa fernzuhalten, ja, ihr zu verbieten, sich in unsere europäischen Angelegenheiten einzumischen“ (Interventionsverbot). Für Deutschland würde dies erforderlich machen, sich endlich auf seine Interessen zu besinnen und sich von der Vormundschaft der USA zu lösen. Die Bundesregierung sei fremdbestimmt, z.B. in ihrer Energiepolitik (Ersetzung von preiswerten russischen Gaslieferungen durch teures US-amerikanisches Flüssiggas).¹⁵ „Die US-amerikanische Regierung befiehlt der deutschen Regierung den wirtschaftlichen Selbstmord und Scholz & Co. führen ihn aus.“ Deutschland sei an sich „Brückenbauer, [...] Mittler zwischen Ost und West“, handle derzeit aber aufgrund seiner Schwäche nicht souverän, sondern werde tragischerweise gezwungen, sich zwischen Ost und West zu entscheiden, d.h. gegen Russland.¹⁶

In diesem Zusammenhang, im zweiten Teil der Rede, macht sich Höcke Putins Rechtfertigungsversuche des Überfalls auf die Ukraine zu eigen. Höcke spricht von der westlichen Welt, dem „neuen Westen“, der zu seinem Leidwesen keineswegs mehr „klassisch-liberal“ sei, mehrfach als von einem „Regen-

¹⁴ Vgl. den Bericht von Eric Hofmann: Montags-Proteste in Pirna: Rechtes Spektrum schließt die Reihen; <https://www.tag24.de/nachrichten/regionales/sachsen/montags-proteste-in-pirna-rechtes-spektrum-schliesst-die-reihen-2623760>

¹⁵ Diesbezüglich deutet Höcke indirekt an, dass die Anschläge gegen Nord Stream 1 und 2 von den USA zu verantworten seien, habe doch „Biden mit dem lässigen Lächeln eines Bandenchefs [sic!]“ versprochen, das Projekt Nord Stream 2 zu beenden.

¹⁶ Es fällt auf, dass, wenn Höcke vom Osten spricht, die ostmitteleuropäischen Staaten (Giselher Wirsing: „Zwischeneuropa“) und deren Interessen mit keinem Wort erwähnt werden.

bogen-Imperium“. Hätte er die Wahl, so Höcke, und müsste er sich „für das deutsche Volk entscheiden“, würde er sich und die Deutschen nicht auf der Seite des „Imperiums“ sehen, sondern auf der Seite des „Ostens“ und damit Russlands.¹⁷ Der Krieg, so die putinistische Begründung, werde nicht zuletzt aus „weltanschauliche[n]“ Gründen geführt: „diese Länder und ihre Staatslenker“ – Höcke bezieht umstandslos Viktor Orban und „die“ Serben mit ein – hätten sich „gegen die Veralberung der Tradition und Geschichte entschieden [...], gegen die ungebremste Einwanderung, gegen die Transformation ihrer Völker in eine gesichtslose Masse von perfekt durchmaterialisierten Konsumfaschisten“ und würden sich gegen Homo-Ehe, Transgeschlechtlichkeit und Schwangerschaftsabbrüche, Pornofilme

in der Schule zur Wehr setzen. Die Ukraine also als Schlachtfeld, auf dem dem „Regenbogen-Imperium“ des Westens der Kampf angesagt wird. Die Frage sei erlaubt, warum Höcke und seine Gesinnungsgenossen sich nicht als Freiwillige auf russischer Seite zur Verfügung stellen. Aber nein! – Höcke bewegt ‚Höheres‘: 2024 will er in Thüringen für die AfD als „parlamentarischer Arm der Volksopposition“ die „Machtfrage stellen“, damit die Partei endlich den ‚Führer‘ bekommt, den sie ‚verdient‘ (Text der Rede unter: <https://www.pi-news.net/2022/10/hoeckes-rede-zum-tag-der-deutschen-freiheit-am-3-oktober-in-gera/>).

Die Partei und ihr Vorfeld. Das Konzept der Mosaik-Rechten

Von Helmut Kellershohn

Einer der wichtigsten Beiträge zur Strategiedebatte der Neuen Rechten in den letzten Jahren stammt von Benedikt Kaiser. Im April 2017 (also vor der Bundestagswahl 2017) erschien der Artikel „Mosaik-Rechte und Jugendbewegung“ in der Zeitschrift des *Instituts für Staatspolitik* (IfS), der *Sezession* (H. 77), im Dezember 2019 folgte „Mosaik-Rechte: eine Aktualisierung“ (*Sezession* 93). Eine Ausweitung und Neujustierung legt Kaiser nunmehr (2022) mit seinem Büchlein „Die Partei und ihr Vorfeld“ in der *kaplaken-Reihe* (Bd. 81) des Instituts für Staatspolitik (IfS) vor. Für die strategische Ausrichtung sowohl der AfD (v.a. in Ostdeutschland) als auch des IfS im „Heißen Herbst“ (siehe den diesbezüglichen Beitrag in diesem Heft) sind die Überlegungen Kaisers von nicht unerheblicher Bedeutung. Der folgende Beitrag geht dem strategischen Konzept in seiner zeitlichen und begrifflichen Entwicklung nach.

PARTEI, BEWEGUNG, BEWEGUNGSINTELLEKTUELLE

Angeregt durch Hans-Jürgen Urbans Begriff „Mosaik-Linke“ versucht sich Kaiser seit 2017 an einer Nutzanwendung der Mosaik-Metapher auf die strategische Orientierung der AfD und der Neuen Rechten aus der Sicht des IfS. Von Interesse ist folgendes Zitat von 2017:

„Ein tatsächliches Ineinandergreifen parlamentarischer und außerparlamentarischer Akteure müßte anerkennen, daß

Parlament und Bewegung sich wie ‚Standbein und Spielbein‘ (Rosa Luxemburg) ergänzen, daß sich – in Abwandlung eines Diktums Antonio Negris – eine ‚kämpfende‘ und eine (künftig) ‚regierende‘ politische Rechte als dialektisches Paar ergänzen, gegenseitig strategisch vorantreiben und zugleich korrigieren.“ (77/46)

Das Verhältnis von Parlamentspartei und Bewegung wird hier umschrieben mit Kategorien, die der politischen Linken bekannt sein dürften. Der Schwerpunkt (Primat) liegt auf der – in sich vielfältigen (daher „Mosaik“) – kämpfenden Bewegung, als deren Avantgarde („integrierende Bewegungsinтеллектуelle“; 93/37) sich die Neue Rechte versteht. Das Parlament ist der Ort, in dem durch die Tätigkeit einer Partei die metapolitischen Initiativen und Ideen der Bewegungsinтеллектуellen „nach und nach in Gesetzesvorlagen münden“ und „mittels parlamentarischer und massenmedialer Öffentlichkeit breitestmöglich Bekanntheit erlangen“ (77/46). Oder anders ausgedrückt: Die Bewegungsinтеллектуellen bilden das Scharnier zwischen den sich in Bewegungen manifestierenden Anliegen der ‚Basis‘ und der parlamentarischen, auf die Beeinflussung der Öffentlichkeit gerichteten Tätigkeit der Partei, in diesem Fall die AfD, diesem „übergroßen Baustein“ (93/37) des Mosaiks.

Dieses Verständnis des Verhältnisses von Bewegung, Partei und Intellektuellen versucht zwei Probleme zu bearbeiten. Erstens:

17 Höckes Entscheidung für den Osten knüpft an die ‚Ostideologie‘ Moeller van den Brucks und des Juni-Klubs nach 1919 an. Moeller schrieb 1920 im *Gewissen*, damals mit Blick auf das bolschewistische Russland: „Der russische Sozialismus weiß, daß die Revolution eine Erhebung gegen die nutznießende Gesellschaft des Westens ist. Wenn der Bolschewismus gegen Indien vorstößt, dann meint er England. Und wenn er gegen Polen andrängt, dann meint er Frankreich. Er meint unsere Feinde. Das verbindet den russischen und den deutschen Sozialismus [im Sinne Moellers; d. Vf.]. Sollen sie den gemeinsamen Kampf nicht gemeinsam führen?“ (Moeller van den Bruck: Sozialistische Außenpolitik [11.02.1920], in: ders.: Sozialismus und Außenpolitik, hrsg. von Hans Schwarz, Breslau 1933, 81f.). Ausführlicher hierzu Volker Weiß: Dostojewskijs Dämonen. Thomas Mann, Dmitri Mereschkowski und Arthur Moeller van den Bruck im Kampf gegen „den Westen“, in: Heiko Kauffmann/Helmut Kellershohn/ Jobst Paul (Hg.): Völkische Bande. Dekadenz und Wiedergeburt. Analysen rechter Ideologie, Münster 2005, 90-122.



Das Gesicht des völkischen Populismus

Neue Herausforderungen für eine
kritische Rechtsextremismusforschung



Alexander Häusler
Helmut Kellershohn (Hg.)

EDITION
DISS

Alexander Häusler, Helmut Kellershohn (Hg.)
Das Gesicht des völkischen Populismus
Neue Herausforderungen für eine kritische
Rechtsextremismusforschung

ISBN 978-3-89771-770-1 Dezember 2018
Seiten: 216, Reihe: Edition DISS Band: 41
Ausstattung: Softcover

Angesichts des Einzugs der AfD in den Bundestag ist es angebracht, einmal grundsätzlich über Konzepte der Rechtsextremismusforschung nachzudenken. Dabei wird die grundsätzliche Kritik am dominanten Typus der Rechtsextremismusforschung und an dessen normativer Gebundenheit an staatspolitische Vorgaben geteilt. Alternative Forschungsansätze müssen sich in einem doppelten Sinne als kritisch verstehen: einerseits als Kritik der Rechtsextremismusforschung im herkömmlichen Sinne, andererseits als gesellschaftskritische Aufarbeitung der Phänomene, um die es in dieser Forschung geht.

Die Aufgabe kritischer Rechtsextremismusforschung ist es, die aktuellen Entwicklungen der populistischen und extremen Rechten in ihren unterschiedlichen Erscheinungsformen vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Veränderungen und Umbrüche im gesellschaftlichen und politischen System des neoliberalen Kapitalismus zu untersuchen. Die komplexen synchronen und diachronen Verschränkungen machen es erforderlich, unterschiedliche kritische Ansätze und Perspektiven und deren jeweiligen Vorzüge zu berücksichtigen und miteinander zu vermitteln. Die Intention, mit der dies erfolgen sollte, ist keine rein wissenschafts- und theorieimmanente, sondern zielt auf eine vernünftige und solidarische Gestaltung der Gesellschaft.

„Rechte Binnentheorie erreicht kein breites Publikum“ (93/34), d.h. die Arbeit der Rechtsintellektuellen wäre vergeblich ohne einen größeren Resonanzraum in der Öffentlichkeit, vermittelt über die Wirkkraft von Bewegungen und Partei. Und zweitens: „Diese Gewißheit einer nötigen starken Kraft in den Parlamenten darf ihre Mandatsträger nicht dazu verleiten, zwanghaft nach Anerkennung und Koalitionsbeteiligung zu streben.“ (77/47) Gefordert ist eine Fundamentalopposition, die sich den Erwartungen der Bewegungen und den theoretischen Ansprüchen der Intellektuellen verpflichtet sieht, statt „Integration in den herrschenden Apparat“ zu betreiben.

THEORIEPRODUKTION DER BEWEGUNGSINTELLEKTUELLEN

Besondere Aufmerksamkeit widmet Kaiser der Theoriearbeit der Bewegungsintellektuellen, die er in ein spezifisches, immer wieder aufs Neue zu revidierendes Verhältnis von politischer Theorie und politischer Praxis setzt:

„Was zählt, ist der fortwährende Versuch, Anstöße und Lehren aus der politischen Praxis in die eigene Theorie zu integrieren und – im stetigen Wechselspiel – der Praxis ein Fundament aus der politischen Theorie zur Verfügung zu stellen. Das schließt ein Weiterarbeiten an Begriffen und Inhalten, an Strategien und Taktiken ebenso ein wie die Akzeptanz der Möglichkeit des Scheiterns.“ (93/37)

Nach der Seite der Bewegung hin bedeutet dies, an der „Kohäsion oder Bindekraft“ des Milieus zu arbeiten und die „strömungsübergreifende identitätsstiftende Klammer unseres Mosaiks“ (93/36) zu stärken, ohne eine „übertriebene“ Vereinheitlichung zu betreiben. Gemeint sind weltanschauliche Gemeinsamkeiten wie „das Bekenntnis zum Eigenen, die Akzeptanz des Vorrangs eines ‚Wir‘ und die Gegnerschaft zu individualistischen Ideologien samt ihrer Praxisresultate“ (ebd.). Dazu bedarf es eines (nicht näher definierten) „organisierende[n] und orientierende[n] Zentrum[s]“ (Kaiser zitiert hier Wolfgang Fritz Haug!).

Nach der Seite der Partei (AfD) hin bedeutet dies, ihre durchaus vorhandene Heterogenität (fehlende Generallinie) zu bearbeiten und sie auf die besagte Fundamentalopposition zu orientieren, „damit sich „das Zusammenspiel aus Vorfeld, Umfeld und Partei zu einer Erfolgsgeschichte“ (93/37) verdichten kann.

Im Endeffekt soll die Theorieproduktion der Bewegungsintellektuellen (vgl. Gramscis organische Intellektuelle) darauf ausgerichtet sein, „ein handlungsfähiges, arbeitsteiliges, weltanschaulich profiliertes und authentisches Milieu“ (93/37) aufzubauen bzw. zu stabilisieren, und zweitens – im Wechselverhältnis von Theorie und politischer Praxis – eine fundamentaloppositionelle Positionierung der Partei mit „politische[r] Theorie“ zu unterfüttern.

DIE PARTEI UND IHR VORFELD

In seinem jüngst erschienenen *kaplaken*-Band hat Kaiser diese Vorstellungen von einem rechten Mosaik präzisiert. Der Dreiklang von Partei, Bewegung und Bewegungsintellektuellen als den Kernelementen des Mosaiks wird nun stärker auf die Erfolgsaussichten einer ‚nonkonformistischen‘ Partei als dem größten Baustein des Mosaiks zugeschnitten. Kaiser definiert nunmehr das Mosaik als Zusammenspiel von Partei, Vorfeld – dieser Begriff verdrängt den Begriff der Bewegung – und einem dritten Element, „Plus X“ genannt (vgl. 36f.). Die Position der „Bewegungsintellektuellen“ tritt in den Hintergrund, während die Rolle des „organischen Politikers“ (74ff.) und dessen Funktion für die Mosaik-Rechte stärker gewichtet wird.

1. Die **Parteiform** und der Parlamentarismus sind für denjenigen, „der sich ernstlich und eben ‚realpolitisch‘ im Rahmen des Gegebenen“ betätigen will, „wesentlicher Bestandteil von Politikgestaltung“ (33). Das schließt „Grundsatzkritik am Parteienstaat“ (ebd.) nicht aus, d.h. oppositionelle Parteien wie die AfD sollten „in den Parlamenten und über die Parlamente“ diese Kritik „in die Breite tragen“ (35). Kaiser denkt hier an die (behauptete) Instrumentalisierung des Staates („Beute“) durch die Altparteien und die Kritik an den Oligarchisierungstendenzen in den Parteien (Robert Michels). Das Parteiengesetz wird von Kaiser gleichwohl nicht in Frage gestellt, allerdings werde die

AfD an der „Ausübung ihrer staatsrechtlich normierten Aufgaben gehindert“ (36). Dies sei einer der Gründe, „weshalb sie eines handlungsfähigen und solidarischen Vorfeldes mit eigenen Resonanz- und Wirkungsräumen“ (ebd.) bedürfe, zumal sie „im mainstreamigen Block der Gesellschaft auf keine Bündnispartner“ (39) stoße.

2. Das **Vorfeld**, zu dem Kaiser *nicht* die Untergliederungen der Partei rechnet, sei der „Schutz-, Unterstützungs- und Rekrutierungsraum“ (37) der Partei. „Zum Vorfeld [...] müssen jene Organisationen, Vereinigungen und losen Zusammenschlüsse gerechnet werden, die ideell einer bestimmten Partei nahestehen, deren Positionen und Begriff in die Gesellschaft bzw. ihre Teilbereiche einspeisen und damit den Wirkungsradius der Partei vergrößern. Vorfeldakteure müssen keineswegs Parteimitglieder sein, um an der Resonanzraumerweiterung für eine Partei beteiligt zu sein.“ (37) An die AfD gewandt gibt er den Rat: Das Vorfeld sei weder „lästiges Anhängsel“ noch „bloßer Auftragsempfänger“, sondern „vielgestaltige Ausgangsbasis für ausgreifendes, raumbesetzendes und gesellschaftsprägendes Engagement“ (39f.).

Kaiser unterscheidet unter dem Gesichtspunkt der Intensität der Beziehungen zwischen Partei und Vorfeld ein „engeres und weiteres Vorfeld“ (40). Bürgerinitiativen etwa gegen ein Asylzentrum würden zum weiteren Vorfeld gehören, weil sie ganz im Sinne der Migrationspolitik der AfD agieren, ohne dass eine enge Verzahnung mit der Partei notwendig sei. Hier würden „einzelne Absprachen und eine lockere Gesprächsbasis“ (40) reichen. Zum engeren Vorfeld rechnet Kaiser, sicherlich auch mit Blick das IfS, „ein Bildungsinstitut, das wissenschaftliche Expertise aus rechter Sicht publiziert und damit Begriff und Positionen überhaupt erst entwickelt, die dann von einer Partei popularisiert werden können“ (40). Oder etwa eine Betriebsorganisation wie Zentrum Automobil, die AfD-nahe Positionen vertritt, aber als selbstständige Organisation wirksamer sein kann als eine „explizite AfD-Gewerkschaft“ (41).

3. Unter dem dritten Element „**Plus X**“ versteht Kaiser „Strukturen und Einzelpersonen“, „eigenständige Spieler“, „die nicht direkt auf die öffentliche Meinungsbildung der politischen Arena hinwirken und außerdem nicht direkt mit der Partei verzahnt oder vernetzt sind“ (41). Kaiser denkt hier z.B. an „patriotische Fanstrukturen im Breitensport“ (Fußball!), die auf ihrer Autonomie beharren. „Aber durch ihr kollektives Alltags-handeln und das Herstellen von patriotischer Normalität für junge Sportbegeisterte bilden sie die Flanke des Mosaiks und setzen beispielsweise linken Durchbrüchen in der Jugendarbeit organische Grenzen.“ (42)

GRENZEN DES MOSAIKS: DIE AUFGABE DES ZENTRUMS

Die Frage, wer zur Mosaik-Rechten gehört, ist nicht durch die von Kaiser getroffenen Unterscheidungen gelöst. Kaiser nennt erstens als inhaltliches Kriterium der Abgrenzung den „kleinsten gemeinsamen Nenner“, Migrationskritik umfassend ebenso wie „das Bekenntnis zum Eigenen, ein traditionelles Familienbild, organische Solidarität durch ‚landsmännische Parteilich-

keit‘ (David Miller), ein positives Wir-Verständnis etc.“ (43).¹⁸ Zweitens bedarf es laut Kaiser einer Entscheidungsinstanz, die er immer noch recht vage als das „Zentrum der Mosaik-Struktur“ (43) bezeichnet, ohne genauer zu bestimmen, wie sich dieses Zentrum konstituiert (*siehe oben*). Handelt es sich um einen Ausschuss, eine Art Aufsichtsrat, der aus Mitgliedern des Mosaiks gebildet wird? Kaiser lässt das offen. Die Aufgabe des Zentrums sei es jedenfalls, „Vermittlungsschritte dort zu entwickeln, wo es sinnvoll ist, und eine Trennung zu beschleunigen, wo es unvermeidlich erscheint“ (43). Allianzen mit Akteuren außerhalb des Mosaiks seien unter dem Gesichtspunkt zu beurteilen, ob sie für den Erfolg des „Gesamtwerks“ (44) von Nutzen oder Nachteil seien. Diesbezüglich nimmt Kaiser *jedes* Mitglied des Mosaiks in die Pflicht, „voreilige und kontraproduktive Allianzversuche“ (44) zu unterlassen. Auch hier stellt sich die Frage nach der Beschaffenheit des Zentrums, um dies zu kontrollieren.

FREUNDE UND GEGNER DES MOSAIKS IN DER AfD

Aufschlussreich ist, wenn man fragt, gegen wen oder was sich die Konzeption einer Mosaik-Rechten eigentlich richtet. Diesbezüglich nimmt Kaiser die innerparteilichen Konflikte in der AfD näher ins Visier. Kaiser unterscheidet *drei Gruppen* in der Partei: erstens die fundamentaloppositionellen Kräfte, die er als Anhänger des (seines) Mosaik-Gedankens identifiziert; zweitens solche Mandatsträger und Mitglieder, welchen es noch „am theoretischen Verständnis für die praktische Notwendigkeit des Mosaiks mangelt, weil sie schlichtweg Neulinge oder Quereinsteiger im Politischen sind“ (65); und drittens die Kräfte, die aus dem Lager der Altparteien („Establishment“) zur AfD übergelaufen sind und nun in der AfD und in der Partei-Stiftung „zentrale Positionen mit Richtlinienkompetenzen einnehmen“ (64). Insbesondere ehemalige Christdemokraten sind Kaiser ein Dorn im Auge, weil sie, so der Vorwurf, der Idee nachhängen, aus der AfD ein „*Korrektiv* für die Union“ (65) zu formen, um die Union durch den Druck von rechts wieder auf den Pfad der Tugend zu bringen. Mit diesen Leuten werde eine „Verständigung schwer fallen“ (65), auch wenn man dies versuchen müsse. Im Prinzip verortet Kaiser hier die (inneren) Gegner des Mosaik-Konzepts.

Sein Hauptaugenmerk gilt jedoch der zweiten Gruppe. Dieser „große[n] Mehrheit“ (66) müsse man das Mosaik-Konzept nahebringen und dessen Vorzüge „als Schutzraum für die gesamten beteiligten patriotischen Milieus“ (66) gegen Angriffe des politischen Gegners herausstreichen. Dessen „Handlungsweisen“ (67) und „Taktiken“ müssten „offengelegt“ werden, angefangen von diversen Methoden des „frontalen Angriffs“ und des „klassischen Ausgrenzens“ bis hin zu Versuchen, „einen kollaborationsbereiten Flügel herauszulösen“ oder eine „opportunistische“ Führungsgruppe in der Partei zu stützen.¹⁹ „Der etablierte Parteienblock stabilisiert so seine Herrschaft, indem die Opposition beginnt, Teil des – einst aus guten Gründen befahdeten – falschen Ganzen zu werden.“ (69) Kaiser nennt das die „Einbau“-Methode (67), deren mögliche Konsequenz die Spaltung der Partei sein könnte (vgl. 70). Um das zu verhindern, sei es notwendig, „möglichst viele unterschiedlich

18 Zur „landsmännischen Parteilichkeit“ vgl. David Miller: *Fremde in unserer Mitte: Politische Philosophie der Einwanderung*, Berlin 2017.

19 Kaiser holt in diesem Zusammenhang einen alten ‚linken‘ Klassiker, nämlich Johannes Agnolis „Die Transformation der Demokratie“ als Ratgeber aus der Schublade (68f.).



positionierte Funktionsträger von der Idee des mehrgliedrigen [...] patriotischen Lagers zu überzeugen“ (71f.).

Die Partei ist gewissermaßen, obzwar „größter Baustein“ (73) im Mosaik, auch der anfälligste für die „Verlockungen“ des Systems. Die anderen Kräfte des Mosaiks (Jugendorganisation, Vorfeld) müssten daher eine „Korrektiv“-Funktion ausüben und „Negativentwicklungen“ (73) verhindern helfen. Der politische Gegner (auch innerhalb der Partei!) wisse das und versuche daher, „Vorfeldvereinigungen und Junge Alternative“ zu bekämpfen und insbesondere den „Brückenbauern zwischen einzelnen Mosaiksteinen“ (73) die Vermittlungsarbeit zu erschweren, womit Kaiser an die Rolle der „integrierenden Bewegungsinтеллектуellen“ erinnert.

ORGANISCHE POLITIKER

Breiten Raum nimmt in den weiteren Ausführungen die Beschreibung des Politikertypus ein, der den Anforderungen des Mosaik-Konzepts am ehesten gerecht wird. Hier spart Kaiser nicht mit exemplarischen Bezügen auf konkrete Politiker in der AfD, die er lobend hervorhebt.²⁰ Die vorhin erwähnte Unterteilung der Partei in drei Gruppen wiederholt sich hier auf der Ebene der Politikertypisierung. Erwähnt werden wieder die (unbelasteten) Quereinsteiger, die „alten Hasen“, die „bereits vor ihrem parteipolitischen Engagement in patriotischen Initiativen wirkten“ (74) und für die „eine Partei Mittel zum Zweck“ und „der Zweck Politik für das Volk heißt“ (75), und drittens – als Negativ-Typ – die in den Altparteien Sozialisierten. Letztere würden „die dort angeeigneten habituellen und programmatischen Unzulänglichkeiten in die neue blaue Formation einbringen und damit allerorten für Lähmung und Stagnation, für eine Ausrichtung an vermeintlich ‚guten alten Tagen‘ der jeweiligen Altparteien sorgen“ (75).

Deutlich wird, worum es Kaiser eigentlich geht, nämlich die allmähliche ‚Säuberung‘ der AfD von diesen unsicheren Kantonisten, positiv ausgedrückt: die sukzessive Erhöhung des „Anteil[s] organischer Politiker in der Wahlpartei des Mosaiks“ (76), für das sie die eine oder andere nützliche Funktion nachgewiesen haben (z.B. „Basis- und Vernetzungsarbeit“, 78). Zu ihrem Profil gehöre die weltanschauliche Kompetenz (77), die Ablehnung des „reinen Parlamentarismus“, eine „solide Freund-Feind-Kennntnis“ und die Bejahung „der Mehrgliedrigkeit patriotischer Gegenöffentlichkeit und Gegenmacht“ (78). Jene (leider) ins Parlament gewählten Akteure dagegen „ohne weltanschauliche und organisatorische Rückgebundenheit an ein patriotisches Milieu flattern [...], gelegentlich herrisch und meistens kritikresistent, durch die Plenarsäle, verwenden Gelder, die etwa für Wahlkreisarbeit vorgesehen, für private Zwecke oder verschaffen sich jenen Lebenswandel, der vor ihrer parlamentarischen ‚Karriere‘ materiell unerreichbar gewesen sein mag“ (79f.).

Über die Verwendung der Gelder durch die Parlamentarier lässt sich Kaiser im Übrigen seitenlang aus und rechnet vor, wie die von ihm propagierte Mosaik-Struktur materiell ausgebaut werden könnte, wenn jeder Abgeordnete „ein Viertel (!) seiner Kosten- bzw. Freipauschale in politische Mosaikstrukturen“ (87) investieren würde. Das käme dem Vorfeld zugute, also beispielsweise dem IfS, das Kaiser an dieser Stelle verständlicherweise nicht erwähnt, und umgekehrt würde das ihm, dem Abgeordneten, und der Partei nützen. Denn „erst ein wirkmächtiges und vielgestaltiges Vorfeld [könnte] für jene meta- bzw. vopolitische Verankerung patriotischer Positionen und Begriffe in den diversen Feldern der Gesellschaft garantieren [...], die eine Wahlpartei benötigt, um auf lange Sicht immer wieder ins Parlament getragen zu werden [...]“ (87). Augenzwinkernd könnte man sagen: Auch im Politischen wäscht eine Hand die andere.

20 Besonders hervorgehoben werden Frank Pasemann (82f.), Roger Beckamp (83f.), selbstverständlich auch Björn Höcke (84), sodann Hannes Gnauck (84ff.). Namentlich erwähnt werden noch Matthias Helferich, Christoph Berndt, Hans-Thomas Tillschneider und Sebastian Münzenmaier (74).

Zwischen Neoliberalismus und völkischem ›Antikapitalismus‹

Sozial- und wirtschaftspolitische Konzepte und Debatten innerhalb der AfD und der Neuen Rechten



Andrea Becker
Simon Eberhardt
Helmut Kellershohn (Hg.)

EDITION
DISS

Andrea Becker,
Simon Eberhardt,
Helmut Kellershohn (Hg.)

Zwischen Neoliberalismus und völkischem ›Antikapitalismus‹ – Sozial- und wirtschaftspolitische Konzepte und Debatten innerhalb der AfD

ISBN 978-3-89771-772-5, Unrast-Verlag, 2019,
Seiten: 272, Reihe: Edition DISS Band: 43, Ausstattung: Softcover

Das Buch ist eine Bestandsaufnahme der sozial- und wirtschaftspolitischen Konzepte und Debatten innerhalb der AfD und der Neuen Rechten und unterzieht diese einer kritischen Analyse. Die Beiträge berücksichtigen dabei drei Dimensionen: erstens die Ebene der Akteure, also der Kräfte, die die Debatte bestimmen; zweitens geht es um konkrete Themenfelder, in die mit Konzepten, -Thesenpapieren etc. interveniert wird; und drittens geht es um die jeweiligen ideologienpolitischen Perspektiven und deren Verortung im Spannungsfeld zwischen Neoliberalismus und völkischem ›Antikapitalismus‹, sowohl unter dem Blickwinkel der innerparteilichen Auseinandersetzungen als auch unter dem der Relevanz für die von der AfD angesprochene Wählerkoalition. Darüber hinaus spannt das Buch einen ideengeschichtlichen Bogen zurück zur sogenannten ›Konservativen Revolution‹, die der Neuen Rechten als eine Art Steinbruch von Ideen und Argumenten dient, die je nach Lage und Intention aktualisiert und angepasst werden.

Pronti. Bereit, wozu?

ITALIENISCHE MEDIENDISKURSE ZUM WAHLSIEG DES MELONI-BÜNDNISSES

Von Jörg Senf

Nach der Parlamentswahl vom 25. September 2022 steht Italien nun ein rechtspopulistisch „postfaschistisches“ Regierungsbündnis bevor, als Ministerpräsidentin zum ersten Mal eine Frau, die von der internationalen Presse unmittelbar als *Italy's most far-right prime minister since Mussolini* eingeschätzt wird (CNN 25.9.). Ein Ereignis dieser Tragweite ließe eine turbulente Dynamik im italienischen Mediendiskurs erwarten. Ausgehend vom Wahlplakat der Mehrheitspartei Fratelli d'Italia (FdI), auf dem Giorgia Meloni sich mit dem Schlagwort *Pronti* – „(Wir sind) Bereit“ – präsentiert (s. Abb.), sind Auseinandersetzungen über die Frage vorzusehen: Wozu ist sie bereit? Wozu ihre Partei, wozu ihre Bündnispartner Berlusconi und Salvini, wozu ihre Wählerschaft?

Ein erster Blick auf den italienischen Mediendiskurs vor, zu und kurz nach den Wahlen²¹ erweist sich hier jedoch überraschenderweise als nicht allzu ergiebig. Turbulente politisch mediale Deutungskämpfe (man erinnere sich etwa an die *Anomalia Berlusconi* 2010²²) sind nicht zu beobachten. Dies zum einen, weil die Berichterstattung und Kommentierung der Innenpolitik auch zu dieser Zeit von offenbar diskursmächtigeren Nachrichten – etwa über die Royal Family, vor allem aber fortdauernd vom ‚atlantisch‘ hegemonialen Kriegs-Diskurs (*La guerra di Putin*) – überlagert wird. Zum anderen ist den Leitmedien nahezu aller Positionen bereits zu Beginn des Wahlkampfs zu entnehmen, der Wahlsieg des Meloni-Berlusconi-Salvini-Bündnisses stehe laut Umfragen bereits fest.²³ Es liegt somit eine gewisse Homologisierung der Medien vor, durch die der Wahlausgang von vornherein weitgehend normalisiert wird. Der unerwartet schwache linke Gegendiskurs, insbesondere seitens des Partito Democratico (PD)²⁴ vor und während der Wahlkampagne, wird in der Folge von den PD-nahen Medien in unterschiedlichen Deutungsansätzen thematisiert, häufig gerechtfertigt. Die Gesellschaft habe sich, so etwa ein Leitartikel des ESPRESSO (2.10.), „als anders erwiesen, als die *progressisti* es sich vorgestellt hatten“. Relativiert wird die Brisanz des Wahlergebnisses durch das Argument der stetig sinkenden Wahlbeteiligung. Die Rechte habe „heute ungefähr die gleiche Stimmenzahl wie vor vier Jahren“, lediglich 15,8% der wahlberechtigten Italiener haben Meloni gewählt, sie habe ihren Wahlsieg einzig dem „immer kleineren Gemüsegarten“ der Wahlbeteiligung zu verdanken (De Gregorio, REPUBBLICA 30.9.).

Eindeutig gesunken ist das Medieninteresse an Matteo Salvini und seiner Lega. Nach seiner Wahlniederlage speist Salvini nur noch wenige Bilder und Titel selbst im Berlusconi-eigenen IL GIORNALE. Unberechenbar in seinen politischen

Faux pas‘ noch während des Wahlkampfs, so geht aus den Medien hervor, sei er zum (zu begrenzenden) Risiko für Melonis Regierungspläne geworden. Der Satiriker Makkox zeichnet Salvinis rapiden Stimmenverlust in zwei Menschen dunkler Hautfarbe nach, die mit dem Zuruf „Lass dich nicht unterkriegen, halte durch, Matteo!“ erhoffen, die Lega auch künftig klein zu halten (ESPRESSO 2.10.). Für die nächsten Wochen zeichnet sich die mediale Thematisierung von Salvinis Nachfolge ab.

Auch Berlusconi hat, seinem Medienimperium MEDIASET zum Trotz, an Diskursmacht verloren. Bis heute andauernde Gerichtsverfahren, sein Verharren auf Positionen, die bereits zu seiner Regierungszeit häufig als obsolet gedeutet wurden, lassen ihn, wie Salvini, als für den aktuellen rechten Machtkampf wenig förderlich erscheinen. Bedeutend jedoch – und dies kommt in den Medien vereinzelt zur Sprache – bleibt sein historischer Einfluss auf die Meinungsbildung auch heutiger Wähler. Über den systematischen Abbau des Demokratieverständnisses während Berlusconis zwanzigjähriger „antipolitischer“ Hegemonie ist mittlerweile ausreichend geschrieben worden, u.a. vom PD-nahen Publizisten Michele Serra, der auf den „Erfinder des italienischen Populismus“ die „Scharen von Italienern“ zurückführt, die sich heute „wesenshaft pueril“ an die Wahlurnen begeben (VENERDÌ/REPUBBLICA 23.9.). Seit Berlusconi versetzen Begriffe wie „mündiger Bürger“ selbst Studierende der Politikwissenschaften in Erstaunen. Politik präsentiert sich vorrangig als Wahl-Marketing, gerichtet an Kunden, die ihr Wissen bequem verkürzt und bebildert über soziale Netzwerke (in Italien vornehmlich FACEBOOK) beziehen.

Was Giorgia Melonis Inszenierung ihrer *identità femminile* als erste weibliche Premier-Kandidatin betrifft, so vollzieht sich diese im Wesentlichen auf eben dieser Ebene der sozialen



21 Eine systematische Ausarbeitung steht zu diesem Zeitpunkt noch aus.

22 Vgl. Jörg Senf: Das Ende der Berlusconi-Ära? Deutungskämpfe und Sagbarkeitsfelder in den italienischen Medien, in: Rolf van Raden/Siegfried Jäger (Hg.): Im Griff der Medien. Krisenproduktion und Subjektivierungseffekte, Münster: Unrast 2011, 201-222.

23 Er sei sogar, ist zu lesen, bereits „mit Mario Draghi abgesprochen“.

24 Parteisekretär Enrico Letta tritt nach der Wahlniederlage zurück. Die mediale Thematisierung seiner Nachfolge und der Neugründung des PD ist für die nächsten Wochen zu erwarten.



Netzwerke. Massenhaft angeklickt wurde im Sommer auf FACEBOOK ihr Rap-Song *Io sono Giorgia, sono donna, sono madre, sono cristiana*, sowie, bei Erscheinen der ersten Wahlergebnisse, ihr wortloser Auftritt auf TIKTOK: Zwei Melonen vor die Brust haltend spielt sie augenzwinkernd auf die Zweideutigkeit ihres Nachnamens an – und speist damit an Berlusconi erinnernde sexistische Praktiken. Erste gezielte Anti-Meloni-Gegendiskurse wurden folgerichtig von Seite feministischer Aktivistinnen laut, etwa der Bewegung *Non Una Di Meno* anlässlich der Demonstration für die Erhaltung des Rechts auf Abtreibung am 28.9. in Rom.

Als sicherlich markantester, bewegtster Diskursverlauf sticht jedoch in den untersuchten Medien Melonis drastisches Umschwenken „von Aggressivität in Verantwortungsgefühl“ hervor. Im linksliberalen Mediendiskurs weitgehend geteilt wird Bartezzaghis Darstellung eines *fascismo dissimulato* seitens einer Politikerin, die in ihrer ersten Phase an der vom Schreien „konstant angespannten Kehle“ erkennbar ist, die als militante Systemgegnerin und während der Covid-19-Einschränkungen als „Horror für die Virologen“ auftritt, die durch Ostentation ihrer Rolle als *Donna, madre, cristiana* „die Nostalgiker in Verückung bringt“, mit Beginn des Wahlkampfes jedoch ihre „harte Miene“ abrupt in ein, wenngleich „leicht spöttisches Lächeln“ verwandelt, den Modus ihres Auftretens „von beunruhigend in beruhigend“, ihre politischen Ziele in hegemonialangepassten *atlantismo* und *europesismo*. Bartezzaghi deutet dieses Umschwenken schlicht als *rebranding*, als gängige Marketing-Strategie: anfangs lautstark Aufmerksamkeit erregen, danach (zwecks institutioneller Machtübernahme, in diesem Falle) „die Töne mäßigen“ (REPUBBLICA 30.9.). Eine bemerkenswerte Umdiskursivierung also, die maßgeblich durch radikale Tabuisierung brisanter Positionen erreicht wird. Was die diskursive Praxis ihrer Mit-Akteure angeht, setzt Meloni zum Wahlkampf – so geht aus den linksliberalen Medien hervor – ein ebenso radikales Mund-(sowie beispielsweise Hitlergruß-)Verbot für alle weniger präsentablen Verbündeten, einschließlich Salvini und Berlusconi, durch. Zur Regierungsbildung verspricht sie, „nur die Besten“ aufzustellen, möglicherweise auch parteiunabhängige *esperti*.

Besonders schlüssig geht diese Umdiskursivierung aus dem 25-Punkte-Programm hervor, das FdI zur Eröffnung der Wahlkampagne Anfang September publiziert. Der Titel des Programms greift Melonis auf dem Wahlplakat verkündete Regierungs-„Bereitschaft“ auf: *Pronti a risolvere l'Italia* – die

Nation soll „wieder aufgerichtet“, ihr soll „die Moral gehoben“ werden. Untersucht man dieses 9.520 Wörter umfassende Diskursfragment auf die Worthäufigkeit,²⁵ so erscheinen gerade diejenigen Themen an den Rand des Sagbarkeitsfelds gedrängt, die für die rechten Koalitionspartner Berlusconi und Salvini, aber auch für Meloni selbst, bisher konstant im Zentrum des Diskurses gestanden hatten. Die Themen *donna, madre, cristiana* werden mit jeweils 6, 0, 1 Okkurrenzen ins Irrelevante abgestuft, das Wort „Familie“ kommt lediglich 20mal vor. Die von Berlusconi über Jahrzehnte attackierte „Justiz“ wird nur 13mal erwähnt, auf bloß 6 Okkurrenzen kommt das von Salvini bevorzugte Thema „Immigration“. Häufigstes Substantiv im FdI-Wahlprogramm bleibt dagegen „Italien“ (104), entsprechend auch „Nation“ (40), dem jedoch eine gleich hohe Frequenz des Wortes „Europa“ (40) gegenübersteht. An zweiter Stelle „Unternehmen“ (57) gleichrangig mit „Arbeit“ (57). Daneben treten aktuelle Themen des EU-Haushalts wie „Energie“ (31) und *PNRR* (8) in den Vordergrund.

Gerade bezüglich des von Mario Draghi auf den Weg gebrachten Nationalen Wiederaufbaufonds *PNRR* hatten sich Befürchtungen politischer Diskontinuität gehäuft, welche jedoch durch diese Umdiskursivierung und entsprechende diskursive Praktiken entkräftet wurden. Bei Melonis erstem öffentlichen Auftritt nach der Wahl (beim Bauernverband Coldiretti) konstatiert REPUBBLICA (2.10.): „Meloni imitiert Draghi“. Zumindest auf der Diskursebene internationaler und insbesondere europäischer Finanzpolitik herrscht vorerst weiterhin die Deutung vor, Giorgia Melonis Wahlsieg verdiene im Höchstfall *concern but not panic* (FINANCIAL TIMES 27.9.).

Bei der Frage schließlich, zu welchem Maß an demokratiefeindlicher Praxis Italiens rechtsextremer Teil der Wählerschaft sich künftig bereit finden wird, erscheint es ratsam, den Diskursverlauf erklärt neofaschistischer Gruppen wie CasaPound weiter zu beobachten, die in ihrem Organ PRIMATO NAZIONALE (4.10.) – wo übrigens nicht gegendert wird, beharrlich ist von „dem künftigen Ministerpräsidenten“ (*il futuro premier*), die Rede – bereits jetzt wissen lässt, gegenüber Melonis Zugeständnissen an die Linke gelte es, wachsam „die Antennen hochzufahren“.

Jörg Senf ist Professor für Deutsche Sprache i. R. des Fachbereichs Politikwissenschaften an der Università di Roma ‚Sapienza‘.

²⁵ Benutzt wurde der Online word frequency counter WRITEWORDS, manuell hinzugefügt Lemmatisierungen wie „Italien-Italiener-Italienerin-italienische-italienischen“.

Ungleichheit, Vertrauensverlust und Ausgrenzung

Von Peter Höhmann

1. VORBEMERKUNG

Der Beitrag befasst sich mit politischen Konsequenzen, die durch die dauerhafte Zunahme ungleicher Lebensverhältnisse zu erwarten sind. In diesem Zusammenhang betont zwar der letzte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, dass „im Zuge der günstigen wirtschaftlichen Entwicklungen der Jahre vor 2020 die mittleren Einkommen mindestens ebenso stark gestiegen sind wie die Einkommen im unteren Bereich der Einkommensverteilung“, und folgert daraus, dass kein deutliches Sinken der Ungleichheit eingetreten sei. (S.9) Diese Diagnose konzentriert sich allerdings nur auf den aktuellen Trend ungleicher Einkommen.

Auf der Grundlage eines sichtbaren Fortbestands der Armutsbevölkerung sind jedoch zugleich weitere Fragen zu stellen, die besonders die sozialen Folgen dieser langfristig anhaltenden Situation in den Blick nehmen. Hier setzt der Beitrag an, der sich auf die Situation in der Bundesrepublik konzentriert. Sein Ausgangspunkt war zunächst die allgemeine Beobachtung, dass sich die angesprochene Entwicklung in ähnlicher Form und in unterschiedlicher Stärke auch für weitere europäische Staaten zeigt und dort durchweg Schließungsstrategien sowie einen Anstieg rechter Positionen ausgelöst hat. Diese Konsequenzen legen nahe, sich hier auf Veränderungen der persönlichen Einstellungen zu konzentrieren, durch die sich ursprünglich bestehende Problemlagen verändern und politisch einen neuen Charakter annehmen.

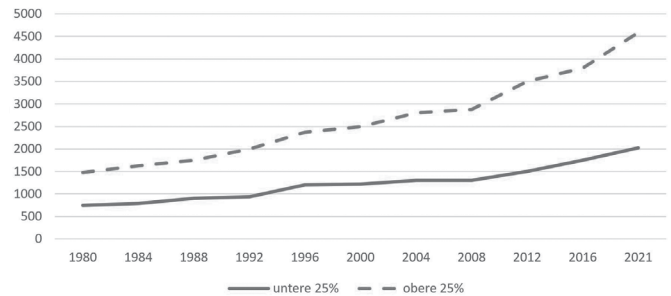
Die empirische Grundlage des Beitrags beruht auf den regelmäßigen Erhebungen der Allgemeinen Bevölkerungsstudien der Sozialwissenschaften ALLBUS. Hierbei beziehe ich mich vor allem auf die Datensätze der Jahre 2008 und 2018.

2. DIE ENTWICKLUNG DER HAUSHALTSEINKOMMEN

Als ersten Zugang zum Thema stelle ich die längerfristigen Veränderungen der Haushaltseinkommen in den ALLBUS-Erhebungen dar. Die folgende Graphik zeigt dazu die Entwicklung der Haushaltseinkommen zwischen den unteren 25% (1. Quartil) und den oberen 25% (4. Quartil) der befragten Wohnbevölkerung an.²⁶ Die Daten verweisen auf unterschiedliche wirtschaftliche und soziale Entwicklungen: Alle Einkommen sind seit den achtziger Jahren kontinuierlich gestiegen, allerdings bei zunehmender Ungleichheit im zeitlichen Verlauf. Die so spürbare Schere der Auseinanderentwicklung destabilisiert die bestehenden Orientierungen der Person und hat darüber auch

Die Auseinanderentwicklung der Haushaltsnettoeinkommen im 1. und 4. Quartil

Quelle: Allgemeine Bevölkerungsentwicklung der Sozialwissenschaften



Rückwirkungen für ihre soziale Verankerung und Zugehörigkeit.²⁷

Insbesondere zwei Reaktionsmuster sind zu identifizieren: Auf der einen Seite erschwert oder versperrt das steigende Ausmaß der Ungleichheit soziale Formen der Teilhabe mit ihren Zugängen zu öffentlichen und privaten Gütern, schließt aus und erzeugt regelmäßig neue persönliche Hilfebedarfe. In einer solchen Situation treten zum anderen als Reaktion auf die eigene Lage Schließungsprozesse auf. Über sie soll der Anspruch geltend gemacht werden, den Kreis der „Berechtigten“ zu begrenzen. Diese Ansprüche sind typischerweise gegen andere Bevölkerungsgruppen gerichtet und aktuell besonders gegen Migranten*Innen und Flüchtlinge. Die Verantwortung für die eigene Lage kann darüber zugleich anderen zugeschrieben, aber auch kollektiv politisiert werden. Beide Reaktionsmuster haben so in den letzten Jahren systematisch zur Stärkung national abgeschotteter Positionen mit extremen Flügeln beigetragen.²⁸

Wie die Ambivalenz eines in der Regel an den Staat gerichteten Anspruchs mit der Möglichkeit weiter eskalierender Ausschließungsformen jeweils aufgelöst wird und welche aktiven oder Rückzugsstrategien (voice or exit) personal wie sozial dominieren, ist prinzipiell nicht festgelegt. Als zentraler Auslöser für sich verschärfende Situationen fungiert jedoch regelmäßig zunächst ein deutlich erkennbarer Vertrauensverlust gegenüber öffentlichen Institutionen, der vor allem in den ärmeren Haushalten, aber nicht hier allein, zu erkennen ist. Kennzeichnend ist zugleich eine Überdehnung der Beziehung zum Staat. Hier gelingt es Personen kaum mehr, ein Gesamtvertrauen in die Stabilität sozialer Rahmenbedingungen zu entwickeln, das sich typischerweise an den Staat als zuständige Instanz richtet. Allenfalls werden Anforderungen und Leistungen für besondere Lebenslagen moralisch eingefordert. In der Folge werden so-

²⁶ Auch in den weiteren Auswertungen gliedere ich die Angaben über das Haushaltseinkommen in vier etwa gleichgroße Gruppen (Quartile), die jeweils etwa 25% der Befragten repräsentieren.

²⁷ Ich beziehe mich hier im Hintergrund auf die gerade für den Fall wirtschaftlicher und sozialer Ungleichheit auftretenden Reaktionen, die besonders im Übergang personaler und kollektiver Reaktionen bedeutsam sind, wie sich etwa an der Konzeption sozialer Bezugsgruppen zeigen lässt. Vgl. dazu grundlegend etwa Robert K. Merton 1964, Kapitel VIII.

²⁸ Als grundlegender theoretischer Artikel ist in diesem Zusammenhang nach wie vor der Aufsatz von Max Horkheimer 1939 von herausragender Bedeutung und kann als Lehrstück auch für die Gegenwart dienen.



dann systematische Brüche zwischen den Erwartungen an das staatliche Handeln und der jeweiligen persönlichen Lebenssituation verstärkt, in der Regel, ohne hierbei die Eigenlogik staatlichen Handelns gegenüber den Bedürfnissen und Interessen der Person zu thematisieren.²⁹

3. REAKTIONEN AUF UNGLEICHHEIT

Um weiterhin darzustellen, wie die angesprochenen Mechanismen zu einer Eskalation beitragen, stelle ich zunächst für Bevölkerungsgruppen mit unterschiedlichem Einkommen das Ausmaß dar, zu dem das Vertrauen zu öffentlichen Institutionen variiert. In der folgenden Tabelle sind dazu die Antworten zusätzlich nach drei Gruppen aufgegliedert: Eine befragte Person beschreibt ihre eigene Lage als einschränkend und zugleich die gesellschaftliche Situation für einfache Leute als problematisch, eine befragte Person beurteilt nur die gesellschaftliche Lage als problematisch oder sie vertritt andere Positionen.³⁰

Geringes Vertrauen in öffentliche Institutionen nach Art der Betroffenheit und Einkommen 2008 und 2018 (%)

Einkommen	Eigene und gesellschaftliche Lage als prekär eingestuft		Nur gesellschaftliche Lage als prekär eingestuft		Andere Antworten	
	2008	2018	2008	2018	2008	2018
Untere 25%	51,1	54,9	33,3	36,3	26,0	21,5
2.Quartil	52,9	49,9	36,1	30,9	20,3	24,5
3.Quartil	41,8	41,2	32,8	28,3	27,5	16,6
Obere 25%	41,1	38,1	26,2	21,0	27,2	16,0

Aus der Tabelle geht hervor, wie besonders dann, wenn die persönliche und die gesellschaftliche Lage als prekär bewertet wird, das Vertrauen in öffentliche Institutionen markant eingeschränkt ist. So geben 2018 vor allem die Befragten im unteren Einkommensbereich zu 54,9% ein nur geringes öffentliches Vertrauen an. Wird nur die Lage in der Gesellschaft und nicht die eigene in dieser Weise beurteilt, liegt dieser Anteil lediglich bei 36,3%. Allein in diesen beiden Gruppen ist der Anteil des geringen Vertrauens gestiegen. In den anderen Gruppen hingegen im Zeitverlauf gesunken.

Der Vertrauensverlust in einer als persönlich prekär eingeschätzten Lage ist folgenreich und Auslöser für persönliche Erklärungen und Rationalisierungen, über die danach gesucht wird, Verantwortliche für die eigene Lage zu finden. Wie angesprochen wird dafür in einer solchen „Situation des Verdachts“

regelmäßig auf die ausländische Bevölkerung verwiesen und damit auf eine Gruppe, der gegenüber leicht Stimmung gemacht werden kann, wie nicht nur die laufenden Debatten um Nationalbewusstsein und Leitkultur deutlich machen.³¹ Diese Gruppe bietet sich als Sündenbock besonders an, um gegenüber dem Staat Ansprüche für sich selbst zu reklamieren.

Im Folgenden greife ich diese Konsequenz eines öffentlichen Vertrauensverlustes auf, der vorrangig die eigene Nation als Ausgrenzungskriterium nutzt. Für die Zustimmung eines so „geschlossenen“ Nationalbewusstseins habe ich drei Merkmale miteinander verbunden: Zunächst zumindest einer der Aussagen zuzustimmen: 1. mehr Nationalgefühl zu zeigen oder aber 2. Stolz auf Deutschland zu sein. Wenn zum anderen diese Zustimmung als 3. mit der Auffassung verbunden ist, die Bundesrepublik sei gefährlich überfremdet, interpretiere ich dieses Verständnis als geschlossenes Nationalbewusstsein. Die folgende Tabelle gibt dazu an, in welchem Umfang diese Haltung bei geringem und höherem öffentlichem Vertrauen unter den befragten Personen mit unterschiedlichem Einkommen im Zeitverlauf zwischen 2008 und 2018 jeweils vertreten wird. Sie gibt Anhaltspunkte für den Umfang, zu dem ein geringes öffentliches Vertrauen mit einem nach innen geschlossenen und so nach außen ausgrenzendem Nationalbewusstsein verbunden wird.

Geschlossenes Nationalbewusstsein nach Umfang des öffentlichen Vertrauens und Haushaltseinkommen 2008 und 2018 (%)

Einkommen	untere 25%	2.Quartil	3. Quartil	Obere 25%
Öffentliches Vertrauen	<i>gering höher</i>	<i>gering höher</i>	<i>gering höher</i>	<i>gering höher</i>
Geschlossenes Nationalbewusstsein 2008	50,0 35,2	46,7 36,4	41,5 32,9	28,4 22,7
Geschlossenes Nationalbewusstsein 2018	58,0 34,1	62,0 33,5	53,6 26,6	43,9 17,6

Ein geschlossenes und ausgrenzendes Nationalbewusstsein ist nicht auf die Haushalte mit geringem Einkommen begrenzt, sondern zeigt sich in unterschiedlicher Höhe für alle Einkommensgruppen. Die Veränderungen zwischen den Jahren 2008 und 2018 verweisen hierbei auf einen ausgeprägten Anstieg des geschlossenen Nationalbewusstseins in den mittleren und höheren Einkommensstufen bei geringem öffentlichem Vertrauen. Wenn umgekehrt hier dieses Vertrauen gegeben ist, geht die Schließungsbereitschaft zurück. Als Folge entwickeln sich die Einstellungen in der Bevölkerung zunehmend stärker auseinander.

29 Vgl. hierzu ausführlich Jan Philipp Reemtsma 2009, besonders im Abschnitt „Das Problem des Vertrauens in die Moderne“, 85-99.

30 Als Grundlage zur Einstufung des öffentlichen Vertrauens dienen das (fehlende) Vertrauen zum Bundestag, zur Justiz, zur Regierung sowie ergänzend zu den Zeitungen. Die weitere Aufgliederung basierte auf der Einstufung der persönlichen wirtschaftlichen Situation sowie der Einschätzung, ob sich die Lage in der Gesellschaft für „einfache Leute“ verschlechtert habe. Diese letzte Aussage findet im Übrigen gerade in der unteren Einkommensgruppe mit einem Anteil von 80% eine besonders breite Zustimmung.

31 Im hier dokumentierten Zeitraum sind bei geringem öffentlichem Vertrauen die einschlägigen Distanzierungsformen gegenüber der ausländischen Bevölkerung durchgängig und für alle Einkommensgruppen deutlich gestiegen. In der Befragtengruppe mit dem geringsten Einkommen geben 2018 52,8% statt 45,4% Vorbehalte gegen die ausländische Bevölkerung an, in den folgenden Gruppen ist dieser Anteil von 42,6% auf 55,8% bzw. von 39% auf 46,6% gestiegen, in der höchsten Einkommensgruppe von 23,4% auf 35,4%. Umgekehrt fällt die Ablehnung der ausländischen Bevölkerung bei hohem öffentlichem Vertrauen deutlich geringer aus und liegt 2018 mit durchweg rückläufigen Zahlen in der unteren Einkommensgruppe bei 17% und in der oberen bei 6,3%.

Ein geschlossenes Nationalbewusstsein ist nicht nur als persönliche Einstellung wirksam, wie etwa an der Unterstützung für die AfD bei der Bundestagswahl zu erkennen ist. Ursprünglich als Reaktion auf die eigene Lage vertretene Orientierungen werden in einen öffentlichen Zusammenhang gestellt und können sodann, politisch gestützt und instrumentalisiert, neu interpretiert werden.³²

Wie aus der folgenden Auswertung zu entnehmen ist, verweist das Beispiel der Wahlentscheidung für die AfD in den hier unterschiedenen Bevölkerungsgruppen³³ darauf, dass diese Transformation mit tiefgreifenden Brüchen verbunden ist.

Wahl der AfD nach Einkommen, öffentlichem Vertrauen und Nationalbewusstsein 2018 (%) (Anteil der Personen, der angab, bei den letzten Bundestagswahlen AfD gewählt zu haben)

Wahl der AfD (%)	untere 25%	2.Quartil	3. Quartil	obere 25%
Gruppe 1: Geringes Vertrauen und geschlossenes Nationalbewusstsein	30,4	42,2	41,6	29,0
Gruppe 2: Geringes Vertrauen ohne geschlossenes Nationalbewusstsein	4,0	9,5	14,3	1,4
Gruppe 3: Andere Angaben. Mittleres und höheres Vertrauen, kein geschlossenes Nationalbewusstsein	3,5	4,6	5,0	2,9

Die Wahl der AfD bei den Bundestagswahlen ist ganz dominierend auf die erste Gruppe konzentriert, in der ein geringes Vertrauen in öffentliche Institutionen und zugleich ein geschlossenes Nationalbewusstsein dominiert. Dieses Reaktionsmuster wird besonders bei Haushalten mit mittlerem Einkommen sichtbar (2. und 3. Quartil). Die Partei erhält hier einen Stimmenanteil, der deutlich über 40% liegt. Bei Haushalten mit geringem Einkommen liegt dieser Anteil auf dem immer noch hohen Niveau von 30,4%. Die abgeschwächte Unterstützung steht in Einklang mit einer hier vorherrschenden Exit-Strategie, die durch einen ausgeprägten Anteil von Wahlenthaltungen gekennzeichnet ist.

Im Vergleich zur ersten Gruppe ist die Stimmenabgabe für die AfD fast durchgehend erheblich geringer. Treten die angesprochenen Rückzugs- und Schließungsmuster nicht auf, so sinkt die Wahlunterstützung auf nur noch geringe Prozentwerte.

4. FAZIT

Die Darstellung macht deutlich, dass die Einschränkung des öffentlichen Vertrauens, die als Folge langfristig zunehmender Ungleichheit zunimmt, als ein wichtiger Auslösefaktor für weitergehende Konsequenzen hin zu einem geschlossenen Nationalbewusstsein zu verstehen ist. Gleichwohl bleibt diese Reaktion für sich genommen noch auf das personale Umfeld begrenzt. Eine Ausweitung erfolgt erst dann, wenn sich eine Person über ihre jeweilige Lage hinaus sozial bindet. Dies geschieht in unterschiedlicher Weise. In einer ersten Form treten eher verschiedene, nach innen gerichtete Vergemeinschaftungs-

32 Dieser Eskalationsvorgang wurde an unterschiedlichen sozialen Problemen unter dem Stichwort eines „deviation amplifying feedback“ demonstriert und zeigt die Verschärfung sozialer Lagen unter jeweils neuen sozialen Rahmenbedingungen. Vgl. hierzu etwa den zusammenfassenden Sammelband von Axel Groenemeyer und Silvia Wieseler 2008.

33 In der Darstellung habe ich die Angaben über Wahlpräferenz für die AfD in drei Gruppen zusammengestellt: Eine erste Gruppe weist sowohl ein geringes öffentliches Vertrauen als auch ein geschlossenes Nationalbewusstsein auf. Eine zweite Gruppe ist ausschließlich durch ihr geringes Vertrauen beschrieben. Die dritte Gruppe setzt sich schließlich aus allen weiteren Antworten zusammen.

Ordnen und Regieren

Das Konzept ›Zivilgesellschaft‹ in der deutschen Entwicklungspolitik.
Eine postkoloniale Diskursanalyse



Sara Madjlessi-Roudi



Sara Madjlessi-Roudi
Ordnen und Regieren
Eine postkoloniale Diskursanalyse des Konzepts ›Zivilgesellschaft‹ in der deutschen Entwicklungspolitik

ISBN 978-3-89771-777-0

Seiten: 476

Reihe: Edition DISS Band: 48

Sara Madjlessi-Roudi wirft einen kritischen Blick auf das Konzept der ›zivilgesellschaftlichen Beteiligung‹, das seit den 1990er Jahren den entwicklungspolitischen Diskurs im Globalen Norden bestimmt.

Unter spezifischer Bezugnahme auf Afrika und unter Rückgriff auf die Kritische Diskursanalyse (KDA) und auf postkoloniale Theorie arbeitet sie anhand von Strategiepapieren zur Entwicklungspolitik des BMZ sowie der Bundesregierung heraus, wie sich die Idee der ›Einbindung von Zivilgesellschaft‹ innerhalb von fünfzehn Jahren zu einer Regierungstechnologie entwickelt hat. Darin wird Afrika als tendenziell defizitäres Umfeld für zivilgesellschaftliche Teilhabe konstruiert und werden Differenzlinien insbesondere zu sogenannten ›Gewaltakteuren‹ und zur Bevölkerung hervorgehoben.

Sara Madjlessi-Roudi zeichnet nach, wie die deutsche Entwicklungspolitik über Jahre hinweg am Konzept ›Zivilgesellschaft‹ festhält, das auf eigenverantwortliche Subjekte verweist, von denen bestimmte Handlungen eingefordert werden können. Im Ergebnis werden so nicht nur politische und ökonomische Machtverhältnisse ausgeblendet, sondern auch koloniale Differenzsetzungen reproduziert, in denen sich das BMZ als handelnder Akteur begreift. Die diskursiven Effekte, die die Autorin ausmacht, zeigen sich entweder in Bezug auf die Legitimation des deutschen entwicklungspolitischen Handelns in Afrika oder in der Zurückweisung von Kritik an entwicklungspolitischem Paternalismus.



Entfremdung Identität Utopie



Marvin Chlada, Peter Höhmann,
Wolfgang Kastrup & Helmut Kellersohn (Hg.)

ISBN 978-3-89771-774-9
200 Seiten, Oktober 2020
Reihe: Edition DISS Band: 45

Der Entfremdungsbegriff (bzw. ein verwandter Begriff wie Verdinglichung) hat Konjunktur. Die Debatte reflektiert zum einen das neue Interesse an der Marx-Lektüre, das seit der Jahrtausendwende Ausdruck der Krisenprozesse ist, die die kapitalistische »Welt« durchziehen und nach Erklärungsmustern suchen lassen. In diesem Zusammenhang wird auch das Verhältnis zwischen dem »frühen« Marx und dem Marx der »Kritik der Politischen Ökonomie«, zwischen Entfremdungskritik und der Kritik des Warenfetischismus erneut thematisiert. Zum anderen verweist der Entfremdungsdiskurs auf die individuellen Leidenserfahrungen, die den Alltag der Menschen bestimmen.

Korrespondierend zum Entfremdungsbegriff nimmt der Identitätsbegriff einen immer breiteren Raum ein in der Debatte um die Gestaltung von nichtentfremdeten Lebensverhältnissen. »Identität« (bzw. »kollektive Identität«) ist zur Chiffre geworden, unter der sich unterschiedliche Gruppen formen, denen es um eine Änderung vorherrschender Lebens- und Denkweisen geht, die sich unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen herausgebildet haben.

Besondere Beachtung verdienen rechtspopulistische und extrem rechte Bewegungen. Auch sie operieren identitätspolitisch, indem sie das »Deutsch-Sein« (im völkischen Sinne) und das volksgemeinschaftliche Wir zum allein bestimmenden Identitätsmerkmal erheben. Identität ist aus dieser Sicht immer national- und volksbezogen. Entfremdung dagegen bedeutet stets Verlust des Nationalen und des »Volkhaften«. Auch die Vorstellungen von einer anderen, besseren Welt haben Konjunktur.

formen auf. Sie stellen Zugehörigkeit und Nicht-Zugehörigkeit klar und ermöglichen so im Sinne rituellen Präsentierens (Goffman) gemeinsame Norm- und Handlungsmuster, über die sich Personen auf ihre jeweiligen Lebenslagen beziehen können. Durch den besonderen Bezug auf den Nationalstaat, der, wie dargestellt, hier geltend gemacht wird, lassen sich aber darüber hinaus öffentliche Verbindlichkeiten geltend machen und instrumentalisieren. Sie integrieren nicht nur nach innen, sondern sie verstärken zugleich bestehende Brüche in der Gesellschaft oder erzeugen neue.

LITERATUR

- Groenemeyer, Axel und Wieseler, Silvia (Hg.) 2008: Soziologie sozialer Probleme und sozialer Kontrolle, Wiesbaden.
- Gouldner, Alvin, Reziprozität und Autonomie in der funktionalen Theorie, in: Hartmann, Heinz (Hg.) 1967: Moderne amerikanische Soziologie, Stuttgart.
- Horkheimer, Max, Die Juden und Europa 1939: Zeitschrift für Sozialforschung, Vol.8, 115-137.
- Merton, Robert K. 1964: Social Theory and Social Structure, London.
- Reemtsma, Jan Philipp 2009: Vertrauen und Gewalt, Hamburg.

Dr. Peter Höhmann, Soziologe, Mitglied im AK Kritische Gesellschaftstheorie im DISS

32 Jahre Deutsche Einheit

ERGEBNISSE DES „DEUTSCHLANDMONITORS“

Von Florentina Berisha und Christian Hoeps

Pünktlich zum 32. Jahrestag der deutschen Einheit ist der Bericht des Ostbeauftragten der Bundesregierung, Carsten Schneider, Staatsminister beim Bundeskanzler und Beauftragter der Bundesregierung für Ostdeutschland, mit dem Titel „Ostdeutschland. Ein neuer Blick“ erschienen.³⁴ Die Betonung liegt auf „neu“, denn der Bericht möchte sich nicht allein in „negativen Assoziationen“ (3) ergehen, sondern auch positive Entwicklungstendenzen aufzeigen und deutlich machen, dass bedenkliche Trends, wenngleich in unterschiedlicher Stärke, sowohl in Ost- wie Westdeutschland zu beobachten sind.

Während im ersten Teil des Berichts ost- und westdeutsche AutorInnen über ihre Erfahrungen Auskunft geben, wird im zweiten Teil, auf den wir im Folgenden näher eingehen, der sogenannte „Deutschlandmonitor“ (S. 89–116) vorgestellt, der sich mit den Einstellungen der Menschen in Ost und West zur Demokratie & Politik in Deutschland befasst.³⁵ Hierzu wurden zwischen dem 26. Juli und dem 15. August 2022 in einer Studie 4000 TeilnehmerInnen zu Themen befragt wie der politischen Einstellung, der Lebenszufriedenheit in Deutschland, der Einschätzung von Zuwanderung oder der Haltung zur Corona-Politik. Zur Ergänzung wurden vier Fokusgruppendifkussionen durchgeführt, in denen über die Dauer von 2 Stunden mit je 8 TeilnehmerInnen Gruppendiskussionen stattgefunden haben. Der Deutschlandmonitor bezieht sich außerdem auf eine im Auftrag der Regierungskommission von der INFO GmbH

³⁴ Bericht des Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland 2022: Ostdeutschland. Ein neuer Blick, Deutscher Bundestag 20. Wahlperiode, Drucksache 20/3700 (28.09.2022).

³⁵ Ein dritter Teil stellt die Vorhaben der Bundesregierung zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse vor.

2020 durchgeführte Studie mit dem Titel „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“.³⁶ Aufgrund der Vergleichbarkeit der beiden Studien mit ihren standardisierten Fragen ist es möglich, Entwicklungstrends herauszuarbeiten.

In der vorliegenden Studie wurden vier sogenannte „Einstellungscluster“ anhand der Resultate der Befragung gebildet. Innerhalb dieser verschiedenen Gruppen oder „Typen“ herrschen ähnliche Meinungsmuster, gleichzeitig bestehen offensichtliche Unterschiede in den Einstellungen zwischen den Typen. Der erste Typ bzw. die erste Gruppe, die sich herausgebildet hat, sind die sogenannten *„offenen und liberalen Menschen“*, welche ca. 24% der Gesamtheit der Befragten ausmacht, wobei 15% der Befragten aus dem Osten dieser Gruppe zugewiesen werden und 26% der Befragten aus dem Westen. Diese Gruppe zeichnet sich vor allem durch ein im Vergleich überdurchschnittliches Interesse an Politik aus sowie eine hohe Zustimmung zur Zuwanderung.

Demographisch zeichnet sich diese Gruppe besonders durch eine hohe formale Bildung aus und ist vor allem in Städten hoch vertreten. Die nächste Gruppe, die sich herausgebildet hat, sind die *„kleinbürgerlich-konservativen Menschen“* mit einem Anteil von 24% der Befragten, 24% aus dem Osten und 24% aus dem Westen, welche sich besonders durch den Wunsch nach einer Stärkung Deutschlands auszeichnet und vor allem von Menschen besetzt ist, welche ihren Lebensstandard als gut einschätzen. Das nächste Cluster der sogenannten *„angepassten Skeptiker“* mit 31% der Befragten (26% Ost und 32% West) hebt sich durch ein geringes Politikinteresse sowie einen niedrigen formalen Bildungsstand und niedriges Einkommen ab. Die sogenannten *„verdrossenen Populisten“* bilden die letzte Gruppe mit einem Anteil von 21% der Befragten, wobei hier 35% aus dem Osten kommen und 18% aus dem Westen. Charakterisiert wird dieses Cluster vor allem durch Unzufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland sowie durch einen besonderen Fokus auf die Themengebiete Zuwanderung und Migration, welche eher abgelehnt werden. Im Vergleich Ost/West wird deutlich, dass die Gruppe der *„verdrossenen Populisten“* am stärksten im Osten Deutschlands, die der *„offenen und liberalen“* dagegen eher im Westen vertreten ist. Auch fällt auf, dass die Einschätzung der eigenen Lebenssituation vor allem im Osten schlechter ausfällt als im Westen, was die Überrepräsentation der *„verdrossenen Populisten“* in Ostdeutschland erklären könnte.

UMFRAGEERGEBNISSE DES „DEUTSCHLANDMONITORS“

Die Studie liefert Ergebnisse, welche trotz steigender Angleichung von West und Ost für die Bundesregierung durchaus besorgniserregend sein sollten. Noch immer scheint es so, dass bei Menschen aus Ostdeutschland das Gefühl besteht, sie seien keine vollwertigen Bürger der Bundesrepublik. Immerhin sehen sich 21% als Verlierer der Wiedervereinigung. Bei der Frage, ob die Anerkennung der Lebensleistung der Ostdeutschen wichtig sei für die weitere Entwicklung der Deutschen Einheit stimmten 79% der Ostdeutschen, lediglich 57% der Westdeutschen zu. Auch gehen die Meinungen bei der Frage, ob Ost-

deutsche häufig als Menschen zweiter Klasse behandelt werden, stark auseinander. Hier stimmten 63% der Ostdeutschen dieser Aussage zu, während nur 33% der Westdeutschen ihr beipflichteten. Anhaltspunkte diesbezüglich finden sich in der sozioökonomischen Realität. Noch immer besteht eine Einkommensdifferenz zwischen Ost- und Westdeutschen, durchschnittlich verdienen ArbeitnehmerInnen in Ostdeutschland 15% weniger als ihre KollegInnen im Westen. Auffallend ist weiterhin die geringe Anzahl ostdeutscher Führungskräfte, lediglich 3,4% der Führungspositionen in Deutschland werden von Ostdeutschen besetzt, während Ostdeutsche ca. 17% der Gesamtbevölkerung ausmachen. Auch sind Menschen aus Ostdeutschland häufig Stereotypen ausgesetzt, wie ein Kommentar einer Teilnehmerin der Fokusdiskussionsgruppe deutlich macht: „Als Sachse hört man schon oft: ‚Ihr da drüben seid doch alles Nazis‘ (W, 30 bis 39 Jahre, Sachsen).“ Vorurteile wie diese entstehen vor allem, wenn der Austausch zwischen Ost und West wenig entwickelt ist und kein gegenseitiges Verständnis aufgebaut werden kann. Statistisch zeigt sich dies daran, dass ca. 22% der Westdeutschen angeben, noch nicht in Ostdeutschland gewesen zu sein. Ohne einen Austausch über die Ansichten und Wahrnehmungen bezüglich der Lebensrealität der Ostdeutschen fehlt ein Verständnis für die genannten Probleme.

Die Meinung von Ost- und Westdeutschen geht jedoch vor allem bei Fragen zu politischen Anschauungen auseinander. Der Aussage „Mit der Demokratie, wie sie in Deutschland funktioniert, bin ich alles in allem zufrieden“ stimmten 59% der Westdeutschen, jedoch lediglich 39% der Ostdeutschen zu. Im Rückblick auf die INFO-Erhebung von 2020 muss aber betont werden, dass die Zustimmung zur deutschen Demokratie generell abgenommen hat, sowohl bei Westdeutschen (2020: 65%) als auch Ostdeutschen (2020: 48%). Auch die Zufriedenheit mit der konkreten Politik hat sich im Vergleich zur vorherigen Studie verringert. So stimmten 2020 noch 42% der Ostdeutschen zu, dass sie mit der politischen Situation in Deutschland grundsätzlich zufrieden seien, 2022 bejahten dies jedoch nur noch 26% der Ostdeutschen, im Westen immerhin noch 42%. Grund dafür ist, dass bei vielen das Vertrauen in die Regierungspolitik zu schwinden scheint. Dies wird auch deutlich bei der mehrheitlichen Zustimmung sowohl von westdeutscher wie ostdeutscher Seite, Parteien ginge es um Stimmen und nicht um Wähler. Außerdem stimmten nur 32% der Ost- und 42% der Westdeutschen zu, dass Politikern das Land wichtig sei.

An dieser Stelle lohnt ein näherer Blick auf die vier Einstellungscluster. Die gesellschaftliche Gruppe der *„Offenen und Liberalen“* sowie die der *„Kleinbürgerlich-Konservativen“* stimmten der Demokratie in Deutschland zu ca. 80-95% zu, während die *„Skeptiker“* nur zu ca. 36% und lediglich 5% der *„verdrossenen Populisten“* Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland zeigten. Allgemein wird bei der letzten Gruppe deutlich, dass die Politikverdrossenheit hier am größten ist. Diese Gruppe befürwortet am ehesten ‚Mut‘ zu einem stärkeren Nationalgefühl und fühlt sich am häufigsten in ihrer Meinungsfreiheit eingeschränkt. Im Kontext der von der Bundesregierung verfügte Corona-Maßnahmen zeigt sich im Übrigen: Je höher die Bereitschaft eines gesellschaftlichen Typus ist, an Corona-De-

³⁶ Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (Hg.): Abschlussbericht der Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“, Berlin 2020.



monstrationen teilzunehmen, und je mehr Ungeimpfte in einem Cluster vertreten sind, desto eher wird der Aussage von fehlender Meinungsfreiheit in Deutschland zugestimmt. Auch bei den Fragen zu den Themen der Zuwanderung und Migration sehen die „verdrossenen Populisten“ diese fast durchweg als Bedrohung an, unabhängig von der Herkunft der Migranten/Geflüchteten.

Ein allgemeiner Trend lässt sich darin erkennen, dass die Zustimmung zu Aussagen, welche eher der politischen Rechten zuzuordnen sind, im Vergleich zu 2020 zugenommen hat. Deutlich wird dies vor allem beim Thema Zuwanderung. Nur 15% der Ostdeutschen und 21% der Westdeutschen sehen in der Zuwanderung eine Bereicherung für Deutschland, dagegen sagten 46% der Ostdeutschen und 40% der Westdeutschen aus, sie sähen eine Gefahr in der Zuwanderung, wobei im Allgemeinen die Zuwanderung von muslimischen Geflüchteten kritischer bewertet wird als die von nicht-muslimischen oder ukrainischen Flüchtlingen. Die Gruppe der „verdrossenen Populisten“ betrachtet jegliche Art von Zuwanderung kritisch.

Zurückzuführen ist die steigende Politikverdrossenheit und der Verlust an Vertrauen zur deutschen Politik auf die sich verändernde Lebensqualität und Lebenszufriedenheit der Deutschen, unabhängig ob in West- oder Ostdeutschland (wonach im nächsten Schritt gefragt wurde), wobei sie sowohl West- als auch Ostdeutsche im Durchschnitt 5-10% schlechter einschätzen als noch 2020, während Ostdeutsche ihre Lebensqualität immer noch schlechter bewerten als Deutsche aus dem Westen. Vor allem Ostdeutsche aus ländlichen Regionen bewerteten ihre Lebensqualität am schlechtesten, besonders in Bezug auf die medizinische Versorgung sowie ihre finanzielle Situation und die Absicherung im Alter. Auch in Bezug auf die Infrastruktur bestehen noch große Unterschiede zwischen Ost und West, da trotz vieler Bemühungen um den Schienennetzausbau der Osten Deutschlands in diesem Bereich der Infrastruktur verglichen mit dem Westen schlechter dasteht, vor allem was die Erreichbarkeit von Oberzentren angeht. Der Zeitaufwand ist im Osten offenkundig am größten, auch wenn in manchen Regionen des Westens ebenfalls keine guten Anbindungen bestehen.

Ein wichtiger Punkt im Ost-West-Vergleich ist neben dem erwähnten Einkommensgefälle die Vermögenslage. Immer noch verfügen Ostdeutsche durchschnittlich über weniger Vermögen als Westdeutsche, was vor allem auf die früheren Enteignungen und auf die erschwerten Bedingungen der DDR hinsichtlich der Vermögensbildung zurückzuführen ist. Dies hat

auch eine fehlende bzw. nicht ausreichende Altersvorsorge zur Folge, da auf Grund der strukturellen Gegebenheiten der DDR keine betriebliche Altersvorsorgen vorliegen und die Renten in den neuen Bundesländern nahezu ausschließlich von der Deutschen Rentenversicherung gezahlt werden. Die Befragten aus Ostdeutschland gaben ebenfalls öfter als Westdeutsche an, sie kämen mit ihrem verfügbaren Einkommen nicht zurecht.

DIE UNZUFRIEDENHEIT MACHT SICH BEMERKBAR

Die Ergebnisse der Studie sind ernüchternd. Das Vertrauen in die Politik scheint nun insbesondere im Kontext des Ukraine-Konflikts sowie steigender Gas- und Strompreise weiter zu sinken. Dies machte sich auch am Tag der Deutschen Einheit am 03.10.2022 erkennbar, an dem in vielen Städten Deutschlands mehrere Tausende Menschen zum Protest gegen die Regierungspolitik, die Inflation und den Umgang mit dem Ukraine-Konflikt auf die Straße. In einigen Teilen Deutschlands wurde auch gegen die Corona-Maßnahmen demonstriert. Auffällig bei den Protesten ist, dass diese vorwiegend im Osten Deutschlands stattgefunden haben. Im thüringischen Gera nahmen ca. 10.000 Protestanten an einer Demonstration zum Ende der Sanktionen gegen Russland teil. Auch in Leipzig und Dresden gingen mehrere Tausend Menschen zum Protest auf die Straßen, darunter vor allem Anhänger der AfD, welche in Dresden zum Protest aufgerufen hatte. Aber auch in anderen Teilen von Sachsen und Thüringen sowie Mecklenburg-Vorpommern kam es zu Protesten, wobei die von den Menschen vorgebrachten Sorgen und Wünsche durch die Demonstrations-Regie von rechts instrumentalisiert werden, wie bei den von der AfD oder der rechtsextremen Partei Freie Sachsen organisierten Demonstrationen in Dresden. Auch in Westdeutschland fanden Demonstrationen zum Tag der Deutschen Einheit statt, jedoch nicht so viele wie im Vergleich zum Osten Deutschlands. Kulturstatsministerin Claudia Roth (Bündnis 90/ Die Grünen) kritisierte die Demonstrationen, sie seien „zynisch und geschichtsvergessen“ und es sei wichtig, die Tradition der Montagsdemonstrationen, welche die Deutsche Einheit erst möglich gemacht hätten, zu würdigen und nicht durch derartige Proteste zu missbrauchen. Die Unzufriedenheit der Menschen gegenüber der Politik und rund um ihre Lebensqualität machte sich also am Tag der deutschen Einheit nicht nur statistisch bemerkbar, sondern auch auf den Straßen.

Florentina Berisha und Christian Hoeps studieren an der Uni Duisburg-Essen und sind zurzeit PraktikantInnen im DISS

30 Jahre Rostock-Lichtenhagen

DER RASSISMUS IST NOCH NICHT ÜBERWUNDEN

Von Heiko Kauffmann

[Red.] Das folgende Interview anlässlich des 30. Jahrestages der Ereignisse von Rostock-Lichtenhagen hat uns Heiko Kauffmann, Mitbegründer und langjähriger Sprecher von PRO ASYL, freundlicherweise zur Verfügung gestellt.³⁷ Wir verweisen in diesem Zusammenhang auch auf die Broschüre des DISS von 1992 „SchlagZeilen. Rostock: Rassismus in den Medien“, die in der DISS-Bibliothek online einsehbar ist.³⁸

Vor 30 Jahren fand im Rostocker Ortsteil Lichtenhagen das größte rassistische Pogrom der deutschen Nachkriegsgeschichte statt. Vom 22. bis 26. August 1992 griffen hunderte Rechtsextreme die Zentrale Aufnahmestelle für Asylbewerber (ZAst) an und setzten das danebengelegene Wohnheim für ehemalige vietnamesische Vertragsarbeiter*innen in Brand – nur knapp entkamen die dort lebenden Menschen dem Tod. Tausende Zuschauer*innen applaudierten, die Polizei versagte dabei, die Angegriffenen zu schützen, und die Politiker*innen missbrauchten den Vorfall im Nachgang, um die Grundgesetzänderung im Jahre 1993 zu legitimieren.

Heiko, du warst damals ein paar Tage nach dem Pogrom direkt vor Ort, als Inlandsreferent von terre des hommes und als Vorstandsmitglied von PRO ASYL. Wie hast du die Tage erlebt?

Das war ja nicht der erste rechtsradikale Anschlag. Aber die Dimension mit bürgerkriegsähnlichen Ausmaßen war derart schockierend, dass ich kurz danach hinfuhr um zu schauen, wie wir helfen und was wir tun können. Ich traf auf eine sehr bedrohliche Atmosphäre, aber auch auf Erschöpfung bei den Bewohnern der Stadt. Die waren misstrauisch, in sich gekehrt oder feindselig. Die Stimmung war so niedergedrückt, dass man am liebsten gleich wieder gehen wollte. Da trafen unverhohlener Hass und Feindseligkeit bei den einen auf Scham und Trauer bei den anderen. Das ging tief auseinander, die Stadt war total polarisiert.

Wie sah es in dem Wohnheim aus, das angegriffen worden war?

Ich war erschüttert über das Ausmaß der Zerstörung – es war, als ob Bomben in das Wohnheim gefallen wären. Die Flure waren beschädigt, alles war schwarz. Wir haben dann einen Projektzuschuss für den Wiederaufbau eines Büros in dem Wohnheim gegeben, das als Treffpunkt für die Vietnamesen diente. Unmittelbar nach dem Pogrom gründeten die Bewohner*innen dann den Verein Diên Hồng – Gemeinsam unter einem Dach. Das muss man sich mal überlegen: Die Vietnamesen beschlossen, auf die Mehrheitsgesellschaft, von der sie gerade angegriffen wurden, zuzugehen und sich für ein besseres Zusammenleben einzusetzen. Der Verein leistet bis heute großartige Arbeit.

Wie erklärst du dir, dass der rassistische Mob tagelang so frei walten konnte?

Die politische und gesellschaftliche Stimmung war damals im gesamten Bundesgebiet derart polarisiert und aufgeheizt, wie ich es in meinem ganzen Leben nicht wieder erlebt habe. Bereits seit Mitte der 1980er Jahre hatten politische und mediale Kampagnen mit einer rücksichtslosen Instrumentalisierung von Flüchtlingen eine Asyldebatte vom Zaun gebrochen, die die Stimmung im Land anheizte. Wöchentlich las man von Angriffen auf Flüchtlingsunterkünfte. Ein schlimmer Vorläufer war Hoyerswerda im September 1991, wo Hunderte von Migranten angegriffen und gejagt wurden und nicht von der Polizei geschützt, sondern letztendlich evakuiert wurden. Das feierte der rechte Mob in einer Weise, dass er den Begriff der „ersten ausländerfreien Stadt Deutschlands“ bemühte, der in Anlehnung an den Begriff „die erste judenfreie Stadt Deutschlands“ an wirklich dunkle Zeiten erinnerte.

Flankiert wurde das Ganze seit Jahren von immer schärferen Gesetzen der Kohl-Regierung, die darauf abzielten, Flüchtlinge abzuschrecken. Mangelhafte medizinische Versorgung, Unterbringung in Sammellager mit oft katastrophalen Lebensumständen, ständiger psychischer Druck auf die Flüchtlinge aufgrund von Residenzpflicht und vielem mehr. Die Verelendung, Isolation und Zermürbung ist also nicht eine zwangsläufige Folge für das Flüchtlingsschicksal, sondern vom Gesetzgeber erwünscht herbeigeführt. Die staatliche Abschreckungspolitik bildet bis heute ein Netz aus Bevormundung, Entwürdigung und Kontrolle. Flüchtlinge werden in pauschaler Weise diskreditiert und oft über Jahre als Menschen mit niederen Rechten kenntlich gemacht und ausgegrenzt. Diese Gesetze schaffen dann Fakten, die ihrerseits das zugrundeliegende Bild von Flüchtlingen reproduzieren.

So war es auch in Rostock-Lichtenhagen...

Ja, die Bilder von Unrat vor der Flüchtlingsunterbringung waren ja nicht von den Flüchtlingen verschuldet, sondern der [Zustand – Red.] entstand, weil sie keine Unterkunft bekamen. Die campierten da seit Wochen und nichts tat sich. Diese Politik der Ausgrenzung, Stigmatisierung und Minderbewertung von Flüchtlingen macht auf diese Weise dann aus ihnen einen sozialen Gegner, einen Feind und einen Rechtlosen, lange bevor Gewalttäter und rechte Schlägertrupps ihren dumpfen Hass an ihnen ausüben.

Welche Bedeutung hatte dieser einschneidende Vorfall für die Arbeit von PRO ASYL?

³⁷ Zuerst online erschienen unter <https://www.proasyl.de/news/30-jahre-rostock-lichtenhagen-der-rassismus-ist-noch-nicht-ueberwunden/>.

³⁸ <http://www.diss-duisburg.de/wp-content/uploads/2016/04/DISS-SchlagZeilen-1992.pdf>



Wir haben PRO ASYL 1986 ja in der ersten Hochphase der verbalen Anschläge auf das Grundrecht auf Asyl gegründet. Wir wollten der Einstimmung der deutschen Bevölkerung durch rechte Politik und rechte Medien etwas entgegensetzen und durch Aufklärung und Kampagnen deutlich machen: Flüchtlinge sind gefährdet – und nicht gefährlich. Nach Rostock-Lichtenhagen sind wir viel offensiver geworden. Wir haben die Rechtsberatung aufgebaut, haben das Instrument der Petitionen immer mehr genutzt, verstärkt öffentlichkeitswirksame Kampagnen initiiert, auf Aufklärung und Dokumentation gesetzt, uns in politische Gremien eingemischt und zuständige Politiker angesprochen. Und wir haben mit vielen Bündnissen zusammengearbeitet, um Rassismus zurückzudrängen. Diese Auseinandersetzung haben wir damals leider verloren: 1993, als das Grundrecht auf Asyl quasi abgeschafft wurde. Wir kamen nicht gegen diesen Sturm des Radikalismus an. Der Asylkompromiss war eine direkte Folge von Rostock-Lichtenhagen und diente der Politik dazu, den letzten Schuss auf das Asylgrundrecht abzugeben.

Rostock-Lichtenhagen ist nun 30 Jahre her. Warum spielt die Erinnerung daran noch heute so eine wichtige Rolle?

Es ist dringend notwendig, dass sich die Gesellschaft ihres eigenen Rassismus und der Gründe dafür bewusst wird. Das ist leider bis heute nicht in der notwendigen Weise geschehen. Wir haben mit Solingen, NSU, Halle, Hanau und vielen anderen schrecklichen Begebenheiten eine Kontinuität rechter und rassistischer Gewalt – ganz zu schweigen von den täglichen Angriffen und Herabsetzungen von Flüchtlingen. Aus Rostock-Lichtenhagen können wir lernen: Strukturelle und institutionelle Ungleichheiten verletzen nicht nur die Menschenwürde und die Menschenrechte der betroffenen Flüchtlinge, sondern sie sind auch Nährboden für Fremdenfeindlichkeit und rechtsextreme Gewalt. Denn staatlicher und alltäglicher Rassismus bedingen einander.

Was ist jetzt dringend notwendig?

Nötig ist eine offensive und glaubwürdige Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rassismus, die sich nicht auf das individuelle Verhalten verengt, sondern nach den staatlichen Anteilen fragt, sprich: nach institutionellen, strukturellen und gesetzlichen Ausgrenzungen und Diskriminierungen von Flüchtlingen. Das ist bis heute leider nie umfassend geschehen. Trotz vieler Anmahnungen – auch von UN-Gremien – haben alle Innenminister von Otto Schily bis Horst Seehofer auf diese Forderung stets nur patzig und empört reagiert. Erinnerung und Gedenken darf aber nicht zu einem symbolischen Ritual der politischen Entlastung werden. Kurz- und Langzeitfolgen des größten Pogroms in Deutschland seit 1945 müssen intensiver aufgearbeitet werden.

Und wer ernsthaft und glaubhaft gegen Rechtsextremismus vorgehen will, muss Flüchtlingen und Migranten Rechte geben und endlich aufhören, sie zu Menschen zweiter Klasse zu machen. Rassismus kommt aus der Mitte der Gesellschaft und aus dem Geist von Gesetzen. Ich denke hier zum Beispiel an eine Rassismusstudie bei der Polizei und einer Untersuchung von deren Praktiken wie Racial Profiling – das wäre ein richtiger

Ansatz gewesen, wurde aber vom damaligen Innenminister Seehofer zurückgewiesen.

Was forderst du anlässlich des Gedenktages konkret von der Bundesregierung und dem Parlament?

Die Ankerzentren, Großlager und Haftzentren, in denen schutzsuchende Menschen isoliert, zermürbt und häufig ihrer Würde und ihrer Rechte beraubt werden, gehören aufgelöst. Das diskriminierende Asylbewerberleistungsgesetz mit den schäbigsten Standards zum Leben – weit unterhalb des amtlich ermittelten Existenzminimums – muss abgeschafft werden. Für besonders wichtig halte ich die Einsetzung einer Enquete-Kommission aus Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft, um institutionellen Rassismus in Deutschland zu untersuchen und zu überwinden. Und wenn man über die Grenzen der Bundesrepublik hinausschaut, muss endlich Schluss sein mit der politischen Inkaufnahme des Sterbens im Mittelmeer. Hier wäre eine parlamentarisch-zivilgesellschaftliche Initiative zur Gründung einer „Europäischen Gesellschaft zur Rettung Schiffsbrüchiger“ sinnvoll – analog zur Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger.

Derzeit erleben wir in Deutschland gesellschaftlich eine aufgeschlossene Stimmung gegenüber Geflüchteten aus der Ukraine und staatlich den Ansatz der Integration von Anfang an mit Aufenthaltsperspektiven und Zugang zu Bildung und Arbeit. Stimmt dich das hoffnungsvoll?

Natürlich ist das positiv. Was NGOs, Wissenschaftler und die UN seit Jahrzehnten predigen für eine gelingende Integration und für einen sozialen Frieden in der Gesellschaft – das ist hier geschehen. Es kann also gehen. Wir sehen jetzt auch, inwieweit in der Bevölkerung Hilfsbereitschaft da ist und die Realität des Lebens angenommen wird. Wir sind fern von populistischen Bewegungen gegen die Aufnahme von Ukrainern. Dass die Gesellschaft soweit gelernt hat, ist wunderbar.

Aber hat die Politik auch konsequent dazu gelernt? Warum gilt diese Willkommenskultur gegenüber Geflüchteten aus der Ukraine mit ukrainischer Staatsangehörigkeit nicht in gleicher Weise für People of Color, die aus der Ukraine fliehen mussten, oder für Studenten aus Tschetschenien, die genau denselben Bedrohungen und denselben Bomben ausgesetzt waren? Deutschlands Umgang mit Flüchtlingen ist ein Spiegelbild des gesamtgesellschaftlich transportierten und akzeptierten Rassismus. Und nicht nur in Deutschland. Der schlimmste Rassismus der Europäischen Union ist, dass es nach 25 Jahren noch immer nicht gelungen ist, das Sterben auf dem Mittelmeer zu beenden. Die Kapazitäten und das Know-how, um dem Sterben ein Ende zu setzen, sind da. Aber es wird Sterben gelassen. Eines Tages werden wir von unseren Enkeln und Urenkeln gefragt werden: Was habt ihr, was hat die Gesellschaft und die Politik dagegen getan?

Heiko Kauffmann war 1986 Mitgründer der Bundesarbeitsgemeinschaft PRO ASYL, von 1994 bis 2002 Sprecher von PRO ASYL und bis 2012 Vorstandsmitglied. Zuvor war er Inlandsreferent beim Kinderhilfswerk terre des hommes und im Bundesvorstand von Amnesty International. Als Mitherausgeber veröffentlichte er mehrere Reader in der Edition DISS.

Nachruf auf Kurt Lenk: „Rechts, wo die Mitte ist“

DER POLITOLOGE KURT LENK HAT GRUNDLEGENDES ZUR GESCHICHTE VON PARTEIEN UND DER THEORIE DER RECHTEN ERFORSCHT. NUN IST ER 93-JÄHRIG GESTORBEN.

Von Volker Weiß³⁹

Der Wandel der Politikwissenschaft von der Staats- und Institutionslehre hin zu einer kritischen Gesellschaftswissenschaft in der alten Bundesrepublik war eng mit dem Namen Kurt Lenk verbunden. Seine kritischen Impulse waren auch biografisch motiviert: Als Sohn einer deutschen Familie 1929 in Böhmen geboren, irritierte ihn, wie schnell zahlreiche Sudetendeutsche zu Anhängern Hitlers geworden waren, seitdem trieb ihn die Frage nach dem Verhältnis von Gesellschaft und Ideologie um.

Nach der Promotion am Frankfurter Institut für Sozialforschung Mitte der fünfziger Jahre habilitierte er sich in Marburg bei Wolfgang Abendroth, gemeinsam gaben sie eine bedeutende Einführung in die politische Wissenschaft heraus. Lenks Blick galt vor allem Bedingung und Wandel von politischen Konzepten, seine Wissenssoziologie stand im Spannungsfeld von Karl Marx, Karl Mannheim und Max Horkheimer.

Lenk klärte Begriffe und politische „Denkstile“, wobei er sich auch gegen die modische Verwendung revolutionären Vokabulars verwahrte. Dafür war ihm Marx zu wichtig, Lenk blieb Materialist, die alten Meister interessierten ihn aus dem Blickwinkel der Gegenwart. Zum Voluntarismus der Neuen Linken hielt er Distanz, durch die Zivilisationsskepsis der siebziger und achtziger Jahre sah er mitunter den Geist Oswald Spenglers durchscheinen.

Nach Marburg lehrte er zunächst in Erlangen, 1972 übernahm er die Leitung des Instituts für politische Wissenschaft an der RWTH Aachen. Die Wahl war ein scharfer Kontrast zu Arnold Gehlen und Klaus Mehnert, die zuvor in Aachen einen wesentlich konservativeren Geist geprägt hatten.

Vor allem die Gefährdung der Gesellschaft, in Krisenzeiten auf völkisch-autoritäre Muster zurückzugreifen, rückte in den Mittelpunkt von Lenks Arbeit. „Rechts, wo die Mitte ist“, lautete der Titel einer Publikation. Nie unterschätzte er die Kräfte der Gegenauflärung, seine grundlegende Arbeit „Deutscher Konservatismus“ widmete sich gerade den Anpassungsleistungen konservativen Denkens über zwei Jahrhunderte.

Stets suchte er den Horizont nach der „kommenden Reaktion“ ab, so war ihm die Neue Rechte längst vor ihrer Konjunktur



vertraut. Auf Lenks Schultern entstand viel Instruktives. AfD & Co hätten es wesentlich schwerer gehabt, wäre diese Forschung nach seiner Emeritierung 1994 systematisch fortgesetzt worden.

Dies oblag nun kleineren Einrichtungen wie dem Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung. Dort wurde zu seinem 80. Geburtstag unter dem Titel „Von Marx zur Kritischen Theorie“ eine Auswahl seiner Essays publiziert. Lenk starb im Alter von 93 Jahren am 11. August in Erlangen.

Volker Weiß ist promovierter Historiker und forscht hauptsächlich zu Geschichte und Gegenwart der extremen Rechten in Deutschland. Seine Studie „Die Autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes“ (2017) gilt als Standardwerk. 2021 war er Gastprofessor am Institut für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck. In der Edition DISS veröffentlichte er mehrere Aufsätze.

³⁹ Der Nachruf von Volker Weiß, den er uns dankenswerterweise zur Verfügung gestellt hat, ist zuerst in der taz v. 19. August 2022 erschienen (<https://taz.de/Nachruf-auf-Politologen-Kurt-Lenk/!5875527/>).



Das Problem der Dekadenz seit Georges Sorel

Von Kurt Lenk

[Red.] Dem im Folgenden abgedruckten Aufsatz Kurt Lenks liegt ein Vortrag zugrunde, den er 2004 auf dem 17. Kolloquium des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung in Würzburg gehalten hat. Der Aufsatz erschien zusammen mit anderen Beiträgen (u.a. von Roger Griffin, Moshe Zuckermann, Volker Weiß, Ulrich Prehn) im Band 8 der Edition DISS „Völkische Bande. Dekadenz und Wiedergeburt – Analysen rechter Ideologie“ (Münster 2005).⁴⁰ Der „Nestor der kritischen Konservatismusforschung in Deutschland“ (Vorwort) griff damals einen zentralen Aspekt heraus, der immer wieder in der Faschismuskritik thematisiert wird und sowohl für das Verständnis der Konservativen Revolution als auch der heutigen Neuen Rechten von Bedeutung ist: das Problem der Dekadenz. Lenk konzentrierte sich auf eine ideengeschichtliche Herleitung des Dekadenzbegriffs von Polybios über Machiavelli hin zu Nietzsche, Bergson und Sorel und arbeitete das geschichtsphilosophische Grundmuster einer dekadenz-theoretischen Zeitdiagnostik heraus. Er kam zum Ergebnis, dass bereits bei Sorel die Grundzüge einer „faschismus-affinen Krisensemantik“ vorliegen, gruppiert um die zentralen Topoi: Dekadenz-Apokalypse-Heroismus.

EINLEITUNG

In einem Interview des derzeitigen Vorsitzenden der NPD, Udo Voigt, finden sich die folgenden Aussagen:

„Die Leute sollen [...] erkennen, dass es früher oder später notwendig ist, sich zu entscheiden. Nämlich zwischen dem Untergang Deutschlands in einer multikulturellen Gesellschaft oder einer Besinnung auf eine nationale Wende.“ (...) „Es ist doch offensichtlich, dass das liberal-kapitalistische System der BRD vor dem Zusammenbruch steht: Entweder wird es durch Verfall zur multikulturellen Gesellschaft erodieren, oder das Volk wird ihm durch revolutionär verändertes Wahlrecht ein Ende setzen.“ (Voigt 2004)

Voigt benennt auch den „subjektiven Faktor“, der der damit proklamierten „Revolution von rechts“ den Elan geben soll: Es sind dies die von einem „extremen Idealismus“ erfüllten NPD-Mitglieder, die, gerade weil sie unter „besonderem Druck“ stehen, „Opferbereitschaft“ und „Einsatzfreudigkeit“ aufbringen. Denn solcher Druck „produziert politische Aktivisten von ganz anderem Schlage, als die Bürger es von den übrigen Parteien kennen“ (ebd.).

Nimmt man zu dieser offenen Kampfansage jene im „Taschenkalender des nationalen Widerstandes 2004“ der *Deutschen Stimme-Verlagsgesellschaft mbH* hinzu, so ergibt sich eine politische Apokalyptik, der es abermals ums Ganze zu gehen scheint. Dort ist vom „Überlebenskampf des deutschen Volkes“, von „Arterhaltung“ und vom drohenden Untergang der weißen Völker die Rede, von Gleichheitsideologien, die

zur Ausradierung der biokulturellen Wurzeln und rassischen Identitäten führen müssten.

Der Tenor solcher Kampfansagen ist auch in der Bundesrepublik nicht gerade neu; neu ist allerdings der Umstand, dass diesmal eine als revolutionäre Bewegung auftretende Fundamental-Opposition sich daran begibt, Parlamente zu erobern, ihrer Parole gemäß: erst die Straße, dann die Köpfe und schließlich die Institutionen des Parlamentarismus. Der kurze Hinweis auf diese aktuelle Form einer dekadenz-theoretischen Diagnostik sollte zeigen, dass wir es beim Syndrom *Dekadenz – Apokalypse – Heroismus* nicht mit längst vergangenen Phänomenen zu tun haben, sondern mit einem Evergreen aus der langen Tradition des revolutionären Konservatismus.

Im Folgenden geht es darum, an den Topoi Dekadenz, Apokalypse und Heroismus drei der gleichsam „archetypischen Fundamente“ (Eco 1998) nicht allein des italienischen Faschismus zu rekonstruieren. Dabei wäre zu zeigen, dass im Kern der Collage aus militanter Liturgie, Folklore und äußerer wie innerer Uniformierung sich ein Mythenkonglomerat befindet, dessen Offenlegung womöglich auch einen Zugang zu jener Generation der „Unbedingten“ (vgl. Wildt 2002) erlaubt, die als die eigentlichen Trägerschichten faschistischer Bewegungen fungierten.

GESCHICHTSPHILOSOPHISCHES GRUNDMUSTER: DAS ZYKLISCHE GESCHICHTSBILD

„Dekadenz“ gehört zum Umkreis der so genannten Plastikwörter (vgl. Pörksen 1988), zu denen etwa Identität, Kommunikation, Information und viele andere alltagssprachliche Begriffe gehören. Die Häufigkeit des Gebrauchs solcher Termini steht im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Klarheit. „Umso stärker ist ihre projektive, den Zielbereich verändernd beleuchtende und interpretierende Wirkung.“ (Pörksen 1988, 118)

Die Geschichte des Dekadenzbegriffs geht auf die späte Antike zurück und steht dort für Verfallsperioden im Rahmen einer zyklischen Geschichtsdeutung (vgl. hierzu Rehm 1927 sowie Leisegang 1928). Im Hintergrund dieser Historiographie steht in der Regel die Geschichte des Römischen Reiches, wie sie etwa bei dem griechischen Universalhistoriker Polybios (um 205-123 v. Chr.) erscheint, demzufolge Rom seine Machtentwicklung vor allem seiner Tüchtigkeit und seinen staatlichen und militärischen Einrichtungen verdanke, mit deren allmählichem Verfall das Ende des Großreiches eingesetzt habe. Die Pointe seines Geschichtsverständnisses beruht auf der Überzeugung, dass dem Aufstieg Roms zur Weltmacht ebenso notwendig der Niedergang folgen musste,

40 Herausgeber: Heiko Kauffmann, Helmut Kellershohn, Jobst Paul.

weil alles Geschehen in dieser Welt sich in geschlossenen Kreisen vollziehe (vgl. Walbank, in: Koselleck/ Widmer 1980).

Diese Idee vom Kreislauf – etwa der Verfassungen – wird später, im Gegensatz zur „Politeia“ Platons, nicht mehr bloß mythisch gefasst, sondern streng logisch: Kennt man, so wird behauptet, Entstehung und Entwicklung von Staaten und Verfassungen, so lasse sich daraus auch ihr Wachstum, ihr Höhepunkt und ihr schließlich unabwendbarer Umschwung zur Dekadenz entwickeln. Alles Entstandene sei naturnotwendig einer übergreifenden Gesetzmäßigkeit unterworfen, die es dem Beobachter erlaube zu erkunden, in welchem Stadium sich ein Gemeinwesen gerade befinde. Der Universalhistoriker wird damit zum Prognostiker, der im Voraus weiß, wohin die Reise geht. In der Tat hat die mit der Dekadenzthese verbundene Rhetorik stets etwas von der Aura des Propheten behalten, ein Merkmal, in dem wohl nicht zuletzt auch die merkwürdige Faszination bestehen mag, die seit je allen zyklischen Geschichtsdeutungen, wie etwa der Oswald Spenglers, anhaftet (vgl. Spengler 1986).

Im neuzeitlichen Denken steht in der Regel hinter diesem Geschichtsverständnis das erstmals von *Niccolò Machiavelli* (1469-1527) entworfene immanent geschichtliche Verständnis des Staatswesens, das – im Gegensatz zur Weltmonarchientheorie des christlichen Mittelalters – Aufschluss über die historischen Gesetzmäßigkeiten gewinnen möchte. So ist Machiavelli überhaupt der erste Psychologe des Verfalls und der Dekadenz, der bestimmt ist vom epochentypischen Bewusstsein, in einem Zeitalter vollkommener sittlicher Verwahrlosung und psychischer Verelendung (Machiavelli nennt sie „*corruzione*“) zu leben. Vor allem seine „*Florentinische Geschichte*“ (Machiavelli 1934) ist ein Muster für das Gemälde eines Kulturverfalls. Ihm geht es darum, aus der Einsicht in die Gesetzmäßigkeiten der Geschichte Aufschlüsse über deren Fortgang zu gewinnen. Sehen, um vorauszusehen, ist von da an die Devise aller geschichtsphilosophischen Konstruktionen, soweit es sich um Universalgeschichte handelt. Machiavelli zum Neunzehnten Jahrhundert ist ein gewaltiger Sprung. Doch gibt es in der politischen Theorie bestimmte Schlüssel-motive, die solch große Zeiträume überbrücken. Dazu gehört etwa jene anthropologisch fundierte Grundstimmung, dass, entgegen dem Schein radikaler Veränderung, sich das Wesen der Durchschnittsnatur des Menschen im Grunde stets gleichbleibe, und dass „die ‘natürliche’, also sich von selbst einstellende Bewegung der menschlichen Welt“ der Verfall sei (Schelsky 1973, 16). Es bedürfe deshalb einer dauernden Anstrengung, um den jeweils erreichten Kulturzustand einer Gesellschaft zu erhalten. In diesem Sinne heißt es bereits bei *Georges Sorel*: „Die Bewegungen gegen die Größe hin sind immer erzwungen und die Bewegungen dem Verfall zu sind stets natürlich“ (zit. nach Schelsky 1973, 17). Diese metatheoretische Grundüberzeugung teilen alle von Machiavelli inspirierten Geschichtsdeutungen, so auch die *Helmut Schelskys*, der sich nachdrücklich mit folgenden Worten zu Sorel bekennt:

„In der Tat weisen alle soziologischen Voraussagen des Verfalls eine höhere Beweiskraft auf als die Vorhersagen der sozialen Zuversicht, weil diese unvorhersehbare menschliche

Anstrengungen in Rechnung stellen müssen, während jene auf der Durchschnittsnatur des Menschen beruhen [...]. So ist die pessimistische Ansicht der sozialen Entwicklung wahrscheinlich bei weitem die wissenschaftlichere gegenüber der utopischen [...]. Während diese den politisch Handelnden die [...] Sicherheit des Heils, das Himmelreich [...] verspricht, [...] entwirft die pessimistisch-wirklichkeitsnahe Sozialwissenschaft das Bild dessen, was sowieso, d.h. ohne eine sich aufbäumende menschliche Anstrengung, geschieht.“ (Ebd., 17f.)

DEKADENZ ALS ZEITDIAGNOSTIK

Um sinnvoll von Dekadenz als kollektivem Vorgang sprechen zu können, müssen mindestens drei Bedingungen gegeben sein:

- ein zyklischer Geschichtsverlauf, der ein Auf- und Ab kennt, an dem die jeweilige Verfallsbewegung abzulesen ist;
- das Dogma einer invariablen menschlichen Natur, eine statische Anthropologie, wie sie seit Machiavelli allen konservativen Autoren zu eigen ist;
- eine zugrunde gelegte, in die „bessere“ Vergangenheit projizierte Norm, die als Kriterium für die behauptete Fallbewegung dient. Sie ist zugleich der Ursprungsmythos, von dem her prinzipiell jede historische Bewegung als „Abfall“ erscheinen kann, gemäß dem Motto: Der Ursprung ist das Ziel.

Vor allem in der Kulturkritik *Friedrich Nietzsches* (1844-1900) findet das Dekadenztheorem seinen klassischen Ort. Ihm zufolge lassen sich drei einander ergänzende Komplexe unterscheiden:

- das Nachlassen der biologischen Lebenskraft, sei es als Geburtenrückgang, als Verweichlichung, oder als absterbender kollektiver Selbstbehauptungswille im Sinne eines „niedergehenden Lebens“;
- moralischer Verfall durch Individualismus, Egoismus, und Materialismus, besonders Sittenverfall bei der Jugend sowie mangelnde Opfer- und Dienstbereitschaft;
- die Entartung der „Kultur“ zu bloßer „Zivilisation“.

Mit diesen Bestimmungen war Nietzsche richtungweisend für die meisten, ihn stark vergrößernden antiintellektualistischen Bewegungen im 20. Jahrhundert.

DER DORN DES SOKRATES

Bereits in seiner Frühschrift „*Die Geburt der Tragödie aus dem Geiste der Musik*“ (Nietzsche 1955) entwickelt er das Phantasma des „theoretischen Menschen“, den er paradigmatisch in der Gestalt des Sokrates verkörpert sah. An ihm konstatiert er „eine tiefsinnige Wahnvorstellung, [...] jener unerschütterliche Glaube, dass das Denken, an dem Leitfaden der Kausalität, bis in die tiefsten Abgründe des Seins reiche, und dass das Denken das Sein nicht nur zu erkennen, sondern sogar zu korrigieren imstande sei“ (ebd., S. 128). Das von Nietzsche favorisierte Gegenbild zu solch ver-



Kurt Lenk:
Von Marx zur Kritischen Theorie
Unrast-Verlag, Edition
Diss Band 24 (2009)
ISBN 978-3-89771-753-4
29,80 Euro

Die in diesem Band vereinten Texte sind von einer übergreifenden Thematik bestimmt: Zum Einen geht es um Entstehung und Fortentwicklung der Marx'schen Theorie, zum Anderen um die Genese der Kritischen Theorie und ihrer spezifischen Marxrezeption. Der Erscheinungsort waren ursprünglich Fachzeitschriften, Sammelbände und Festschriften. Obwohl in ihrer Mehrzahl schon während der vergangenen Jahrzehnte entstanden, sind sie heute von kaum geminderter Aktualität.

Dem Verfasser ging es seit je nicht um irgendwelche Varianten der marxistischen Theorie, sondern stets um den Versuch einer Verständigung über den originären Marx und einige seiner Schlüsselmotive, wie sie vor allem in den Kategorien »Dialektik«, »Ideologie« und »Revolution« zu finden sind. Es sind dies zugleich jene Begriffe, die im Selbstverständnis der Gründergeneration der »Frankfurter Schule«, so in den Schriften T. W. Adornos, Max Horkheimers und Herbert Marcuses, eine dominierende Rolle spielen. Die ersten beiden Abschnitte des Buches sind diesen theoretischen Zusammenhängen gewidmet.

Unter der Überschrift »Politische Soziologie« werden einige ihrer zentralen Themen aus kritischer Perspektive demonstriert. Im Vordergrund stehen Kategorien wie »Macht«, »Herrschaft« und »Elite«. Auch ihr Komplementärbegriff »Masse« verdient erneut Beachtung – schon wegen seiner ideologiepolitischen Instrumentalisierung.

In den letzten beiden Abschnitten zur »Politischen Psychologie« und zu »Modernen Mythen« werden ausgewählte aktuelle Probleme angesprochen, die seit den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts diskutiert wurden.

Der Band bietet den Zugang zu einer Theorie-tradition, die seither in vielen Zweigen der Sozial- und Geisteswissenschaften ihren Ausdruck gefunden hat. Es besteht begründete Hoffnung, dass im Zeichen von Finanz- und Wirtschaftskrisen Impulse dieser kritischen Analysen erneut wirksam werden.

werflichem Optimismus ist der »tragische Mensch«, den allein er für lebens-tauglich hält:

„Denken wir uns eine heranwachsende Generation mit dieser Unerschrockenheit des Blicks, mit diesem heroischen Zug ins Ungeheure, denken wir uns den kühnen Schritt dieser Drachentöter, die stolze Verwegenheit, mit der sie allen den Schwächlichkeitsdoktrinen jenes Optimismus den Rücken kehren, um im Ganzen und Vollen 'resolut zu leben'.“ (Nietzsche 1955, 149f.)

In seiner Spätschrift »Götzendämmerung« hat Nietzsche diesen seinen Anti-Sokratismus in die Formel gefasst, dass die frivole Gleichsetzung von Vernunft, Tugend und Glück jede Tiefe des menschlichen Lebens verfehle und an die Stelle eines wahrhaft dionysischen ein bieder-optimistisches Menschenbild treten lasse (vgl. Nietzsche 1954, 92f.). Während Schönheit, Schrecken und Tragik, Mythos und Kunst zur Substanz des menschlichen Lebens gehörten, sei mit Sokratismus und Christentum der Weg einer Lebensverneinung beschritten worden, der mit seinem Nützlichkeitsglauben an den Fortschritt der Wissenschaften und seinem Intellektualismus in den Nihilismus führen musste. In Wahrheit seien Vernunft- und Fortschritts Glaube bloß das Ressentiment der Zukurzgekommenen und deren Rache an den »Vornehmen und Starken«. Nietzsche beklagt, »dass das Leben nicht mehr im Ganzen wohnt [...] es ist zusammengesetzt, gerechnet, künstlich, ein Artefakt« (ebd., 20).

Vom gleichen Unbehagen ist auch Sorel erfüllt. Er sieht die Gesellschaft seiner Zeit in Auflösung begriffen, Religion, Sitten und Recht, die einzigen Ordnungsgaranten, durch Kritik bedroht. Im Nachwort zur zweiten Auflage von Michael Freunds Sorel-Monographie finden sich die verzweifelten Worte, mit denen Sorel sein Leben beschlossen haben soll:

„Alle Traditionen sind verbraucht, aller Glaube abgenützt [...]. Alles vereinigt sich, um den guten Menschen trostlos zu machen [...]. Ich kann von der Dekadenz kein Ende sehen, und sie wird in einer oder zwei Generationen nicht geringer sein. Das ist unser Schicksal.“ (Sorel, zit. nach Freund 1972, 269)

Sokrates gilt auch Sorel als der Zerstörer eines dionysischen Urzeitalters, in dem die griechische Tragödie einst ihren Ort hatte. Sie war ihm zufolge die einmalige Form, in der das Dunkel und die Abgründe des menschlichen Daseins zum Ausdruck kamen, eine Kunst, den Schatten der Existenz zu begegnen. Nietzsches »Geburt der Tragödie« vom Jahre 1871 enthält bereits das zentrale Motiv dieser ihn mit Sorel verbindenden Apotheose des Tragischen, »die Grunderkenntnis von der Einheit alles Vorhandenen, die Betrachtung der Individuation als des Urrundes des Übels, die Kunst als die freudige Hoffnung, dass der Bann der Individuation zu zerbrechen sei, als die Ahnung einer wiederhergestellten Einheit« (Nietzsche 1955, 99).

Mit dieser Formulierung ist zugleich das Unheil der Dekadenz umschrieben: Sie beruht letztlich auf jener durch den Prozess der Individuation bzw. der Subjektwerdung eingetretenen Trennung vom Ursprung, einer Loslösung vom All-Einen, die auf den Beginn aller Geschichte als einer Verfallsbewegung projiziert wird. Prinzipiell ist Dekadenz hier gar nicht als bloße Deformation menschlichen Daseins gefasst; erscheint doch das Dasein der Spezies Mensch per se als die inkarnierte Dekadenz. Demgemäß ist die Geschichte der Menschheit ein einziger Abfall von jenem als »rein« gedachten Ursprung aller Zeiten. Theologisch gesprochen begehen Menschen gar nicht erst Sünden, sie selbst sind in ihrer gesamten Existenzweise »schuld« im Sinne jenes Nietzsche Wortes: »Denn alles was entsteht, ist wert, dass es zugrunde geht«.

Kunst gilt hier – im Gegensatz zu aller »bloßen Wissenschaft« – ihrem Sinne nach als eine kathartische Therapie, die durch Schmerz, Opfer und Tod das Leben als eine »natürliche Einheit« erfahren soll, als ein »Gesundbaden« von jenem Sokratismus, in welchem Nietzsche und Sorel gleichermaßen die eigentliche



Krankheit nicht allein ihres Jahrhunderts sehen wollen. Innere Läuterung und Reinigung von jener „Urschuld“ der menschlichen Existenz sei die Wiedergeburt einer dionysischen Lebensform und die mit ihr ermöglichte Überwindung der Dekadenz.

Den Hintergrund dieser Kunstreligion liefert ein Begriff des Schicksals, eine dunkle, mysteriöse Macht im Sinne eines erhabenen Gesetzes, das es schlechthin anzunehmen gelte. Insofern ließe Sorels Plädoyer für die Gewalt (violence) als des genuinen Mittels politischen Kampfes sich als das Pendant zu Nietzsches Wiederentdeckung des Dionysischen begreifen. In beider Welten herrschen keine Trennungen mehr, weder zum Du noch zur Welt der Götter.

Ihrem Selbstverständnis gemäß sehen Nietzsche und Sorel sich als Deuter und Wegweiser. Ihr Programm zielt auf Überwindung jeglichen Subjektivismus und auf transpersonale Werte, seien dies solche der Kunst, Opfermythen oder die Versöhnung mit dem Schicksal im Sinne eines „amor fati“.

Allerdings geht Sorel über diese Lebenslehre Nietzsches hinaus, sofern er Dekadenz im Stile seiner Zeit nicht mehr in erster Linie als ein bloß psychologisches oder biologisches Phänomen thematisiert. Sein Ansatz ist ein von vornherein kultur- und zivilisationspessimistischer: Mit dem Ende der Produzentenmoral ihrer Frühzeit habe die Bourgeoisie sich in die Passivität eines Konsumismus verloren, aus welcher der politische Generalstreik der Arbeiter sie nun vertreiben soll.

Dekadenz bedeutet ihm zunächst, dass die Menschen ihre „natürlichen“ Bindungen verlieren, damit die moralischen Grundlagen aller Gemeinschaften zerstören und an deren Stelle Zweifel und Skepsis treten lassen. Dabei geht es ihm vor allem um die Erneuerung der gemeinschaftsbildenden Kraft der Mythen, nicht aber um irgendwelche bestimmten Inhalte:

„Ein Mythos kann nicht widerlegt werden, da er im Grunde das gleiche ist, wie die Überzeugungen einer Gruppe, da er der Ausdruck der Überzeugungen in der Sprache der Bewegung ist, und da es folglich nicht angeht, ihn in Teile zu zerlegen.“ (Sorel 1969, 42)

Sorels Lehre ist durchzogen von einer glaubenslosen Glaubenssehnsucht, der formalen Bejahung von Aktivität als solcher, ungeachtet ihrer inhaltlichen Richtung und Ziele. Auch seine radikale Wendung gegen alles Bürgerlich-Liberale geschieht im Namen des Heroismus der „reinen Tat“, der zugleich die entschiedene Absage an jedweden Kompromiss darstellt. Mit dieser antibourgeoisen Lebensstellung wird Sorel zum Fürsprecher eines revolutionären Syndikalismus, darüber hinaus zum Protagonisten vieler Spielformen des modernen Anti-Intellektualismus.

Sorels Mythosbegriff meint nicht Ursprungs- sondern Erwartungsmythos. Lag im Ursprungsmythos die Verheißung der Wiederkehr einer verjüngten, heilen Welt, so stellt der Erwartungsmythos die Vorwegnahme einer sozialen Katast-

rophe, einer Vernichtungsschlacht dar. Es ist dies ein hergestellter Mythos, der mittels des Generalstreiks das Proletariat „heroisch“ und die Bourgeoisie erneut militant machen soll. Der Sinn solch heroischer Gewaltanwendung ist weniger ein Sieg der einen über die andere Seite als die Mobilisierung emotionaler Kräfte: „Aus den Tiefen echter Lebensinstinkte, nicht aus einem Raisonement oder einer Zweckmäßigkeits-erwägung, entspringe der große Enthusiasmus, die große moralische Dezsion und der große Mythos.“ (Tönnies 1929, 63)

ZUR LEBENSPHILOSOPHIE HENRI BERGSONS

Für die offizielle akademische Philosophie bis zum Ende des 19. Jahrhunderts waren die menschliche Vernunft und der Intellekt die höchste Erkenntnisinstanz, die gegenüber Offenbarungswahrheiten und intuitiven Eingebungen als einzig wissenschaftliche Zugangsart zur raumzeitlichen Wirklichkeit gegolten hatte. Sowohl im Frankreich Descartes' als auch im neukantianisch orientierten Deutschland gehörte der Primat des Logos vor dem Mythos zu den Axiomen des wissenschaftlichen Selbstverständnisses.

Allein, in den letzten Jahrzehnten desselben Jahrhunderts war vom Fortschrittsbegriff der neuzeitlichen Wissenschaft wenig übriggeblieben. Trotz einer weit verbreiteten Begeisterung für technisch-wissenschaftlichen Fortschritt machte sich – zunächst am Rande – eine eher kulturpessimistische Stimmung breit. Symbolisch für diesen Mentalitätswandel steht in Deutschland Nietzsche, in Frankreich *Henri Bergson*, der am Pariser College de France mit großem Erfolg lehrte. Hier sollen im Telegrammstil wenigstens einige der zentralen Ideen Bergsons genannt werden, soweit sie zum Ferment der Theorie Sorels geworden sind:

- Das Leben als absolute Wirklichkeit kann nur einheitlich und unmittelbar erfahren werden.
- Dies substanzhafte Leben ist im Kern schöpferische Entwicklung („*evolution créatrice*“), die stets Neues und Unvorhergesehenes zutage fördert.
- Der von Bergson „*élan vital*“ genannte Lebensstrom ist die Manifestation einer einzigen Urtriebskraft, die zu immer größerer Fülle des Lebendigen führt.
- Demgegenüber ist der menschliche Verstand nur zum Zwecke der Anpassung an die leblose Materie im Raum geschaffen. Unsere Begriffe sind nicht fähig, das Leben in seiner Unmittelbarkeit zu fassen.
- Die wahre Erkenntnisquelle ist nicht die Vernunft, sondern die Intuition, das bildhafte Erleben der Wirklichkeit in ihrer Ganzheit.
- Wo der Lebensschwung getroffen wird und die Spannung nachlässt, tritt eine tödliche Mechanisierung des Lebens ein. Sie wird Bergson als Materialismus, Rationalismus und Positivismus zum Inbegriff der Dekadenz.

MARXISMUS-REZEPTION APOKALYPTISCH

Sorel hat weder eine systematische, noch gar eine in sich konsistente Theorie der Gesellschaft und des Politischen entwickelt. Seine Bedeutung beruht im Wesentlichen auf wirkungsgeschichtlichen Impulsen, die von seiner spezifi-



schen Marxismusrezeption auf den französischen und italienischen Syndikalismus und mehr noch auf den europäischen Nationalismus und Faschismus des 20. Jahrhunderts ausgingen.

Der Marxismus ist für Sorel nicht wegen seiner Analyse der kapitalistischen Gesellschaftsformation, sondern primär wegen seiner Vision vom bevorstehenden Klassenkampf und der Perspektive eines schließlichen Zusammenbruchs der bürgerlichen Gesellschaft von Bedeutung. Er transformiert die ökonomischen Analysen der marxistischen Kapitalismuskritik in primär moralisch getönte proletarische Befreiungskämpfe gegen die bürgerlich-liberale Dekadenz. Nicht etwa – wie noch bei Marx – geht es ihm um die Vergesellschaftung der Produktionsmittel oder um die Sprengung von Produktionsverhältnissen durch Produktivkräfte, sondern allein um eine Revitalisierung des Konflikts zwischen opferbereit-heroischer Arbeiterschaft und dekadenter Bourgeoisie. Im syndikalistischen Generalstreik sieht Sorel das Symbol eines sittlichen Aufschwungs, einer Regeneration der Gesamtgesellschaft. Auf dieser aktionistischen Komponente beruht der „soziale Mythos“, „der die Revolution en bloc, als ein unteilbares Ganzes gibt“ (Sorel 1930, 63).

Nicht Wissenschaft, sondern mythische Bilder einer bevorstehenden Katastrophe seien die lebendigen Kräfte der Revolution. Solche sozialen Mythen sind nicht etwa das Ergebnis utopischer Projektionen in die Zukunft, sondern der Antriebsmotor einer proletarischen Klasse, die sich nur mittels eines politischen Generalstreiks zum historischen Subjekt konstituieren könne. Auch hier wendet Sorel die zeitgenössische Lebensphilosophie Bergsons auf die Gesellschaft an.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts dominierten in der deutschen Sozialdemokratie zwei Richtungen: die Orthodoxie *Karl Kautskys* und der Revisionismus *Eduard Bernsteins*. Während Kautsky, im Vertrauen auf die inneren Widersprüche des Kapitalismus, über kurz oder lang auf einen gleichsam naturgesetzlichen Zusammenbruch des Systems setzte, vollzog Bernstein eine Wendung zur „Verwissenschaftlichung“ des Marxismus, derart, dass er jedwede Vorstellung von Revolution und Dialektik verwarf und stattdessen auf einen kontinuierlichen Aufstieg der Arbeiterschaft und einen friedlichen Ausgleich der Klassen hoffte. Demgegenüber sah Sorel den Ausweg aus der Krise allein in der Mobilisierung des Proletariats zum Klassenkampf bis hin zum Generalstreik, eine Strategie, die bekanntlich nur in kleinen syndikalistischen Zirkeln Italiens und Frankreichs Anklang fand. Ihm ging es zunächst um die Befreiung des Proletariats aus den Fesseln des bürgerlichen Staates, in dessen korrupten Strukturen er das eigentliche Übel sehen wollte. Nicht das Studium der Gesetze der Kapitalverwertung, auch nicht die Analyse und Kritik der Mehrwertproduktion – Kern der Marxschen Theorie –, sondern direkte Aktionen waren für Sorel der harte Kern, das Alpha und Omega des Sozialismus. Seine Parteinahme entsprang nicht der Erfahrung der proletarischen Not, noch gar irgendwelchen Regungen des Mitleids; vielmehr sah er die Ursache der gesellschaftlichen Degeneration im moralischen Zerfall der herrschenden Klassen und Eliten. Das Überhandnehmen der Börsenmärkte, der wachsende Egoismus und Uti-

litarismus und die um sich greifende Konsumentenmoral mit ihren vielfältigen psychischen Folgen trieben diese Gesellschaft schließlich in eine lähmende Spannungslosigkeit. Sorel sprach in diesem Zusammenhang von „plutokratischer“ Herrschaft, der nur durch zwei Mittel beizukommen sei: durch Krieg als Gewalt nach außen und Generalstreik als Gewalt nach innen. Solche Aktionen stellen Sorel zufolge eine Art Purgatorium für eine allmählich in Dekadenz absinkende Gesellschaft dar, um deren moralische Rettung es ihm zu tun war.

Da im Gegensatz zum marxistischen Projekt der Klassendualismus nicht etwa aufgehoben, sondern gerade verschärft, Produktionsmitteleigentum keineswegs vergesellschaftet, sondern bewahrt werden soll, handelt es sich bei Sorels Revolutionskonzept primär um eine Kulturrevolution. In ihr bilden vor allem die Intellektuellen sein Feindbild, sofern sie, im Dienst von Fortschrittsutopien, sich zum Handlanger eines repressiven Staatsapparats hergäben. *Helmuth Schelsky* spricht in gleichem Sinne von einer verwerflichen „Priestertumsherrschaft“ der Intellektuellen (vgl. Schelsky 1975). Metaphorisch gesprochen geht es beiden um eine Sozialisierung der Herzen und der Köpfe, nicht aber der Gesellschaft. Die von Marx noch angezielte „Expropriation der Expropriateure“ wird von Sorel ersetzt durch die moralische Revolte im Sinne einer kollektiven Empörung, durch die eine Art kultureller Machtergreifung vorbereitet werden sollte. Ähnlich wie im Anarchismus *Michail Alexandrowitsch Bakunins* „ging hier die Praxis der Theorie voraus, und nur das Handeln zählte wirklich“ (Sternhell 1999, 101).

SPIELFORMEN DES HEROISMUS

In der Bejahung der tradierten, als schicksalsmäßig stilisierten Machtverhältnisse treffen sich eine Reihe lebensphilosophisch orientierter Autoren. Ihr gemeinsames Kennzeichen ist die Entschiedenheit, mit der sie alle vorgegebenen gesellschaftlichen Strukturen als Schicksal bejahen, so wie Nietzsche dies mit seiner „amor fati“-Formel exemplarisch demonstriert hatte. *Oswald Spengler*, *Ernst Jünger* (vgl. Jünger 1930), *Gottfried Benn* und andere Autoren der „Konservativen Revolution“ haben diese Attitüde eines faustisch-heroischen Menschen als die einzig angemessene Antwort auf eine zu Dekadenz und Untergang tendierende Welt begreifen wollen:

„Lieber ein kurzes Leben voll Taten und Ruhm, als ein langes ohne Inhalt (...). Die Zeit lässt sich nicht anhalten, es gibt keine weise Umkehr, keinen klugen Verzicht. Nur Träumer glauben an Auswege. Optimismus ist Feigheit. Wir sind in diese Zeit geboren und müssen tapfer den Weg zu Ende gehen, der uns bestimmt ist. Es gibt keinen andern. Auf dem verlorenen Posten ausharren ohne Hoffnung, ohne Rettung ist Pflicht. Ausharren wie jener römische Soldat, dessen Gebeine man vor einem Tor in Pompeji gefunden hat, der starb, weil man beim Ausbruch des Vesuvs vergessen hatte, ihn abzulösen. Das ist Größe, das heißt Rasse haben.“ (Spengler 1931, 60)

Im Kern der faschismus-affinen Krisensemantik, für deren Beginn Sorel steht, findet sich das Syndrom *Dekadenz-Apo-*

kalypse-Heroismus, dem die Idee einer Art „Wiedergeburt“ zugrunde liegt. Zwar sind bei den einzelnen Autoren Ursachen, Symptome und Folgen der Dekadenz variantenreich beschrieben, doch gleichen sie sich in ihrer Dramaturgie. Stets geht es letztlich um eine Entscheidung zwischen Untergang oder Rettung durch irgendwelche heroischen Taten. Die hier in Rede stehenden Autoren versetzen ihre Adressaten häufig in eine Art paranoider Situation, bei der es letztlich – wie in einem permanenten Ausnahmezustand – um Leben oder Tod zu gehen scheint. Die in Krisensituationen stets erneut mögliche Reaktivierung eines derartigen „faschistischen Syndroms“ (Hacker 1992) führt zur Frage nach dessen psychischem Gewinn für die immer wieder davon Faszinierten. Doch dies wäre Gegenstand einer eigenen Untersuchung.

LITERATUR

- Andreu, Pierre 1953: Notre Maitre, M. Sorel, Paris.
- Asholt, Wolfgang/ Fähnders, Walter (Hg.) 2000: Fin de siècle, Stuttgart.
- Barth, Hans 1959: Masse und Mythos, Hamburg.
- Benda, Julien 1983: Der Verrat der Intellektuellen, Frankfurt am Main.
- Berding, Helmut 1969: Rationalismus und Geschichte, München/ Wien.
- Berding, Helmut 1990: Der politische Mythos in der Theorie Georges Sorels und in der Praxis des Faschismus, in: Ders.: Aufklären durch Geschichte, Göttingen.
- Berlin, Isaiah 1982: Wider das Geläufige, Frankfurt am Main.
- Brokoff, Jürgen 2001: Die Apokalypse in der Weimarer Republik, München.
- Deppe, Frank 1987: Nicolò Machiavelli, Köln.
- Deppe, Frank 1999: Politisches Denken im 20. Jahrhundert, Hamburg.
- Eco, Umberto 1998: Der immerwährende Faschismus, in: Ders.: Vier moralische Schriften, München/ Wien.
- Faul, Erwin 1961: Der moderne Machiavellismus, Köln/ Berlin.
- Frank, Manfred 1982: Der kommende Gott, I. Teil, Frankfurt am Main.
- Freund, Michael 1944: Der falsche Sieg, Berlin.
- Freund, Michael 1972: Georges Sorel, 2. Aufl., Frankfurt am Main.
- Geyer, Karl-Friedrich 1996: Mythos, München.
- Hacker, Friedrich 1992: Das Faschismus-Syndrom, Frankfurt am Main.
- Horowitz, Irving Louis 1961: Radicalism and the Revolt against Reason, London.
- Huizinga, Johan 1945: Wenn die Waffen schweigen, Basel.
- Jünger, Ernst (Hg.) 1930: Krieg und Krieger, Berlin.
- Koselleck, Reinhart/ Widmer, Paul (Hag.) 1980: Niedergang. Studien zu einem geschichtlichen Thema, Stuttgart.
- Leisegang, Hans 1928: Denkformen, Berlin/ Leipzig.
- Lenk, Kurt/ Meuter, Günter/ Otten, Henrique Ricardo 1997: Vordenker der Neuen Rechten, Frankfurt am Main/ New York.
- Lichtblau, Klaus 2002: Transformation der Moderne, Berlin/ Wien.
- Löwith, Karl 1987: Nietzsche, Stuttgart.
- Machiavelli, Niccolò 1934: Geschichte von Florenz, Wien.
- Martin, Alfred von 1947: Nietzsche und Burckhardt, München.
- Mohler, Armin 2000: Georges Sorel, Bad Vilbel.
- Naumann, Michael 1984: Strukturwandel des Heroismus, Königstein.
- Niethammer, Lutz 1989: Posthistoire, Reinbek bei Hamburg.
- Nietzsche, Friedrich 1954: Götzendämmerung, Stuttgart [= Kröners Taschenausgabe Bd. 77].
- Nietzsche, Friedrich 1955: Die Geburt der Tragödie aus dem Geiste der Musik, Stuttgart [= Kröners Taschenausgabe Bd. 70].
- Pörksen, Uwe 1988: Plastikwörter, Stuttgart.
- Rehm, Walther 1966: Der Untergang Roms im abendländischen Denken, Darmstadt.
- Salaquarda, Jörg 1979: Mythos bei Nietzsche, in: Poser, Hans (Hg.): Philosophie und Mythos: Ein Kolloquium, Berlin/ New York.
- Schelsky, Helmut 1973: Systemüberwindung, Demokratisierung und Gewaltenteilung, München.
- Schelsky, Helmut 1975: Die Arbeit tun die anderen, 2. Aufl., Opladen.
- Schmitt, Carl 1996: Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus, 8. Aufl., Berlin.
- Sorel, Georges 1930: Die Auflösung des Marxismus, Jena.
- Sorel, Georges 1969: Über die Gewalt, Frankfurt am Main.
- Spengler, Oswald 1986: Der Untergang des Abendlandes, 8. Aufl., München.
- Spengler, Oswald 1931: Der Mensch und die Technik, München.
- Steil, Armin 1984: Die imaginäre Revolte, Marburg.
- Sternhell, Zeev 1999: Die Entstehung der faschistischen Ideologie, Hamburg.
- Sydow, Eckart von 1922: Die Kultur der Dekadenz, Dresden.
- Tönnies, Ferdinand 1929: Demokratie und Parlamentarismus, in: Ders.: Soziologische Studien und Kritiken, Jena.
- Vogt, Peter 2002: Georges Sorel und die Suche nach einem neuen Heroismus, in: Ders.: Pragmatismus und Faschismus, Weilerswist.
- Voigt, Udo 2004: „Ziel ist, die BRD abzuwickeln“ [Interview], in: Junge Freiheit 40/04, 3.
- Walbank, Frank W. 1980: The Idea of Decline in Polybius, in: Koselleck/ Widmer (Hg.) 1980.
- Welt-Dokumentation (II) 2004: „Kampfauftrag auf allen Ebenen“, in: Die Welt v. 9. Okt. 2004.
- Wildt, Michael 2002: Generation des Unbedingten, Hamburg.



Hegel und der Pöbel

Von Wolfgang Kastrup

Armut, Arbeitslosigkeit und Prekarisierung sind weiterhin große Probleme für bedeutende Teile nicht nur der bundesdeutschen Bevölkerung. Wirkte schon die Corona-Pandemie wie ein Beschleuniger von sozialer Ungleichheit, haben die Konsequenzen der Sanktionen aufgrund der russischen Invasion in die Ukraine und die sich dadurch beschleunigende Inflation die Einkommensschwachen besonders hart getroffen. „Deutschland verzeichnet heute mit 16,6 Prozent oder 13,8 Millionen Betroffenen einen Rekordstand der Armut. [...] Die wachsende sozioökonomische Ungleichheit fördert Tendenzen der gesellschaftlichen Desintegration, der wirtschaftlichen Depression und der politischen Desorientierung.“ (Christoph Butterwege: Wen kümmert's? in: Süddeutsche Zeitung v. 13.07.2022)

Wenn so viele Menschen in der bürgerlichen Gesellschaft von der ökonomischen, kulturellen und politischen Teilhabe ausgeschlossen sind, kann das keinen zufälligen Prozess beinhalten, sondern es muss gefragt werden, ob hier nicht ein konstitutionelles Problem offenkundig wird. Schon Georg Wilhelm Friedrich Hegel (1770–1831), der berühmte Vertreter des deutschen Idealismus und der wirkmächtigste und bedeutendste Philosoph des 19. Jahrhunderts (vgl. Vieweg 2019), befasst sich in der *Rechtsphilosophie* (*Grundlinien der Philosophie des Rechts* lautet der offizielle Titel) mit diesem Problem, indem er auf Arbeitslosigkeit und Elend der Arbeiter und ihre wachsende Entfremdung von der bürgerlichen Gesellschaft eingeht.

Die ökonomischen Rahmenbedingungen für die Entstehung der *Rechtsphilosophie* waren für Hegel entscheidend, denn in großen Teilen Europas wie auch in den Vereinigten Staaten zeigten sich ab 1816 bis 1820 gravierende wirtschaftliche Krisen mit Arbeitslosigkeit und Armut.

„Somit stellen die Jahre zwischen 1816 bis 1820 die erste Weltwirtschaftskrise dar, die, eben weil sie über transnationale Überseemärkte im Weltmaßstab stattfand und durch industrielle Überproduktion herbeigeführt wurde, die erste fundamentale Krise des entstehenden und sich im 19. Jahrhundert weltweit als politische Gesellschaftsordnung durchsetzenden Kapitalismus ist.“ (Bayraktar 2021, 28)

Somit ist davon auszugehen, dass diese Erfahrungen von materieller Not, von Arbeitslosigkeit und bitterer Armut in Hegels Ausführungen über den Pöbel in der bürgerlichen Gesellschaft eingegangen sind.

ENTSTEHUNG DES PÖBELS

In dem Abschnitt „Die bürgerliche Gesellschaft“ geht Hegel auf den „Pöbel“ ein:

„Das Herabsinken einer großen Masse unter das Maß einer gewissen Subsistenzweise, die sich von selbst als die für ein Mitglied der Gesellschaft notwendige reguliert – und damit zum Verluste des Gefühls des Rechts, der Rechtlichkeit und der Ehre, durch eigene Tätigkeit und Arbeit zu bestehen –, bringt die Erzeugung des Pöbels hervor, die hinwiederum zugleich die größere Leichtigkeit, unverhältnismäßige Reichtümer in wenige Hände zu konzentrieren, mit sich führt.“ (§244)

Die bürgerliche Gesellschaft produziert auf der Grundlage ihrer marktwirtschaftlichen Ordnung einerseits Arbeitslosigkeit und Armut, also einen durch Not und Elend gekennzeichneten „Pöbel“, der nicht mehr in der Lage ist, durch eigene Arbeit den Lebensunterhalt zu bestreiten. Sie entzieht also diesen betroffenen Menschen die Möglichkeit, für die Befriedigung ihrer Bedürfnisse selbstverantwortlich aufzukommen. Armut ist objektiv vorhanden, nicht etwas Zufälliges. Andererseits wird ungeheurer Reichtum in wenigen Händen angehäuft, eine Reichtumskonzentration einer kleinen Klasse von Besitzenden. Man kann hier von einer Akkumulationslogik des Kapitals sprechen. Den Klassenbegriff verwendet Hegel einige Male, so in §245, wenn er von der „reicheren Klasse“ spricht. Wir sehen also schon bei Hegel die notwendigen zwei Seiten der kapitalistischen Produktionsweise. Den Begriff „Pöbel“ definiert er allerdings nicht nur durch Armut, sondern durch eine sittliche Verrohung:

„Die Armut an sich macht keinen zum Pöbel: dieser wird erst bestimmt durch die mit der Armut sich verknüpfende Gesinnung, durch die innere Empörung gegen die Reichen, gegen die Gesellschaft, die Regierung usw. Ferner ist damit verbunden, daß der Mensch, der auf die Zufälligkeit angewiesen ist, leichtsinnig und arbeitsscheu wird [...]. Somit entsteht im Pöbel das Böse, daß er die Ehre nicht hat, seine Subsistenz durch seine Arbeit zu finden, und doch seine Subsistenz zu finden als sein Recht anspricht. Gegen die Natur kann kein Mensch ein Recht behaupten, aber im Zustand der Gesellschaft gewinnt der Mangel sogleich die Form eines Unrechts, was dieser oder jener Klasse angetan wird.“ (§244 Zusatz)

Armut ist objektiv vorhanden, die subjektive daraus entstehende Verrohung lässt diese Menschen zum Pöbel werden. Sie haben nach Hegel das Recht zu fordern, dass die bürgerliche



Gesellschaft ihnen Arbeit verschafft, da ihnen Unrecht widerfährt. Ihre Empörung gegenüber der „reicheren Klasse“ ist folglich nachvollziehbar.

„Es ist nicht allein das Verhungern, um was es zu tun ist, sondern der weitere Gesichtspunkt ist, daß kein Pöbel entstehen soll. Weil die bürgerliche Gesellschaft schuldig ist, die Individuen zu ernähren, hat sie auch das Recht, dieselben anzuhalten, für ihre Subsistenz zu sorgen.“ (§240 Zusatz)

Die bürgerliche Gesellschaft hat also das Recht von den Menschen zu fordern, „für ihre Subsistenz zu sorgen“, gleichzeitig verweigert sie ihnen aber das Recht, sich aus der Armut zu befreien. Sie hätte die Pflicht, Mittel zur Befreiung aus der Armut bereitzustellen.

„Doch gerade diese Mittel werden, wie Hegel konstatiert, von der bürgerlichen Gesellschaft kraft ihrer inneren Bewegung den Armen faktisch entzogen. Der Rechtsanspruch der bürgerlichen Gesellschaft gegenüber dem Individuum widerspricht dem Rechtsprinzip der Freiheit, welches die Rechtsgrundlage des Rechtsanspruchs der verarmten Individuen darstellt.“ (Bayraktar, 105f.)

Die Freiheit ist in Hegels Philosophie zentral, es geht „um das Denken der Freiheit als das A und O der Philosophie, um Philosophie als Wissenschaft der Vernunft und Wissenschaft der Freiheit.“ (Vieweg, 367) Durch diesen Mangel der bürgerlichen Gesellschaft (vgl. oben) entsteht bei diesen armen Menschen die „Gesinnung der Arbeitscheu, Börsartigkeit und der weiteren Laster, die aus solcher Lage und dem Gefühl ihres Unrechts entspringen.“ (§241)

ABHILFE DER ARMUT ZEIGT WIDERSPRÜCHE

Hegel stellt sich nun die für die modernen Gesellschaften wichtige Frage, wie „der Armut abzuhelpen sei“. (§244) Dabei spricht er die reichere Klasse an, für die Subsistenz zu sorgen, oder auch Einrichtungen wie Hospitäler, Stiftungen und Klöster. Allerdings würde eine solche Vorgehensweise dem Grundsatz der bürgerlichen Gesellschaft widersprechen, denn hier würde die Subsistenz der Armen nicht durch Arbeit vermittelt. Würde den Bedürftigen dagegen Arbeit gegeben, entstehe für Hegel folgender Widerspruch: „[...] so würde die Menge der Produktionen vermehrt, in deren Überfluß und dem Mangel der verhältnismäßigen selbst produktiven Konsumenten gerade das Übel besteht, das auf beiden Weisen sich nur vergrößert.“ (§245) Daraus folgt für Hegel die zentrale Erkenntnis „daß dem Übermaße des Reichtums die bürgerliche Gesellschaft *nicht reich genug* ist, d.h. an dem ihr eigentümlichen Vermögen nicht genug besitzt, dem Übermaße der Armut und der Erzeugung des Pöbels zu steuern.“ (Ebd.) Aus diesen Formulierungen wird ersichtlich, dass beide, die bürgerliche Gesellschaft und der Pöbel, sich bedingende Faktoren sind. Der Pöbel entsteht durch die bürgerliche Gesellschaft und die bürgerliche Gesellschaft ist ohne den Pöbel nicht zu haben. Der Pöbel ist also konstitutiv für die bürgerliche Gesellschaft. Hier zeigt sich eine auffallende Parallele zu Karl Marx und dessen Analyse kapitalistischer Reichtums- und Armutsproduktion.

„Je größer der gesellschaftliche Reichtum, das funktionierende Kapital, Umfang und Energie seines Wachstums, also auch die absolute Größe des Proletariats und der Produktivkraft seiner Arbeit, desto größer die industrielle Reservearmee.“ (Marx 1971, 673) [...] Die Akkumulation von Reichtum auf dem einen Pol ist also zugleich Akkumulation von Elend, Arbeitsqual, Sklaverei, Unwissenheit, Brutalisierung und moralischer Degradation auf dem Gegenpol, d.h. auf Seite der Klasse, die ihr eignes Produkt als Kapital produziert.“ (Ebd., 675)

Hier wird bei Marx die Widersprüchlichkeit kapitalistischer Gesellschaft offenkundig, Reichtum und Arbeitslosigkeit/Armut sind zwei Seiten einer Medaille. Mit „Unwissenheit, Brutalisierung und moralischer Degradation“ kommt der Vergleich mit Hegels Pöbel sehr nahe. Marx gebraucht zwar nicht den Begriff Pöbel, wohl aber den Begriff „Pauperismus“.

Diese Zeitung willst du lesen

Der Metzger Satire & Polemik

Das satirische Magazin
wird von Helmut Loeven
herausgegeben
und erscheint seit 1968.

*geschichtsbewußt
zivil
hedonistisch
interfraktionell
sex-positiv*

Das neueste Heft kann man
sich für 4 € schicken lassen.

Bestelladresse:
Buchhandlung Weltbühne
Gneisenastraße 226
47057 Duisburg

(da ist es schön, da gehn wir hin)

0203 – 375121

bestellungen@buchhandlung-
weltbuehne.de

Mehr darüber im Internet
unter
www.buchhandlung-
weltbuehne.de

Wer abonniert,
hat mehr vom Metzger!

o O o

und wenn schon denn schon:

Das schönste Weblog
von der ganzen Welt

Amore e Rabbia

Das Weblog aus gutem Hause

helmut-loeven.de



„Abgesehen von Vagabunden, Verbrechern, Prostituierten, kurz dem eigentlichen Lumpenproletariat, besteht diese Gesellschaftsschichte aus drei Kategorien. Erstens Arbeitsfähige. [...] Zweitens: Waisen- und Pauperkinder. [...] Drittens: Verkommene, Verlumpfte, Arbeitsunfähige. [...] Der Pauperismus bildet das Invalidenhaus der aktiven Arbeiterarmee und das tote Gewicht der industriellen Reservearmee. Seine Produktion

ist eingeschlossen in der Produktion der relativen Überbevölkerung, seine Notwendigkeit in ihrer Notwendigkeit, mit ihr bildet er eine Existenzbedingung der kapitalistischen Produktion und Entwicklung des Reichtums.“ (Ebd., 673)

Dass der Pöbel bzw. der Pauperismus ein konstitutives Strukturelement der bürgerlichen Gesellschaft ist, lässt sich bei Hegel wie bei Marx deutlich erkennen. Die daraus sich ergebenden Konsequenzen sind bekanntlich unterschiedlich.

ZWEI PRINZIPIEN DER BÜRGERLICHEN GESELLSCHAFT

In der Analyse der bürgerlichen Gesellschaft geht Hegel von zwei Prinzipien aus:

Erstens hat jede Person als „besondere Person“ nur seine egoistischen Interessen im Blick. „In der bürgerlichen Gesellschaft ist jeder sich Zweck, alles andere ist ihm nichts.“ (§182 Zusatz) Das zweite Prinzip bezieht sich auf die „Form der Allgemeinheit“, da die individuellen Interessen der Subjekte miteinander verbunden sind, und die Befriedigung der Bedürfnisse der einen von denen der anderen abhängig ist.

„Aber der besondere Zweck gibt sich durch die Beziehung auf andere die Form der Allgemeinheit und befriedigt sich, indem er zugleich das Wohl des anderen mit befriedigt. [...] Die Besonderheit, beschränkt durch die Allgemeinheit, ist allein das Maß, wodurch jede Besonderheit ihr Wohl befördert.“ (Ebd.)

In diesem System der wechselseitigen Abhängigkeit, bei dem jedes Individuum den eigenen Vorteil sucht und damit auch dem Ganzen dient, kommt die Analogie zu Adam Smith (1723–1790) zum Ausdruck. Durch sein Studium der englischen politischen Ökonomie lernt Hegel die Bedeutung von Arbeit, Armenwesen, Verwaltung und Steuern kennen. Hegels Darlegungen zur bürgerlichen Gesellschaft zeigen die inhaltliche Verbindung mit dem Hauptwerk von Adam Smith *An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations*. Dieses gefeierte Werk hat „geradezu Epoche gemacht“, und Smith „ragt als der große Verkünder eines geradezu sozialphilosophisch erhöhten ökonomischen Liberalismus weit in die Geistesgeschichte des neunzehnten Jahrhunderts hinein.“ (Hofmann 1971, 39) Hier wird der Streit zwischen Egoismus und Altruismus, zwischen individuellem Glückstrieb und gesellschaftlicher Pflicht in der Versöhnung beider bei wechselseitiger Verwirklichung des Ei-

nen durch das Andere gelöst. In der Lehre von Adam Smith, der durch die individuelle Vorteilssuche das Gemeininteresse verwirklichen will, drückt sich die Hoffnung des Bürgertums aus. Die Idee, der alles unterstellt ist, ist bei Smith die des Volkswohlstandes.

Aber nicht nur auf Smith beruft sich Hegel, sondern auch auf den französischen Ökonomen Jean-Baptiste Say (1767–1832) und den britischen Ökonomen David Ricardo (1772–1823). Die „Staatsökonomie“ ist für Hegel eine Wissenschaft der neueren Zeit. „Ihre Entwicklung zeigt das Interessante, wie der Gedanke (s. Smith, Say, Ricardo) aus der unendlichen Menge von Einzelheiten, die zunächst vor ihm liegen, die einfachen Prinzipien der Sache, den in ihr wirksamen und sie regierenden Verstand herausfindet.“ (§189) Das große Interesse Hegels an diesen Ökonomen und ihren Erklärungen von wirtschaftlichen Zusammenhängen und Gesetzen erklärt sich durch die ökonomischen Krisen vor allem zwischen 1816 bis 1820 mit den sozialen Verwerfungen von Arbeitslosigkeit und der sich ausbreitenden Armut (vgl. oben).

Durch die „Anhäufung der Reichtümer“ für die reiche Klasse auf der einen Seite und „die Vereinzelung und Beschränktheit der besonderen Arbeit und damit die Abhängigkeit und Not der an diese Arbeit gebundenen Klasse“ (§ 243) auf der anderen Seite, wird die Dialektik der bürgerlichen Gesellschaft deutlich. Diese Dialektik treibt die bürgerliche Gesellschaft über sich hinaus, „um außer ihr in anderen Völkern, die ihr an den Mitteln, woran sie Überfluß hat, oder überhaupt an Kunstfleiß usf. nachstehen, Konsumenten und damit die nötigen Subsistenzmittel zu suchen.“ (§ 246) Hegel sieht hier also schon durch die Kolonisation die ökonomische Notwendigkeit der Eroberung fremder Märkte, was sich dann zu einem „Kolonialimperialismus“ ausweitete. (Vgl. Bloch 1971, 266)

FUNKTION DER POLIZEI: SCHUTZ DES EIGENTUMS

Die benannten auftretenden Gegensätze, die die bürgerliche Gesellschaft notwendigerweise erzeugt, will Hegel durch die Polizei bekämpfen. Als Ordnungsmacht soll sie die Verletzung von Personen- und Eigentumsrechten verhindern, um damit die Allgemeinheit der Ordnung und der Gesellschaft zu erhalten. Für Hegel ist die Freiheit des Besitzes von Eigentum „eine Grundbedingung“ der bürgerlichen Gesellschaft und die Polizei hat dafür zu sorgen, dass „auf mein Wohl, auf meine Besonderheit Rücksicht genommen“ wird. (§229 Zusatz) Indem die Polizei als „sichernde Macht des Allgemeinen“ bezeichnet wird (§231), ist sie als Vermittlung zwischen Staat und bürgerlicher Gesellschaft zu sehen. Sie wird als eine ergänzende Kraft zum Recht eingeführt. Für die Menschen tritt sie so gegenständlicher und handgreiflicher in Erscheinung als das Gesetz. Sie ist damit ein Garant für ein ungestörtes Funktionieren des gesamtgesellschaftlichen Prozesses.

„Da das in der Armut sich selbst überlassene, unvermittelte Dasein des Pöbels, der keine Möglichkeit an der Teilnahme am allgemeinen Vermögen hat, weitgehend ohne Eigentum ist und die Polizei ihre Hauptzuständigkeit im Schutz des Eigentums sieht, [...], ist der Pöbel für die Polizei fortwährend ein inkriminiertes Subjekt.“ (Bayraktar, 115)

Eine Aussage von Bayraktar über den Pöbel und die Polizei in Hegels *Rechtsphilosophie*, die auch heute ihre Berechtigung hat.

STAAT ALS KONKRETE FREIHEIT

Bürgerliche Gesellschaft und Staat unterscheiden sich bei Hegel. Während die bürgerliche Gesellschaft „die Sicherheit und den Schutz des Eigentums und der persönlichen Freiheit“ zur Aufgabe hat und „das Interesse des Einzelnen als solcher der letzte Zweck“ ist, so hat der Staat „ein ganz anderes Verhältnis zum Individuum“. Indem der Staat „objektiver Geist ist, so hat das Individuum selbst nur Objektivität, Wahrheit und Sittlichkeit, als es ein Glied desselben ist. Die *Vereinigung* als solche ist selbst der wahrhafte Inhalt und Zweck, und die Bestimmung der Individuen ist, ein allgemeines Leben zu führen [...]“ (§258) Erst im Staat verwirklicht sich die konkrete Freiheit. Ist die Freiheit im Staat wirklich geworden, so kann die Freiheit des Individuums nur darin bestehen, seine willkürliche Selbständigkeit in dieser Allgemeinheit aufzuheben, denn nur im Staat ist die Selbständigkeit der Individuen vorhanden. Im Staatsbegriff verwirklicht sich die Einheit des Allgemeinen und des Besonderen. „Auf die Einheit der Allgemeinheit und Besonderheit im Staate kommt alles an.“ (§261 Zusatz) Er ist sittliche Totalität, Einheit des objektiven wie subjektiven Willens. Der Staat ist bei Hegel „die Wirklichkeit der sittlichen Idee“ (§257) bzw. „die Wirklichkeit der konkreten Freiheit“. (§260) Der Staat hat nicht nur die Aufgabe, Leben und Eigentum der Menschen zu schützen, sondern auch die Funktion, ihre Bedürfnisse und Interessen zu fördern. Dafür bedarf er der Autorität, Macht und Gewalt, ohne die er sonst diese Aufgaben nicht erfüllen kann. Allerdings darf die staatliche Macht nicht die Freiheit der Menschen einschränken und so zum Hindernis für das Wohl des Ganzen zu werden. Herbert Marcuse fasst den „objektiven Geist“ sehr treffend folgendermaßen zusammen:

„Die Gesetze und Prinzipien des Staates leiten die Handlungen der frei denkenden Subjekte, so daß deren Element nicht Natur, sondern Geist ist, die vernünftige Erkenntnis und der Wille assoziierter Individuen. Das meint Hegel, wenn er den Staat als ‚objektiven Geist‘ bezeichnet. Der Staat schafft eine Ordnung, die zu ihrer Erhaltung nicht wie die bürgerliche Gesellschaft von der blinden Wechselwirkung besonderer Interessen und Veranstaltungen abhängt.“ (Marcuse 1972, 190f.)

FAZIT

Pöbel, Arbeitslosigkeit und Armut haben strukturelle Ursachen in der bürgerlichen Gesellschaft. Hegel erkennt, dass ein Übermaß an Reichtum ein Übermaß an Armut erzeugt, und damit auch den Pöbel. Dies erfolgt nicht zufällig oder naturnotwendig, sondern folgt der Logik der marktwirtschaftlichen Gesellschaft, dass Reichtum Armut produziert. Deshalb gibt es auch hier Parallelen zu Karl Marx. Auch erkennt Hegel, dass diese Dialektik die bürgerliche Gesellschaft über sich hinaustreibt, indem fremde Märkte erobert werden müssen. Dem Anspruch nach ist der Pöbel in der bürgerlichen Gesellschaft frei, in Wirklichkeit jedoch unfrei, da ihm die Gesellschaft die Möglichkeit nimmt, für seine eigene Subsistenz zu sorgen. Auch der Staat als Verwirklichung der Freiheit ist nicht in der Lage, dieses strukturelle Problem zu lösen. Der Pöbel bleibt sich selbst überlassen. Die Ausführungen von Hegel zeigen jedoch, dass dieses Problem nicht nur ein ökonomisches, sondern durch die sittliche Verrohung auch ein soziales ist. Rückschlüsse auf die gegenwärtige Gesellschaft zeigen, dass Arbeitslosigkeit, Armut und Prekarisierung weiterhin gravierende Probleme der kapitalistischen Gesellschaft sind, und dass eine solche Gesellschaftsform auch dieses Problem aus ihrer Logik heraus nicht lösen kann.

Wolfgang Kastrop ist Mitglied der Redaktion und im AK Kritische Gesellschaftstheorie

LITERATUR

- Bayraktar, Mesut 2021: Der Pöbel und die Freiheit, Köln.
- Bloch, Ernst 1971: Subjekt – Objekt. Erläuterungen zu Hegel, Frankfurt/M.
- Hegel, Georg Wilhelm Friedrich 1970: Grundlinien der Philosophie des Rechts, Theorie Werkausgabe Bd. 7, [zuerst 1821], Frankfurt/M.
- Hofmann, Werner 1971: Sozialökonomische Studententexte, 2. Auflage, Berlin.
- Marcuse, Herbert 1972: Vernunft und Revolution, Darmstadt und Neuwied.
- Marx, Karl 1971: MEW Bd. 23, [zuerst 1890], Berlin.
- Vieweg, Klaus 2019: Hegel. Der Philosoph der Freiheit, München.

aktuelle Neuerscheinungen ... jetzt im Buchhandel deines Vertrauens ... www.unrast-verlag.de



David Graeber

**Einen Westen hat es nie gegeben |
Fragmente einer anarchistischen
Anthropologie**

204 Seiten | 16 €
ISBN 978-3-89771-193-8

Zwei Texte aus dem politischen Nachlass von David Graeber, die gedankliche Horizonte dezentrieren und dekolonialisieren: Aus der Perspektive einer anarchistischen Anthropologie, die bisher nur als Möglichkeit existiert und die

Graeber hier programmatisch zum ersten Mal vorstellt, schaut er auf die kreativen, sozialen Möglichkeiten des Menschen und den Unterschied zwischen Demokratie und Büchern über sie.

Tove Soiland

Sexuelle Differenz

Feministisch-psychoanalytische Perspektiven
auf die Gegenwart

herausgegeben von Anna Hartmann

252 Seiten | 18 €
ISBN 978-3-89771-345-1

Tove Soilands Stärke liegt in dem Beharren auf einer nicht gender-theoretisch begründeten Geschlechtertheorie. Die vorliegende von Anna Hartmann herausgegebene Anthologie widmet sich den Arbeiten zur sexuellen Differenz und gewährt damit Einblick in das komplexe Denken und die Entwicklung ihrer Theorie und Zugang zu den theoretischen Divergenzen zwischen der Gender-Theorie und dem Denken der sexuellen Differenz.





Die Deformation des öffentlichen Raums durch seine Virtualisierung

Von Guido Arnold

Grundsätzlich klingt ‚Vernetzung‘ erstrebenswert und sinnvoll. Isolierte Individuen mit spezifischen Interessen können sich überregional im Netz ‚finden‘ und ‚austauschen‘. Aber was sind die Bedingungen für Teilhabe an solch einem Austausch und wie formen diese die dort verbundenen Subjekte? Wer ist wie sichtbar? Wie verbreiten sich (Des-)Informationen im Vergleich zu nicht-virtuellen Öffentlichkeiten? Welche Dynamik entwickelt sich bei den ‚Bewohner:innen‘ bzw. ‚Besucher:innen‘ virtueller sozialer Räume? Und last but not least: Wer legt die Metrik, also das zugrundeliegende Regelwerk für die Interaktion in diesen Räumen fest?

Eine umfassende Bestandsaufnahme gestaltet sich schwierig: Während Blogger:innen die Möglichkeit virtueller Kommunikation für den Kampf zur Demokratisierung öffentlicher Diskurse nutzen und als das „Werkzeug für Protestierende“ propagieren, wird der Handlungsraum zivilgesellschaftlicher Organisationen und Aktivist:innen weltweit zunehmend enger.⁴¹

Instagram, Facebook und Twitter entwickeln sich (teils in den gleichen Ländern) zum polarisierenden, ausgrenzenden, digitalen Pranger und zum Medium für die Selbstorganisation eines nicht mehr nur digitalen ‚Mobs‘, der auf mitunter tödliche Menschenjagd geht. Insbesondere in politisch fragileren Regionen können Plattformen wie Facebook und Twitter wie ein Brandbeschleuniger wirken. In Myanmar etwa, wo seit Mitte der 2010er-Jahre ein Völkermord an der ethnischen Minderheit der Rohingya verübt wurde, ließ Facebook die Verbreitung von Gewaltaufrufen gegen die Volksgruppe zu. Eine Gruppe burmesischer NGOs und ein Report des Human Rights Council der UN stellten 2018 fest: Facebooks fehlende Moderation trug substantiell zur Gewalt bei. Der Konzern hatte viel zu wenig Moderator:innen mit entsprechenden Sprachkenntnissen beschäftigt, um seine eigenen Regeln durchzusetzen und Hass einzudämmen.⁴² Aber auch in den USA schreibt die aufarbei-

tende Justiz Trumps Twitteraktivitäten eine zentrale Rolle bei der Organisation des Sturms auf das Kapitol im Januar 2021 zu.

Immer ausgefeiltere Desinformationskampagnen sowohl staatlicher als auch privatwirtschaftlicher Akteure führen die Idee eines freien Wissens- und Diskussionsraumes mit möglichst geringen 1. Zugangshürden, 2. Beschränkungen der Inhalte und 3. Verletzungen von Nutzerrechten ad absurdum. Der kürzlich veröffentlichte „Freedom on the Net“-Report⁴³ beschreibt eine drastische Fragmentierung des ursprünglich als global erdachten Raums in kontrollier- und manipulierbare Subräume - zunehmend auch entlang nationaler Grenzen. Clyde Wayne Crews prägte den Begriff des *splinternet* als Zersplitterung eines globalen Internets in Abkopplungen nach nationalen, kommerziellen oder technologischen Gesichtspunkten. Das Ausmaß nicht nur möglicher sondern tatsächlich praktizierter politischer Manipulation verdeutlichte der Cambridge Analytica-Skandal u.a. im US-Wahlkampf 2016.⁴⁴

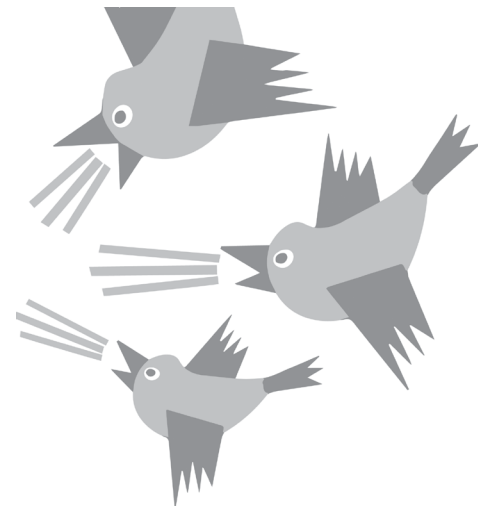
Demokratiethoretisch von großer Bedeutung ist der Zerfall *weniger* (vorherrschender) öffentlicher Diskursräume in *vielen* virtuellen Subräumen, in denen die Diskurse in sich geschlossen und stark monopolisiert sind. Diese Fragmentierung virtualisierter „öffentlicher Plätze“ kann Gesellschaften spalten und damit demokratiegefährdend wirken. Soweit bekannt. Bei der Analyse von Diskursverformungen wird jedoch vielfach die politische Motivation technologischer Plattformen unterschlagen bzw. unterschätzt. Es ist nicht neu, aber es scheint ein Trend wohlhabender Trolle zu werden: rassistisch oder antisemitisch hetzende Oligarchen wie Donald Trump (*Truth Social*) oder Kanye West (*Parler*) kaufen sich nach der Einschränkung ihrer Entfaltungsmöglichkeiten auf Twitter, Instagram oder Facebook eine eigene Kommunikationsplattform und streiten dort nunmehr ungebremselt gegen Zensur und für das Recht auf freie Pöbele. Verglichen mit ihrer ehemaligen Reichweite ist dieser Ausweich ein in der Regel bescheidener Ersatz. Der Ansatz von Elon Musk reicht hingegen deutlich weiter: Er kauft das von

41 Siehe auch: aktueller „Atlas der Zivilgesellschaft“, <https://netzpolitik.org/2022/interview-mit-silke-pfeiffer-zivilgesellschaftliche-handlungsraeume-werden-zunehmend-enger/>

42 https://www.ohchr.org/sites/default/files/Documents/HRBodies/HRCouncil/FFM-Myanmar/A_HRC_39_CRP.2.pdf

43 <https://freedomhouse.org/report/freedom-net>

44 Das Datenanalyseunternehmen Cambridge Analytica (CA) sprach sich selbst eine „entscheidende Rolle“ beim Zustandekommen von Trumps Wahlsieg zu. CA entwickelte Methoden zur Erstellung von Persönlichkeitsprofilen nach dem OCEAN-Modell und damit Profile von 220 Millionen US-Bürgern, die für eine zielgenaue politische Einflussnahme nach der Methode des Mikrotargeting genutzt wurde.



ihm als zu stark zensierend kritisierte Twitter, ändert die Regeln und verbleibt auf dem dann runderneuerten Medium. Der reichste Mensch der Welt übernimmt die derzeit einflussreichste Kommunikationsplattform der Welt - mit Konsequenzen für (fast) die ganze Welt.

„FREE-SPEECH-ABSOLUTISMUS“

„Freie Meinungsäußerung ist die Grundlage für eine funktionierende Demokratie, und Twitter ist der digitale Marktplatz, wo Dinge diskutiert werden, die lebensnotwendig sind für die Zukunft der Menschheit“, sagte Musk in einem Statement.⁴⁵ „Ich will Twitter besser als je zuvor machen.“ Elon Musk will den Algorithmus „öffnen“, um „Vertrauen zu erhöhen“. Nutzer:innen könnten dann sehen, welche Einträge warum ganz oben in ihrer Timeline landen. Es werde möglich sein, Änderungen vorzuschlagen - eine Entscheidung darüber läge allerdings beim Eigentümer Musk, ohne lästige Anteilseigner.

Musk nennt sich selbst einen „Free-Speech-Absolutisten“, der die Meinungsfreiheit auf dem „globalen Dorfplatz“ wiederherstellen werde. Sein Ideal scheint das weitgehend unzensurierte Twitter der Anfangszeit zu sein. Wie die Meinungsfreiheit im Weltbild des Egozentriker Musk aussieht, lässt sein Umgang mit Whistleblower:innen und Journalist:innen erahnen. Als im März ein Pressteam des ZDF das Tesla-Gelände bei Berlin besuchen wollte, bekam es keine Akkreditierung. Ein Interview mit Robert Habeck musste außerhalb des Werksgeländes geführt werden. Laut ZDF habe Tesla eine kritische Berichterstattung des Magazins Frontal 21 als Grund für die Nicht-Zulassung angeführt.

Und dann war da noch der Streit mit einem Höhlenforscher, der es gewagt hatte, eine Weltenretter-Idee von Musk als „PR-Trick“ zu kritisieren. Musk wollte die in einer Höhle eingeschlossene thailändische Jugend-Fußballmannschaft per Mini-U-Boot befreien. Auf Twitter beschimpfte Musk den Forscher als „pedo guy“ (Pädophilen). Einen Journalisten nannte er in diesem Kontext ein „fucking arsehole“ und forderte ihn auf, doch gefälligst nicht mehr derart positiv von diesem „Kinder-Vergewaltiger“ zu berichten.

Soweit also das Verständnis von absoluter Redefreiheit: *Musk möchte also sagen können, was er will. Und alle anderen mögen auch sagen können, was er will.*

SOZIALE NETZWERKE FUNKTIONIEREN ANDERS ALS ÖFFENTLICHE PLÄTZE

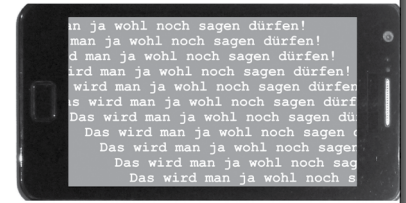
Gemäß der Ankündigung von Elon Musk, soll Twitter nur Inhalte löschen, die das jeweilige nationale Gesetz verbietet. Die verlockend einfache Definition entpuppt sich jedoch als absurde Einladung zu einem Netz hemmungsloser Pöbeleien. Der Großteil an Unsinn (teils mit gesundheitlichen Konsequenzen), viele Belästigungen und ausgrenzende oder verletzende Tweets, Spam, manipulierte Fotos und Gewaltdarstellungen sind nicht illegal.

Jede Online-Gemeinschaft braucht Gemeinschaftsstandards und menschliche Moderator:innen, die diese um- und durchsetzen. Die Beispiele *Gab*, *Parler*, *Gettr* und *Truth Social* zeigen eindrücklich, wohin sich ‚unbetreute‘ virtuelle Redefreiheit entwickeln kann - in einen Anziehungspunkt für verwahrloste Diskriminierung. In den USA feiern Rechte und Rechtsradikale die geplante Übernahme. LGBTQ fürchten bereits, dass Musk ihr Leben zur Hölle machen könnte. Verbannte Verschwörungsfanatiker:innen hoffen darauf, auf Twitter zurückkehren zu dürfen.

Die Anonymität, die *4chan* bot, führte kontraintuitiv zu einem vereinheitlichten Tonfall, da sich die Nutzer:innen dem vorherrschenden ‚Zeitgeist‘ der Seite an-

Kämpfe um Meinungsfreiheit und Medien

Im Spannungsfeld von Hate Speech, Fake News und Algorithmen



Paul Bey
Benno Nothardt (Hg.)

EDITION
DISS

Paul Bey, Benno Nothardt (Hg.)
Kämpfe um Meinungsfreiheit und Medien
Im Spannungsfeld von Hate Speech, Fake News und Algorithmen

ISBN 978-3-89771-773-2

Unrast-Verlag, 2019

Seiten: 160, Reihe: Edition DISS Band: 44

Die politische Kultur ist aktuell in einen Kampf um Meinungsfreiheit und mediale Wahrheit verwickelt. Während die einen den Medien weiterhin Unabhängigkeit und Objektivität bescheinigen, wird ihnen von der anderen Seite »Lügenpresse«, »Political Correctness« und »Fake News« entgegengeschleudert. Die Autor*innen dieses Bandes untersuchen aus unterschiedlichen Blickwinkeln den umkämpften Begriff im Spannungsfeld von extremer Rechten, Leitmedien und Digitalisierung. Sie zeigen auf, mit welchen Strategien extreme Rechte Diskurse und digitale Algorithmen in sozialen Medien manipulieren, während sie gleichzeitig Meinungsfreiheit als Kampfbegriff nutzen, um Kritik an diskriminierenden Aussagen als vermeintliche Zensur abzuwehren. Gezeigt wird auch, wie sich der umkämpfte Begriff der Politischen Korrektheit verändert hat und Provokationen ein Teil des Erfolgsrezeptes für den Aufstieg der AfD sind.

»In der Tradition des DISS immer sehr präzise und akademisch genau belegt, in der Konsequenz nicht immer gerade einfach zugänglich, aber unbedingt lesenswert.« – Jörn Malik, Lotta

»... höchst interessant und hilfreich, um sich für die Diskussion um das umstrittene Thema Meinungsfreiheit zu wappnen.« – Nina Rink, der rechte Rand

⁴⁵ <https://www.theguardian.com/technology/2022/apr/26/twitter-takeover-jack-dorsey-elon-musk>



passten und mehrheitlich nicht in der Lage waren, einen individuellen Ausdruck in Form und Inhalt zu finden. TikTok hatte zunächst seine Eigenheiten sorgfältig ausgearbeitet, um die Nutzer:innen in die von ihnen bevorzugte Richtung zu lenken, indem es Tanzrends förderte und politische Tiraden, wie sie beim Konkurrenten YouTube zu hören sind, unterbunden hatte.

Der Meta-Konzern hat die ökonomische Bedrohung der erfolgreichen Konkurrenz-Plattform TikTok erkannt und versucht, sowohl auf Facebook als auch auf Instagram die Anzahl der Inhalte von Menschen, denen man nicht folgt, zu erhöhen und somit mehr *Viralität* zu generieren. Im Laufe der Jahre haben einige der größten sozialen Netzwerke ihre ‚Eigenarten‘ abgelegt und haben über den ökonomischen Druck die Nutzer:innenanzahl zu maximieren eine Gleichförmigkeit entwickelt, die für alle zugänglicher ist, selbst auf Kosten ihrer jeweiligen Alleinstellungsmerkmale: Twitters strikt textlastige, umgekehrt chronologische 140-Zeichen-Timeline wird jetzt algorithmisch kuratiert und bietet 280 Zeichen plus eine Reihe von Multimedia-Zusätzen; Instagram-Beiträge können in Stories im Stil von Snapchat weitergegeben werden, die auch Videos im Stil von TikTok enthalten; TikTok hat sich nun auch um politische Inhalte erweitert und spielt dort (neben Twitter) eine neue, führende Rolle.

Was resultiert, ist eine Homogenisierung der Nutzer:innen über den temporär vorherrschenden Trend, der sich in der Reichweitenbevorzugung bestimmter Inhalte und Formate algorithmisch codieren lässt. Die Steuerung der Reichweite (über eine Platzierung von Inhalten unterschiedlich weit oben in der individuellen Nachrichtenabfolge der Nutzer:in) wirkt dabei für diese Homogenisierung selbstverstärkend: Ich passe als Nutzer:in meine Inhalte an den von mir konstatierten Trend auf diesem Medium an, um möglichst viel Aufmerksamkeit (Anzahl an Followern) zu erzeugen. Der Algorithmus verstärkt diese Konformität rückkoppelnd, da er aus der Vielzahl an Nutzer:innen-Inhalten Trends ermittelt und ‚trendige‘ Inhalte dynamisch mit höherer Reichweite belohnt. Dieser sehr einfache Mess- und Steuerkreis als Basiszelle eines kybernetischen Systems zeigt mitunter komplexe, normative Auswirkungen auf das Nutzer:innenverhalten. Dessen Varianz kann je nach Algorithmus drastisch schrumpfen ohne wirklich statisch zu werden, denn eine überbordende Häufigkeit z.B. an Katzenvideos langweilt irgendwann zu viele Nutzer:innen um weiterhin als Trend zu funktionieren. Wir kommen später auf die Komplexität und den daraus resultierenden, möglichen Kontrollverlust zurück.

EINE BESTENFALLS NAIVE VORSTELLUNG VON REDEFREIHEIT

Tesla-Chef Elon Musk hat seine 108 Millionen Follower unter den Twitter-Nutzer:innen aufgefordert, über seinen Plan zur Beendigung des russischen Kriegs in der Ukraine abzustimmen. Er schlug von den Vereinten Nationen (UN) überwachte Wahlen in den vier besetzten Regionen vor, die die Regierung in Moskau nach sogenannten Referenden annektiert hat. „Russ-

land geht, wenn das der Wille des Volkes ist“, schrieb Musk auf dem Kurznachrichtendienst. Die Krim, die 2014 von Russland erobert wurde, solle laut Musk formal zu Russland gehören, die Wasserversorgung dort solle sichergestellt werden und die Ukraine bleibe neutral. Er bat die Twitter-Nutzer:innen, mit „Ja“ oder „Nein“ über seinen Vorschlag abzustimmen!

Dass mit Elon Musk derzeit ein Einzelunternehmer weltweit darüber entscheiden kann, ob ein abgelegenes (Kriegs-)Gebiet mit schnellem Internet versorgt wird oder nicht, zeigt die Tragweite solcher „Twitterreferenden“. Das Starlink-System von Space-X ist derzeit das einzige Satelliten-gestützte Breitband-Internet mit prinzipiell weltweiter Verfügbarkeit. Mitte Oktober hat Elon Musk eine Anfrage der Ukrainischen Regierung abgelehnt, seinen Satelliten-Internetdienst Starlink für die Ukraine auf die von Russland 2014 überfallene und annektierte Halbinsel Krim auszudehnen. Das ukrainische Militär nutzt Starlink zur Kommunikation an der Front und auch zur Echtzeitkommunikation mit ihren Drohnen. Musk befürchtet, dass bei einem Rückeroberungsversuch der Krim durch die Ukraine die Situation eskalieren und zu einem Atomkrieg führen könnte. Eine durchaus berechtigte Sorge, aber sind diese heiklen und politisch komplexen Erwägungen, die über Krieg oder Frieden entscheiden etwas, worüber eine Twittergemeinde per Mehrheitsvotum oder gar ein Einzelunternehmer allein entscheiden sollten?

Mitte Oktober präsentierte der selbsternannte Weltpolitiker ebenfalls Vorschläge zum Thema Taiwan – man solle aus Taiwan eine „Sonderverwaltungszone“ unter chinesischer Herrschaft machen, hatte Musk in einem Interview mit der Financial Times gesagt.⁴⁶ Musk halte einen Konflikt mit China um Taiwan unausweichlich und sei in Sorge, dass die Weltwirtschaft einen schweren Schlag erleiden könnte. Letzteres erklärt Musks Motivation – auch wenn er seine Besorgnis gern als neutrales friedenspolitisches Anliegen deklariert: Ein offener (Wirtschafts-)Krieg steht seinem verstärkten Engagement als Tesla-Chef, Autos in China abzusetzen entgegen.

Das Niveau seiner politischen Vorschläge reicht leider nicht weit über technologisch und ökonomisch pragmatische Ansätze hinaus. Die Akten zu Musks Rechtsstreit mit Twitter über dessen Übernahmekonditionen dokumentieren die selbstbewusste Schlichtheit seiner ad-hoc-Lösungen für komplexe Probleme: In der Gerichtsakte im Prozess Musk gegen Twitter am Gericht von Delaware, der eigentlich am 17. Oktober beginnen sollte (nun aber durch die Unternehmensübernahme obsolet sein wird), finden sich Textnachrichten, die Elon Musk mit einer Gruppe Vertrauter seit Beginn des Jahres zum Thema Twitter ausgetauscht hat:⁴⁷

Musk: *Die EU hat ein Gesetz verabschiedet, das Russia Today und mehrere andere russische Nachrichtenquellen verbietet. Wir sind angewiesen worden, ihre IP-Adressen zu sperren. Eigentlich finde ich ihre Nachrichten recht unterhaltsam. Viel Blödsinn, aber auch einige gute Argumente.*

Gracias (Gründer der Investmentfirma Valor): *Das ist fucking irre ... Du hast völlig recht. Ich stimme Dir 100% zu. Wir sollten*

46 <https://www.ft.com/content/5ef14997-982e-4f03-8548-b5d67202623a>

47 <https://bit.ly/3C8ANLN>



es genau deshalb zulassen, weil wir es hassen ... das ist der Sinn der amerikanischen Verfassung.

Musk: *Ganz genau. Die Redefreiheit ist am wichtigsten, wenn es jemand ist, den man hasst und der das sagt, was man für Blödsinn hält.*

Gracias: *Ich bin zu 100 % bei Dir, Elon. Lass uns in den fucking Ring steigen, egal was passiert ...*

Die Dokumente fördern darüber hinaus zu Tage, wie sich führende Vertreter der Printmedien andienen, ein Stück vom milliardenschweren Free-speech-Kuchen abzukriegen. Und das mit haarsträubenden Konzepten. Nach mehreren Anläufen, Elon Musk zum Kauf von Twitter zu bewegen, schlägt der Vorstandsvorsitzende des Axel-Springer-Konzern Mathias Döpfner am 6. April ein konkretes Reformprogramm für die Plattform vor, das Musk in Kooperation mit Springer nach dem Kauf umsetzen möge:

„Schritt 1: Von Zensur befreien, indem man die Nutzungsbedingungen (die jetzt Hunderte von Seiten umfassen) radikal auf das Folgende reduziert: Twitter-Nutzer stimmen zu: (1) unseren Dienst (nicht) zu nutzen, um Spam zu versenden oder Nutzer zu betrügen. (2) Gewalt zu propagieren. (3) illegale Pornografie zu verbreiten (umgedrehter Smiley).“

Es klingt so als wolle Döpfner den selbsternannten „Redefreiheits-Absolutisten“ Musk in vorgetäuschter Naivität und Rücksichtslosigkeit übertreffen. Twitter hat den Diskurstypus des Trolls zwar nicht hervorgebracht, aber zu dominanter Größe verholfen – mitunter gar zum US-Präsidenten gemacht. Und Twitter hat maßgeblich zum Putschversuch von Donald Trump 2021 beigetragen.

Twitter hat mehr Einfluss auf die sozialen und politischen Strukturen der Gegenwart als jede andere Plattform. Twitter ist zu einer Art Zentralorgan des politischen Lebens in rund der Hälfte der Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen geworden – und das obwohl die Nutzer:innenzahlen weit unter denen von Facebook, Instagram und Tiktok liegen. Ein kleiner, aktiver Teil der Zivilgesellschaft, Aktivist:innen, Journalist:innen und Politiker:innen ringen hier um Deutungshoheiten – um das, was sie für die Wahrheit halten. Twitter wird als das Mikrofon von ‚Entscheider:innen‘ gehandelt. Nur wenige in Deutschland erstellen selbst Inhalte auf Twitter, ein Großteil spürt jedoch den Einfluss dieser Diskurs-Arena.

Diskursverformend wirken dabei nicht nur die durch das Format auferlegte *Unterkomplexität*, in der auch kompliziertere Sachverhalte auf 280 Zeichen einzudampfen sind. Die schiere Zahl von *Fake-Mitteilungen* sorgt für massive Verzerrungen bei Meinungsbildern. Über die Hälfte aller Inhalte im Internet werden von *Bots* produziert – von der Dating-Plattform bis zu Wikipedia. Twitter ist da keine Ausnahme - bis Dezember 2021 entdeckte Twitter über 200 Mio künstlich verbreiteter Tweets.⁴⁸ Vor derartigen Diskursmanipulationen sind auch soziale Bewegungen nicht gefeit. Bereits die Bürger:innen-Bewegung gegen das Großprojekt der Deutschen Bahn *Stuttgart 21* hatte mit

„Astroturfing“ zu kämpfen, einer Kampagne angeblicher Fürsprecher:innen des Bauprojekts, die suggerierte, eine tatsächliche Strömung gesellschaftlicher Basis zu repräsentieren.⁴⁹

Twitter stellte dem Datenwissenschaftler Sinan Aral vom Massachusetts Institute of Technology Datensätze zur Verfügung, die bei den meisten Plattformen zu den Betriebsgeheimnissen gehören. Mit denen konnte er die Wirkung jener Dynamik erforschen, die als Grundübel der sozialen Medien gilt: die *virale Ausbreitung*. Falschnachrichten verbreiten sich demnach sechs Mal so rasch wie echte Nachrichten. Und sie erreichen bis zu tausend Mal mehr Nutzer*innen. Der Grund dafür ist einfach. Falschnachrichten sind meist überraschend und erzeugen damit mehr Aufmerksamkeit. Werden sie gezielt gestreut, kann man damit leicht *Empörung, Angst und Hass* erzeugen. Das sind Emotionen, die Nutzer länger in sozialen Netzwerken halten als etwa *Freude, Zuversicht und Zuneigung*.

SCHWER ZU KONTROLLIEREN

Die von Musk angekündigte Kursänderung zur Stärkung der ‚Redefreiheit‘ (auch) für Propagandisten, Rassisten, Mobber, und viele andere könnte zu einer Rebrutalisierung des Netzwerks führen, die nachweislich in die nicht-virtuelle Welt zurückwirkt. Doch es wäre falsch mit der Übernahme von Twitter durch Elon Musk eine Zukunft zu zeichnen, in der Musk die Spielregeln des politischen Kommunikationsbetriebs zur *zielgenauen* Manipulation nutzen könnte. Die hohe Komplexität eines solchen kybernetisch-sozialen Systems mit derzeit 230 Mio aktiven Nutzer:innen macht es unmöglich, in eindeutigen Kausalketten vorherzusagen wie sich das Sozialverhalten verschiedener Nutzer:innen-Gruppen verändert, wenn einzelne Parameter des Algorithmus verändert werden. Das sollte jedoch nicht als Entwarnung missverstanden werden - im Gegenteil. Es ist nicht beruhigend wenn keiner versteht, warum C passiert, wenn man A auslöst, aber eigentlich B erzielen wollte.

In *Kybernetik und Gesellschaft* warnte Norbert Wiener schon 1950 davor, dass selbstlernende Maschinen sich der Kontrolle der Menschen entziehen und ihnen und ihrer Gesellschaft Schaden zufügen können. Je größer ein in sich geschlossenes System über einen Zeitraum hinweg wird, desto unkontrollierbarer wird es.

Es ist lediglich möglich, statistische Wahrscheinlichkeitsaussagen über aufwändige Parameterstudien zu treffen. Universitäten müssten damit anfangen, Simulationen sozialer Netzwerke durchzuführen: „Wir brauchen hunderttausend Student*innen, die die Physik sozialer Medien verstehen, um dann sichere Systeme zu bauen.“⁵⁰

Die Komplexität des Systems wird weiter zunehmen, sollte Musk an seinen jüngsten Pläne festhalten und Twitter zu einer App X ähnlich der chinesische App *Wechat* weiterentwickeln. Also zu einer Universal-Plattform, die versucht sämtliche Anwendungen für das alltägliche Leben zu integrieren (Reservierungen, Bezahlungen, Buchungen, ...). Die Nutzer:in soll so

48 https://blog.twitter.com/en_us/topics/company/2021/disclosing-state-linked-information-operations-we-ve-removed

49 Der Begriff Astroturfing ist von der amerikanischen Firma AstroTurf abgeleitet. Diese stellt Kunstrasen her, der täuschend echt aussehen soll. Klassisches Astroturfing will Graswurzelsbewegungen vortäuschen, also so tun, als stecke eine soziale Bewegung hinter den Meinungen.

50 Frances Haugen auf der Code-2022-Konferenz, 16.9.22, <https://www.youtube.com/watch?v=TgGztTLCZZ0>



stark gebunden werden, dass es wenig Gründe für Internetaktivitäten jenseits der App X gibt.

Wiener identifizierte die Gesellschaft auf der Basis von Informationsübertragung: „Genaugenommen erstreckt sich eine Gemeinschaft nur soweit, wie eine wirksame Übertragung von Information reicht.“⁵¹ „In einer Gesellschaft, die für den direkten Kontakt ihrer Mitglieder zu groß ist, sind diese Mittel die Presse - d.h. Bücher und Zeitungen -, der Rundfunk, das Telefonsystem, der Fernschreiber, die Post, das Theater, die Kinos, die Schulen und die Kirche.“⁵²

Die Kommunikation einer Gemeinschaft werde durch ihre hierarchische Struktur festgelegt oder wenigstens stark beeinflusst, so Wiener. Dies müssen wir heute als stark wechselseitigen Prozess verstehen: Die algorithmischen Vorgaben sozialer Medien beeinflussen über ihre jeweilige, spezifische Metrik der Aufmerksamkeitsökonomie ihrerseits ebenfalls die soziale Struktur. So ergaben sich in bewusst führungslosen sozialen Bewegungen z.B. im arabischen Frühling 2011 oder auch bei der Gezipark-Bewegung 2013 in der Türkei informelle Hierarchien über die Twitter-Reichweite einzelner Protestbeteiligter.⁵³ Mit ihren extrem langreichweitigen Wechselwirkungen sind internetbasierte soziale Medien das (bislang) historisch anfälligste Medium für Verzerrung, Echokammerbildung, Überverstärkung. Bei Medien kürzerer Reichweite sorgen Korrekturen über Kommunikationseinträge durch die Weiterverbreiten für ein Diversifizieren einer Nachricht / Meinung und ein wahrscheinlicheres Abebben eines „viralen Bebens“. Das undifferenzierte Teilen, Liken, Retweeten einer Nachricht in sozialen Medien hingegen ermöglicht (temporär ungedämpfte) virale Überverstärkung.

VON SOCIAL MEDIA ZUM METAVERSUM

Vor einem Jahr kündigte Mark Zuckerberg die neue Zukunft des Internet an, das *Metaverse*, welches auch gleich als Namensgeber für das neue Firmendach Meta über Facebook, Instagram und Co erhalten soll. Der Begriff des Metaverse geht auf Neal Stephenson's Sci-Fi-Roman *Snow Crash* von 1992 zurück und ist kein scharf definierter Begriff. Heute könnte man darin einen Nachfolger des Internets in Form einer digitalen 3D-Parallelwelt mit eigener Ökonomie verstehen, die virtuelle Räume verbindet und von verschiedensten Geräten aus mit Avataren betreten werden kann.

War der Roman als Warnungen vor einer Zukunft gedacht, in der sich die Gesellschaft aus der Realität verabschiedet hat und in virtuelle Welten geflüchtet ist, weil die natürlichen und wirtschaftlichen Ressourcen zerstört sind, setzt Zuckerberg das Metaversum als positiven Bezugspunkt für einen technologischen Innovationsschub. Ein Sprung, der das bisher bekannte Internet ablösen soll und entweder rein virtuell (VR) oder aber als sogenannte „augmented reality“ (AR) also eine erweiterte

Form der Wirklichkeit gedacht ist. In Zuckerbergs Präsentation 2021 sah das Metaverse nach einer grafisch modernisierten Version des Computer-Spiels *second life* aus - per VR-Brille abgeschottet von der physischen Realität. Es gibt allerdings auch Konzeptionen für eine AR-Variante des Metaversums - etwa per Brille, die in das Sichtfeld zusätzlich zur physischen Realität interaktive virtuelle Elemente einblendet. Das Pendant in der Spielewelt wäre hier *Pokémon-Go*.

Viele winken ab und prognostizieren dem Metaversum das Aus bevor es richtig durchstartet. Das Werbeversprechen, bald schon brauche man keinen Arbeitslaptop mehr, klingt für viele wie eine Drohung angesichts der Probleme, die sie mit den bisher verfügbaren VR-Brillen haben (Schwindel, Kopfschmerzen). Die Softwaregrundlage /Horizon Worlds/, auf der Entwickler:innen 3D-Onlinewelte erschaffen sollen, sei zudem „verwirrend und frustrierend“.⁵⁴

Allerdings müssen wir die Idee einer virtuell erweiterten Realität als Neuprägung von sozialräumlichen Strukturen ernst nehmen. Im Oktober 2022 haben sich Meta und Microsoft zu einer Metaverse-Kooperation entschieden. Apple ist in die Entwicklung von VR-Brillen eingestiegen. Die Fans der Virtualisierung glauben zudem in der Klimakrise eine Fürsprecherin für virtuelle Zusammenkünfte gefunden zu haben: Den eigenen Körper nicht mehr mit viel Energie durch die reale Welt bewegen, sondern von zu Hause aus virtuell durch die Welt reisen.⁵⁵

Der Schritt von einer Social-Media-Plattform wie Facebook hin zum Metaversum bedeutet den Übergang von der Moderation von Inhalten hin zur Moderation von Verhalten.

Der Technik-Philosoph David Cahlmers sieht die Möglichkeit dass sich virtuelle Welten langfristig mehr und mehr zu autonomen Gesellschaften mit eigenen Prinzipien entwickeln könnten. Die Schilderungen der Journalistin Yinka Bokinni von ihren ersten Gehversuchen im Metaverse im *guardian* lassen nichts Gutes erahnen:

„Die beiläufige Art und Weise, in der die Leute eine extrem gewalttätige, homophobe, rassistische und sexistische Sprache verwendeten, führte dazu, dass ich nach meinem dritten oder vierten Tauchgang in das Metaverse desensibilisiert wurde. Man konnte sehen, dass das auch bei anderen Leuten der Fall war. Es gab Räume, in denen die rassistischsten Unterhaltungen stattfanden, während andere Leute einfach nur chillten. Es ist ein Raum, in dem das normal geworden ist. (...)“

Ich ging in Chat-Räume und die Leute beschimpften mich, schrien mich sogar an. Einmal umringten mich sieben Nutzer und versuchten, mich zu zwingen, meinen Schutzschild zu entfernen, damit sie Dinge mit meinem Körper anstellen konnten. Ich versuchte wegzulaufen, aber sie drängten mich mit dem Rücken gegen eine Wand, versuchten, mich zu begripschen und machten sexuelle Bemerkungen. Das war das virtuelle Äquiva-

51 Norbert Wiener: *Kybernetik*, 1968, S.194

52 Norbert Wiener: *Kybernetik*, 1968, S.198

53 Zeynep Tufekci: *Twitter and Teargas*, Yale University Press, 2017, <https://www.twitterandteargas.org/downloads/twitter-and-tear-gas-by-zeynep-tufekci.pdf>

54 <https://www.theverge.com/2022/10/6/23391895/meta-facebook-horizon-worlds-vr-social-network-too-buggy-leaked-memo>

55 Leider ist auch hier der Energieaufwand für das Betreiben der Rechner und Netzhardware beträchtlich.

lent eines sexuellen Übergriffs. Wenn Leute hier sexuelle Übergriffe auf dich ausüben, weiß ich, dass das nicht real ist. Das ist mir klar - ich kann nicht spüren, dass sie mich berühren. Aber diese Leute sind da, in ihren Häusern, und führen den sexuellen Übergriff physisch aus - sie benutzen ihre Hände, um nach dir zu greifen oder dich gegen eine Wand zu drücken. Dadurch wird die Mauer zwischen realem und virtuellem Ver-

halten durchbrochen. Wenn sie online so locker mit sexuellen Übergriffen umgehen, wenn sie das immer wieder tun und damit durchkommen, was hält sie dann davon ab, es in der realen Welt zu tun?“⁵⁶

Guido Arnold ist Physiker und arbeitet im DISS zum Thema digitalisierte Biopolitik.

Selbstmitleid statt Solidarität

DER DISKURS UM DIE BELARUSSISCHE AUßENGRENZE 2021 IM KONTEXT DES UKRAINEKRIEGS

Von Constantin Walkerling

Im August 2021 initiierte Alexander Lukaschenko als faktischer Machthaber von Belarus die Aussetzung mehrerer Tausend Flüchtender aus dem Nahen Osten an den Grenzen zu Polen, Lettland und Litauen. Die betroffenen Grenzländer der EU reagierten mit Abschottung und Grenzsicherung, woraufhin Flüchtende in den angrenzenden Wäldern unter freiem Himmel überleben mussten. Die Situation zog sich bis in den Winter, den offiziellen Zahlen nach verstarben bis Dezember 2021 mindestens 17 Menschen an Kälte und Hungersnot (vgl. Der Spiegel 2021).

In meiner Bachelorarbeit⁵⁷ führte ich eine Kritische Diskursanalyse eines linksliberalen Diskurses durch, um herauszuarbeiten, wie sich eigens als linksliberale bezeichnende Stimmen die Diskrepanz zwischen einem offenen, freien, europäischen Selbstverständnis gegenüber der beobachtbaren, weitgehend brutalen Grenzsicherung an den EU-Außengrenzen erklären könnten. Exemplarisch für einen solchen Diskurs untersuchte ich die Kommentare und Leitartikel der *Süddeutschen Zeitung* (SZ) von August bis Dezember 2021. Die Fragestellung gewann während der Erarbeitung Anfang 2022 erneut an Aktualität: Mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine wurden erneut zahllose Menschen in die Flucht getrieben. Diese wurden jedoch mit geschlossener innereuropäischer Solidarität begrüßt – ein enormer Kontrast zu der Behandlung jener Schutzsuchender in den Wäldern von Belarus.

Eine 2022 durchgeführte Kritische Diskursanalyse zum Fluchtdiskurs nach Beginn des Ukrainekriegs zeigt: Die Ungleichbehandlung wird von Leitmedien wie der *FAZ*, der *taz* und der *SZ* aufgegriffen und verurteilt, jedoch findet keine nachhaltige Aufarbeitung statt (vgl. DISS-Journal 2022: 33). Vermutungen und Überlegungen zu der (Un-)Möglichkeit einer Antwort auf diese Frage können sich bereits aus der Analyse des Diskurses um die belarussische Außengrenze ergeben. Denn die schon dort lamentierte Unvereinbarkeit vermeintlich eigens europäi-



Im Satirevideo „Gute Flüchtlinge, schlechte Flüchtlinge“ wird Said aus Syrien (links im Bild) erst aufgenommen, als es um eine Wahl zwischen ihm und einer schwarz gelesenen Person geht. Eine Hilfsperson (rechts im Bild) reagiert entsetzt.

scher Werte mit den Arbeitsweisen des EU-eigenen Grenzregimes wurde zentral im Diskurs der *SZ* aufgegriffen und diskutiert.

DER BINÄRE GEGENSPIELER DER DEMOKRATISCHEN EU: DER AUTOKRAT LUKASCHENKO

Die Autor*innen der *SZ* benannten den Verursacher der Situation und kritisierten scharf: Lukaschenko ist ein Autokrat, ein „Despot“ (von Bullion 2021), ein absoluter Machthaber, der sich Menschen zu Nutze macht, um die EU zu erpressen. Schließlich war Belarus in den Monaten zuvor seitens der EU stark sanktioniert worden. Lukaschenko kann laut den Stimmen der *SZ* jedoch nicht anders darauf reagieren als mit solchen menschenverachtenden Maßnahmen. Denn Politik zu machen, wie man es vermeintlich innerhalb Europas tut – ge-

⁵⁶ <https://www.theguardian.com/tv-and-radio/2022/apr/25/a-barrage-of-assault-racism-and-jokes-my-nightmare-trip-into-the-metaverse>

⁵⁷ Die gesamte Abschlussarbeit ist auf Anfrage beim Autor verfügbar.



sittet, moralisch, humanitär – kann und will Lukaschenko nicht. Dadurch fungiert er in einem binären Narrativ von Gut und Böse im Diskurs der SZ als eindeutiger Gegenpol, der als amoralisch und unberechenbar bewertet wird. Lukaschenko steht als Sinnbild für all das, was die EU nicht ist; gegen das sie sich sträubt und verteidigt. Darüber hinaus versuche er gezielt, eben jene rein europäischen Werte anzugreifen: Sein „Plan“ (Hassel 2021) sei ein „Angriff“ (Kornelius 2021), eine Erklärung eines hybriden Krieges gegen die EU. Oft benutzten die Autor*innen das Kollektivsymbol des Spiels, in dem flüchtende Menschen gezielt als Figuren eingesetzt werden, um dem Gegner zu schaden. Die Verwendung der Kollektivsymbole *Krieg* und *strategisches Spiel* führen dabei zu zwei Annahmen, die die SZ (re)produziert: Dass eine Gefahr von flüchtenden Menschen ausgeht und dass eine Konfrontation mit Leid und Flucht nicht Ergebnis europäischer Politik ist, sondern von außen, insbesondere vom amoralischen Lukaschenko, kommt.

FORTSETZUNG UND NEUE WEGE DES INNERDEUTSCHEN FLUCHTDISKURSES NACH 2015

Einerseits impliziert die SZ nahezu stetig, dass flüchtende Menschen eine Gefahr für Europa darstellen würden. Auch wenn das enorm aggressive Abweisen an den Grenzen als Schuld der Grenzländer dargestellt wird, so ist es laut der SZ dennoch eine Art Schutz Europas, was passiert. Diese Lesart rechtfertigt nicht zuletzt die deutliche Verlagerung des beschriebenen *Leids der Flüchtenden* auf das *Leid der Aufnahmebevölkerung*. Denn die Lebensrealität der flüchtenden Menschen wird als Herleitung für das eigene Leid genommen: Ja, es ist durchaus furchtbar, verwerflich, unmenschlich was an den Grenzen passiert – aber Lukaschenko ist ja eindeutig schuld. Man muss nun klare Kante zeigen und sich nicht erpressbar machen, denn der Angriff gilt ja der EU, sowohl als politische Macht, aber auch als Werteunion. Die Menschen an den Grenzen werden somit nur zu Objekten, Figuren oder Kollateralschäden, welche tragischerweise im Kampfgebiet an der Außengrenze entstehen.

Durch die Beiträge der SZ zieht sich die stetige Annahme einer latenten Sicherheitsgefährdung der EU, die schon lange vorher begonnen hat. Implizit wird dadurch auf jenes Wissen verwiesen, dass spätestens seit dem Umschwung von der *Willkommenskultur* zu einer *Notstandsstimmung* und Forderungen nach Abschottung und Abschiebungen seit 2015 an die Leser*innenschaft herangetragen wurde: Flucht in ein anderes Land ist schlimm für die Betroffenen, jedoch müsse spätestens seit der Kölner Silvesternacht betrachtet werden, wer genau da von außen in das Innere Europas eindringen möchte (vgl. Jäger & Wamper 2017). Es gilt schließlich der Schutz hiesiger Werte und Moral. Dadurch, dass nun mit Lukaschenko ein Verursacher auftritt, ist das singuläre Feindbild klar und kann von den Flüchtenden auf diesen verlagert werden. Waren die Flüchtenden vorher im Diskurs bereits eine homogene, bedrohliche Masse, so sind sie nun noch weiter degradiert: zu Belagerungswerkzeugen, zu Waffen, die gegen die EU gerichtet sind. Das kollektivsymbolische Zur-Waffe-Werden von Menschen wird dabei sehr wohl kritisiert und verurteilt, eine wirkliche De-

konstruktion findet jedoch durch die gleichzeitige Betonung der kriegsähnlichen Belagerungssituation nicht statt. Schließlich kann eine Waffe nur die Sicherheit gefährden, wenn sie tatsächlich existiert. Die SZ stellt Flüchtende somit selbst kollektivsymbolisch als entmenslichte Waffen ohne Subjektstatus dar und kritisiert lediglich, dass es *unfair* ist, in welcher Form sie von Lukaschenko eingesetzt werden.

KAUM ZU ERTRAGEN: WIE EUROPA AM LEID ANDERER LEIDET

Und dennoch findet sich in den Beiträgen der SZ die Beschreibung des *Leid der Flüchtenden* und des Mitleidens mit ihnen. Für die SZ ist das Sterbenlassen von Menschen an der EU-Außengrenze tragisch, unaushaltbar und vor allem scheinheilig seitens der Zivilgesellschaft und der Politik. Die EU sei heuchlerisch (vgl. Kelnberger 2021a), die Gesellschaft ebenso, wobei der Gesellschaft nie eine aktive Rolle zugewiesen wird. Die EU wird wie beispielsweise im Diskurs um Moria (vgl. Friede et al. 2022) zur Lösungsakteurin deklariert, Polen, Lettland und Litauen sollen zwar ihre Außenpolitik humaner gestalten, können die Situation aber nicht alleine lösen. Auch Deutschland wird dabei eher außen vor gesehen, dafür jedoch, wenn auch nur vereinzelt in der SZ, verurteilt. Die Beiträge im Dossier kommen somit nicht dazu, konkrete Gründe jenseits pauschaler und abstrakter Verurteilungen heranzuziehen, sowohl gegenüber Deutschland, als auch gegenüber der EU oder Polen. Stattdessen wird beschrieben, wie von der Leser*innenschaft, über die Autor*innen, bis hin zur Politik alle vom gezeigten Leid schockiert und belastet seien. Noch schlimmer ist jedoch der Blick auf die verletzten, eigens betonten europäisch-liberalen Ideale der Humanität und der Offenheit. Es findet eine Verlagerung statt, indem das *Leid der Flüchtenden* als Teil einer *verletzten Werteordnung* gesehen wird, welche wiederum eine Verletzung des europäischen Selbstverständnisses ist. Die Situation an der Grenze hält der EU den Spiegel vor – die SZ als meinungsgebendes Medium verurteilt das Wegschauen der Politik, sei es nun die deutsche oder die polnische, kann aber selbst den Blick in diesen Spiegel nicht ertragen.

„DIE NÄCHSTE MIGRATIONSKRISE KOMMT BESTIMMT“

Die Autor*innen der SZ beziehen dabei keine klare Stellung dazu, wie die Tausenden von Menschen, die in den Waldregionen um die EU-Außengrenze auf belarussischem Boden ausgesetzt wurden, aus Sicht eines einheitlichen Europas zu bewerten seien. Liegt bereits eine Krise als *anormaler* Zustand vor, oder ist das, was da begonnen hat, wieder nur der vermeintlich *normale* Alltag des Grenzregimes? Teilweise wird sich dabei für die Annahme einer Krise ausgesprochen, teils wurde diese Betitelung jedoch verworfen, wodurch die Flucht, Aussetzung und schließlich der Tod von Menschen an den Grenzen normalisiert wird. In jedem Fall dominieren Aussagen über *politische Krisen* im Gegensatz zur Annahme einer *humanitären Krise*: Ein weiteres Indiz einer Verlagerung vom konkreten Leid an den Grenzen auf die meist gemutmaßten, potenziellen Folgen. Die Kommentare der SZ verlaufen sich dadurch in vagen Zukunftsaussagen über die politische Gesamtlage. Ein Beitrag stellt eine solche – wohlgerneht sehr grobe – These auf, behielt

„EINE ANTEILNAHME, DIE NUR AUF SICH SELBST VERWEIST, IST EGOISMUS, KEINE EMPATHIE“

dabei jedoch recht: „Die nächste Migrationskrise kommt bestimmt“ (Kelnberger 2021b). Eine Mutmaßung, die sich bereits wenige Monate später, ausgelöst durch den Angriffskrieg auf die Ukraine, bewahrheiten sollte.

SIND WIR NICHT ALLE OPFER DES KRIEGES?

Zweifelsohne sind die Realitäten des Ukrainekrieges furchtbar. Leitmedien wie die SZ haben recht mit ihrer Verurteilung des gezeigten Leids. Jedoch kann eine solch selbstzentrierte Perspektive nicht zum Leitmotiv werden, sie verdrängt tatsächliche Solidarität. Die stetige Betonung der eigenen nationalen Betroffenheit über verletzte Werte, deren inkonsequente Anwendung ohnehin eingestanden und kritisiert wird, legt in Situationen humanitärer Katastrophen die Intentionen des Diskurses offen. Die im Diskurs beobachtete Verdrängung von realem körperlichem und geistigem Leid schuttsuchender Menschen und weiterer Betroffener durch eine selbstzentrierende Anteilnahme muss enorm kritisch betrachtet werden. Denn eine Anteilnahme, die nur auf sich selbst verweist, ist Egoismus, keine Empathie. Wie bereits im Diskurs um Belarus ersichtlich wird, erzeugen eine stetige Betonung der eigenen Institution Europa als Gegenpol zu jeglichen Ursachen sowie eine Relativierung des *Leids Betroffener* durch (Selbst-)Mitleid ein falsches und enorm abstrahiertes Bild von Freund und Feind: Andere seien schuld, insbesondere Einzelpersonen wie Lukashenko (oder Putin). Jedoch geht eine Kritik selten über eine moralische Verurteilung hinaus. Diese Argumentationsweise, die in den linksliberalen Leitmedien, wie in der Berichterstattung der SZ zu Belarus, verbreitet ist, legt der Leser*innenschaft nahe, dass außerhalb Europas ein unkontrolliertes Chaos herrscht, welches droht, das vermeintlich kollektive *uns* im Inneren zu vereinnahmen. Wieso kann nicht jede*r nicht-Europäer*in sein wie Europa? Wieso kommt es durch amoralische Handlungen von Einzelpersonen zu Destabilisierung, Angriffen und Krieg?

Eine moralische Kritik, die darauf beruht, vermeintlich *andere* mit *uns* zu vergleichen, führt zu Unverständnis und Verwirrung. Aber Schuld kann dieser sichere Hafen ja nicht haben, oder etwa doch? Womöglich, denn eine solche, direkte, wenn auch erneut rein moralische, Schuld lässt sich teilweise in Aussagen über den *Rassismus bei der Ungleichbehandlung von Flüchtenden* erkennen.

RASSISMUS ODER SYSTEMISCHE NOTWENDIGKEIT?

Vor dem Hintergrund des hier erörterten Umgangs mit den Realitäten des EU-Grenzregimes scheint die neu belebte *Willkommenskultur* und Solidarität beinahe eine egoistische Wiedergutmachung der EU und der Zivilgesellschaft für sonstig eingestandenes Versagen und damit Bereinigung des schlechten Gewissens zu sein: Wir helfen ja, wenn es wirklich wichtig ist. Und somit steht weiterhin die Frage im Raum, wieso gerade jetzt geholfen wird, wieso gerade den Ukrainer*innen.

Dabei könnte man zur Annahme gelangen, es sei schlicht und ergreifend *Rassismus*, der die *Ungleichbehandlung und Hierarchisierung antreibt*. So zeigt ein politisarisches YouTube Video mit 250.000 Aufrufen in einem Sketch ein deutsches Aufnahmezentrum, in welchem zunächst ein syrischer Flüchtender unter Betonung der ukrainischen Sonderlage abgelehnt, dann jedoch als Höhepunkt des Videos doch noch aufgenommen wird – jedoch erst nachdem eine schwarz gelesene Person, die sogar aus der Ukraine geflohen sei, abgelehnt wird (vgl. YouTube 2022). Die Helfer*innen des fiktiven Aufnahmezentrums zucken nur peinlich berührt mit den Schultern. Die Nachricht des Videos ist eindeutig: Am Ende stehe der Rassismus als leitende Instanz über den Entscheidungen an den Grenzen, wer weiß gelesen sei könne ja ohne weiteres passieren. Jedoch vermittelt diese Interpretation weitaus schädlichere Schlüsse als den Hinweis auf eine moralische Falschheit: Zum einen wird Rassismus als alleinige Wahrnehmung von Hautfarbe erklärt, welche je nach Abstufung jenseits von weiß gelesenen Personen messbar zunehmen würde. Ein solches Verständnis von Rassismus verschleierte die verschiedenen Unterdrückungs- und Ausbeutungsmechanismen, bei denen nicht (nur) weiß gelesene Personen, oder eben *nur* weiß gelesene Personen involviert sind. Beispiele aus einer zahlreichen Pluralität diverser Rassismen sind Rassismus gegenüber Zwangsarbeiter*innen in den Arabischen Emiraten

Deutsche Rettung?

Eine Kritische Diskursanalyse des
Fluchtdiskurses um Carola Rackete und Moria



Judith Friede | Louis Kalchschmidt | Fabian Marx | Anna-Maria Mayer | Benno Nothardt | Milian Slat | Christian Sydow



Unrast-Verlag, 2022
Edition DISS Band 47
310 Seiten, 24 €

Als im Juni 2019 Carola Rackete dem Verbot trotzte, mit dem Seenotrettungsboot »Sea-Watch 3« im Hafen von Lampedusa anzulegen, jubelten die Medien und sprachen das vorher verdrängte Leid von Geflüchteten wieder an. Im September 2020 brannte dann das Geflüchtetenlager Moria und die Abschottungspolitik der EU geriet ins mediale Scheinwerferlicht: Die katastrophalen Zustände seien von Griechenland gewollt, dienten zur Abschreckung und würden von den anderen EU-Staaten insgeheim gebilligt.

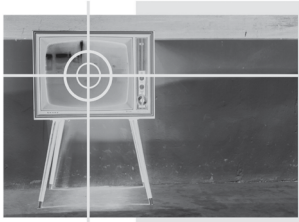
Wo bieten diese Debatten Anschlussstellen für humane Positionen? Wo lauern Gefahren? Werden Seenotretter*innen als deutsche Held*innen konstruiert und so die deutsche Mitschuld am Sterben im Mittelmeer verdeckt?

Die Kritische Diskursanalyse untersucht Gesagtes und Nicht-Sagbares, diskursive Strategien und Kollektivsymbolik sowie die Konstruktion ungeschminkter Held*innen. Dabei sind die Analysen verschiedener Zeitungen auch einzeln gut lesbar.



Das deutsche Fernsehen und der Fall *Rassismus*

Mediale Inszenierungen von Sinti und Roma im Tatort und in politischen Talkshows



Katharina Peters



Das deutsche Fernsehen und der Fall ›Rassismus‹
Mediale Inszenierungen von Sinti und Roma im
Tatort und in politischen Talkshows

ISBN 978-3-89771-775-6

Unrast-Verlag, 2021

Seiten: 164

Reihe: Edition DISS Band: 46

Ausstattung: Softcover

Das vermeintliche Wissen, das über Sinti*ze und Rom*nija kursiert, ist geprägt von negativen Stereotypen bei kaum vorhandenen Kontakterfahrungen mit Angehörigen der Minderheit. Die dominierenden Bilder werden durch die Medien verbreitet und als Wahrheiten ausgegeben und rezipiert. Sie beschränken sich außerdem nicht auf Mitglieder der Minderheit, sondern werden ohne Widerspruch auf Menschen aus Bulgarien und Rumänien übertragen. Neben der emanzipatorischen Arbeit einer zunehmenden Zahl an Selbstorganisationen, ist es ein Anliegen dieser Arbeit, die medialen Inszenierungen, deren Schauplätze und Akteur*innen, sowie die dahintersteckenden Wirkmechanismen und Strukturen aufzudecken.

Katharina Peters untersucht am Beispiel der medialen Inszenierung von ›Sinti und Roma‹ im deutschen Fernsehen, wie Rassismen adaptiert und verbreitet werden. Die mit dem Augsburger Wissenschaftspreis für interkulturelle Studien ausgezeichnete Analyse entlarvt die als Realitäten ausgegebenen Bilder in ihrer Konstruiertheit und schafft so Raum für andere Wirklichkeitsentwürfe, die ein vielfältigeres Bild zulassen und Stereotype negieren. Der diskurs- und medienwissenschaftliche Ansatz leistet einen Beitrag, Erscheinungsformen des Rassismus in Zeiten eines weltweit erstarkenden Nationalismus am Beispiel von Antiziganismus im deutschen Fernsehen detailliert zu beschreiben. Mit dem Ziel, die Sensibilität für eine diskriminierungsfreie mediale Darstellung zu schärfen und das Bewusstsein für die Realität Deutschlands als eine Einwanderungsgesellschaft zu stärken.

oder antislawischer Rassismus, der jüngst im Rahmen des Krieges zunimmt. Zum anderen blendet diese Sichtweise strukturelle und systemische Ursachen aus und verlagert sie auf scheinbar individuelle Fehlentscheidungen und Willkür.

Zweifelsohne ist das, was an den EU-Außengrenzen passiert und der Diskurs über Rechtfertigungen *auch* rassistisch. Menschen werden nach vermeintlich objektiven Kategorien wie *Kultur*, *Ethnie*, ja eben auch nach Hautfarbe homogenisiert, objektifiziert und diffamiert. Dass Deutschland und die EU sich geboten sehen, der ukrainischen Zivilbevölkerung im Gegensatz zu anderen Gruppen nahezu uneingeschränkt und sofortig Asyl zu gewähren, kann jedoch nicht durch die Hautfarbe der jeweils Betroffenen erklärt werden. Vielmehr ist es ein Abbild der eigenen Interessen der Helfenden. Rassismus ist jedoch nicht das *Motiv* der Durchsetzung nationaler Interessen, sondern das *Mittel* zur Durchsetzung des strukturellen, gezielten Machterhalts.

Spätestens seit diesem Jahr ist deutlich geworden, wie wichtig die Ukraine als strategischer Partner in einer politischen und wirtschaftlichen Allianz sein kann, welche zentrale Rolle sie für die NATO oder die EU haben könnte. Nicht, um die Ukraine in ihrer Selbstbestimmung zu fördern, sondern um sie als Garant der eigenen Vormachtstellung im Ost-West-Konflikt zu stärken. Nachdem nun also die eigens erklärte Selbstverständlichkeit der Nothilfe von ukrainischen Flüchtenden zum Alltag wird, bleibt abzuwarten, was die helfenden Nationen sich als Gegenleistung erhoffen. Die Ukraine ist in eine Position gedrängt, aus der heraus sie bei einer ganzen Reihe an Nationen in einer nie ausgleichbaren Schuld steht – und die Forderungen nach einem *quid pro quo* werden enorm sein.

Constantin Walkerling studierte Globale und Transnationale Soziologie in Duisburg und war im Frühjahr 2022 Praktikant im DISS.

QUELLENANGABEN:

- Der Spiegel, 2021: Die Toten von der polnisch-belarussischen Grenze. Ausgabe 51/2021.
- DISS-Journal, 2022: Offenkundig hilft es sich leichter, wenn es um Nachbarn geht. Der Fluchtdiskurs zur Ukraine. Sonderausgabe 5: S. 30–33.
- Hassel, F., 2021: Das ist erst der Anfang. SZ. Ausgabe 10.11.2021: S. 4.
- Jäger, M. & Wamper, R. (Hg.), 2017: Von der Willkommenskultur zur Notstandsstimmung, DISS, <http://www.diss-duisburg.de/wp-content/uploads/2017/02/DISS-2017-Von-der-Willkommenskultur-zur-Notstandsstimmung.pdf>
- Friede, J. et al., 2022: Deutsche Rettung? Eine Kritische Diskursanalyse des Fluchtdiskurses um Carola Rackete und Moria. Unrast.
- von Bullion, C., 2021: Lukaschenkos Zugriff. SZ. Ausgabe 21.10.2021: S. 4.
- Kornelius, S., 2021: Sanktionen – aber gegen wen? SZ. Ausgabe 11.11.2021: S. 4.
- Kelnberger, J., 2021a: Heuchler. SZ. Ausgabe 27.11.2021: S. 4.
- Kelnberger, J., 2021b: Der Pakt ist tot. SZ. Ausgabe 30.09.2021: S. 4.
- YouTube, 2022: Gute Flüchtlinge, schlechte Flüchtlinge. Onlinevideo. <https://www.youtube.com/watch?v=FD3LhdiTp9k>. Letzter Abruf 21.10.2022.

Eine wohlwollende, aber eindeutige Kritik postkolonialer Erinnerungstheorie

Rezension von Stefan Vennmann

Sznaider, Natan, 2022: *Fluchtpunkte der Erinnerung. Über die Gegenwart von Holocaust und Kolonialismus*. München: Hanser
256 Seiten, 24,00 Euro.
ISBN: 978-3-446-27296-5



Natan Sznaiders Buch tastet sich primär fragend vor, ob und wenn ja in welchem Verhältnis sich Holocaust und Kolonialismus sowie die Erinnerung an diese historischen Verbrechen zusammendenken lassen können und sollten, aber auch wo theoretischen Grenzen der Überschneidung liegen. Was vor dem Hintergrund der Grabenkämpfe zwischen antisemitismuskritischer Holocaustforschung und postkolonialer Theorie im Zuge der ‚Mbembe-Debatte‘ und des sogenannten ‚Histori-

kerstreit 2.0‘ zunächst wie ein zahnloser Vermittlungsversuch wirkt, an dessen Ende die Erkenntnis steht, man müsse historische Gewaltverbrechen in ihrer eigenen Logik begreifen, ohne sie gegeneinander auszuspielen, ist bei genauerem Hinsehen tiefgründiger. Zwar wohlwollend formuliert, ist das von Sznaider entwickelte Konzept der *Fluchtpunkte der Erinnerung* vor allem eine Kritik der ‚multidirektionalen Erinnerung‘ (Michael Rothberg), der Vorstellung, man müsse Holocaust und Kolonialismus als miteinander verschlungene Phänomene betrachten, müsse in der Erinnerung an das eine auch notwendig das andere mitberücksichtigen. Sznaider hingegen betont vor allem die Parallelität der Verbrechen und entwickelt diese Perspektive aus einem besonderen ideengeschichtlichen Zugang. Darüber hinaus ist vor allem Sznaiders starkes Bekenntnis zur Singularität der Shoah, zum Zionismus als jüdischer Emanzipationsbewegung und zur Souveränität des Staates Israel hervorzuheben – allerdings ohne einer Erinnerung an und Verantwortung für die europäischen Kolonialverbrechen die besondere Notwendigkeit abzusprechen.

Ausgehend von der Wissenssoziologie Karl Mannheims (36) steht vor allem Hannah Arendt als zentrale Ideengeberin im Mittelpunkt. Immer wieder auf sie zurückkommend, interpretiert Sznaider Arendts durchaus ambivalente Position zum jüdischen Staat als spezifisch ‚jüdischen Blick‘ auf Nationalsozialismus und Kolonialismus gleichermaßen, ohne damit zu behaupten, Arendt werfe beides uneingeschränkt in denselben Topf. Der starke Bezug auf Arendt klärt auch darüber auf, wa-

rum Sznaiders Versuch auf den Begriff der *Fluchtpunkte* gebracht wird. In der Flucht vor Gewalt, die neben Arendt auch viele andere im Buch auftauchende Protagonisten auf die ein oder andere Weise erleiden mussten, spiegelt sich die partikuläre Erfahrung, die für die Praxis des Erinnerns zentral ist (111).

EINE WOHLWOLLENDE, ABER EINDEUTIGE POSITION...

Mit Blick ins Inhaltsverzeichnis ließe sich darauf schließen, dass Sznaider eine eher ideengeschichtlich ausgerichtete Studie verfasst hat, in der die unterschiedlichen Positionen jüdischer und postkolonialer Denkerinnen und Denker dargestellt werden. Die im Anschluss an Arendt formulierte „Unterscheidung zwischen jüdischer und nicht-jüdischer Erfahrung“ (70) zeugt aber von mehr. Sie ist nicht nur von historischer, sondern auch von systematischer Relevanz und leitet das Buch in seiner Erkenntnis, eine adäquate Theorie der Erinnerung an historische Verbrechen müsse ein Denken der Parallelität partikularer Erfahrungen einfangen und die Verbrechen zugleich in einen universalgeschichtlichen Kontext einordnen, partikular und universell zugleich zu betrachten. Dies bedeute aber in keinem Fall, eines der Verbrechen zu bagatellisieren, Grabenkämpfe auszutragen, in denen über den vermeintlich wichtigeren, ursprünglicheren und notwendigeren Opferstatus entschieden wird. In der gegenwärtigen Debatte erkennt Sznaider diese Tendenz – wenn auch auf beiden Seiten existierend – eher auf Seiten der postkolonialen Argumentation, die die Partikularität der jüdischen Erfahrung als ‚weiße‘ und damit nicht als ‚unterdrückte Erfahrung‘ konstruiert. Die Vehemenz, mit der die partikuläre jüdische Erfahrung als gleichwertige Opfererfahrung mit fast „religiösem Eifer“ (85) abgewehrt wird, führt Sznaider auf ein antizionistisches Ressentiment innerhalb des Postkolonialismus zurück, das offensichtlich antisemitische Züge annimmt (52).

An dieser Stelle wird deutlich, dass es sich nicht nur um eine ideengeschichtliche Studie handelt, denn Sznaider versucht den theoretischen Spagat zwischen Holocaust und Kolonialismus in besonderer Weise zu leisten. Er stellt dar, dass sich mit Frantz Fanon, dem wohl wichtigsten Theoretiker des antkolonialen Kampfes, der Zionismus als antkoloniales Emanzipationsprojekt verstehen lässt (104). Diese Interpretationsmöglichkeit seitens der postkolonialen Theorie zu übersehen oder wissentlich zu ignorieren, weil eine theoretische Begründung des Zionismus als antkolonialem Kampf durch einen zentralen Denker des Postkolonialismus politisch unerwünscht ist, ist für Sznaider unzulässig, inkonsistent und zeugt von einem Partikularismus, der nicht bereit ist, zugleich universell gedacht zu werden.

Demgegenüber verweist er – und das ist eines der theoretisch stärksten Argumente im Buch, das nach einer tiefergreifenden Betrachtung verlangt – auf eine Strukturähnlichkeit der anti-



kolonialen, selbstbestimmten Kämpfe der Opfer von nationalsozialistischer und kolonialistischer Gewalt zum Zweck der „Menschwerdung und Wiederaneignung der Würde“ (108). Sie werden parallel geführt unter je bestimmten historischen Bedingungen, in denen unterschiedliche Opfer aus ihren je unterschiedlichen kollektiven Beweggründen mit Gewalt für ihre kollektive Selbstbestimmung gegen Aggressoren aufbegehren. Als Denker, mit dem sich Fanons antikoloniale Theorie als auch für den Zionismus fruchtbar erweitern ließe und der die in der postkolonialen Theorie ebenso dominante wie stereotype Vorstellung ‚weißer Juden‘ herausfordert, führt Sznai der den eher unbekannten Albert Memmi an. Memmi passt in kein Schwarz-Weiß-Schema, steht als Jude und Araber für Zionismus und Antikolonialismus und repräsentiert als Opfer des Wütens der Nazis in Nordafrika und der Kolonialgewalt die „Spannung zwischen dem Universalen und dem Partikularen“ (123) beider Erfahrungen.

Aus der mit Fanon gedachten und an Memmi konkretisierten Parallelität der antikolonialen Kämpfe, die je auf partikuläre historische Vorbedingungen zurückgeführt werden müssen, entwickelt Sznai der eine Kritik des multidirektionalen Erinnerns. Auch wenn diese auf den ersten Blick so wirkt, handelt es sich nicht um einen Versuch, jüdische und postkoloniale Perspektiven auf die Erinnerung an Holocaust und Kolonialismus als zwei Seiten derselben Medaille zu verstehen. Sznai ders Fluchtpunktperspektive steht nicht für einen simplen Dualismus des Erinnerns.

„Die Linien der Erinnerung an Holocaust und Kolonialismus laufen parallel, sind scheinbar nah, und doch treffen sie sich vielleicht in der Wahrnehmung der Beobachter. Es sind parallele Beschreibungen aus bestimmten Perspektiven. Gemeinsame Beschreibungen von Holocaust und Kolonialismus sind daher möglich, können so artikuliert werden, um Zusammenhänge im Bewusstsein herzustellen, die tatsächlich existieren oder auch nicht. Kausalitäten können nur deklariert, aber sicher nicht bewiesen werden.“ (163)

Sznai der ist allerdings nicht naiv anzunehmen, dass dies in der wissenschaftlich-politisierten Praxis anerkannt wird. Zwar ließe sich kritisch anmerken, dass Sznai der die holocaustrelativierende Idee einer ‚Europäisierung Hitlers‘ bei Aimé Césaire (128) ebenso wie die eindeutig antisemitische Dämonisierung Israels, die Täter-Opfer-Umkehr und die Behauptung von israelischer Apartheid bei Edward Said nicht deutlich genug als antisemitisch kennzeichnet (146). Allerdings ist die Problematik dieser Positionen derart hinreichend bekannt (170f.), sodass die antikolonial-zionistische und antisemitismuskritische Stoßrichtung von Sznai ders Buch eine detaillierte Kritik solcher Abwege auch nicht wirklich nötig hat, sondern der Verweis genügt.

... MIT EINEM VIELLEICHT ZU SEICHTEN ENDE

Das Buch zeichnet sich durch die überzeugende Ein- und Zusammenführung bisher in der Debatte der theoretischen Grundlagen einer „globalen Moralität“ (182) der Erinnerungspolitik nicht relevanten Figuren aus. Theoretisch ausgearbeitet ist die Perspektive der Fluchtpunkte dabei allerdings nicht. Zwar ist die ihr konzeptionell zugrundeliegende Partikularität der Erfahrung, die Parallelität und moralische Nicht-Konkurrenz der Opfererinnerungen ideengeschichtlich gut begründet und unterstützt die Notwendigkeit, dass eine Postkolonialisierung der deutschen Erinnerung als Element historischer Verantwortungsübernahme politisch relevant ist.

Auch wenn Sznai der immer wieder dafür argumentiert, dass die jeweiligen Verbrechen ihrem spezifischen Charakter – und das scheint zu heißen: im Kontext ihrer konkreten historisch-gesellschaftlichen Bedingtheit – nach analysiert werden müssen und das postkoloniale Beharren einer „universalisierte[n] Schuld im europäischen Kontext“ (183) von konkreter Verantwortungsübernahme eher ablenken würde, liest sich das finale Plädoyer wieder versöhnlicher, als es seine emanzipatorisch-zionistische Interpretation der postkolonialen Theorie erfordern würde: Die je partikularen Erinnerungen an Holocaust und Kolonialismus müssen parallel gedacht werden, ohne moralische Überlegenheitsansprüche und die gegenseitige Delegitimierung der Kämpfe der Opfer beendet werden.

In wohlwollender Anerkennung der Leistung postkolonialen Theorie (167ff.) erscheint aber vor dem Hintergrund der ideengeschichtlichen Rekonstruktion das „postkolonialistische Erinnerungsmoment [...] [als] eine radikale Vereinnahmung der jüdischen Katastrophe, die sich aber gleichzeitig als fortschrittlich und frei von ethnischen Bindungen versteht“ (191). Um eine solche Vereinnahmung zu verhindern und einen neuen Raum für den gemeinsamen Kampf der Opfer kollektiver Gewalt für „transnationale Solidaritäten und Verantwortungen zu schaffen“ (213), dürfe der Opferstatus nicht aus einer Meta-Erzählung des ‚Schreckens der Moderne‘ abgeleitet werden. Vielmehr müsse nach der Begründung einer neuen „Ethik des Nie Wieder“ (214, Herv. i. O.) gesucht werden. Was das allerdings im Detail praktisch wie theoretisch bedeutet, wird nicht ausgeführt, sondern bleibt Aufgabe weiteren Nachdenkens. Und für dieses Nachdenken liefert das Buch einiges an Hinweisen und Denkanstößen, die es noch detaillierter zu reflektieren gelte.

Stefan Vennmann promoviert an der Universität Duisburg-Essen und ist Mitarbeiter im AK Antiziganismus im DISS.

Eine Kritik der vergleichenden Genozidforschung

Rezension von Stefan Vennmann

Friedländer, Saul/ Frei, Norbert/ Steinbacher, Sybille/ Diner, Dan, 2022:

Ein Verbrechen ohne Namen.

Anmerkungen zum neuen Streit über den Holocaust.

München: C. H. Beck.

90 Seiten, 12, 00 Euro.

ISBN: 978-3-406-78449-1



Das schlanke Bändchen ist eine wissenschaftlich-politische Intervention in die gegenwärtige Debatte um die Singularität der Shoah und die Frage nach der Zulässigkeit des Vergleichs der deutschen Massenverbrechen mit anderen historischen Verbrechen, besonders dem Kolonialismus. Bei den im Band versammelten Texten handelt es sich – mit Ausnahme des Textes von Sybille Steinbacher – um Artikel, die von den Autoren

als Diskursinterventionen im Feuilleton großer deutscher Zeitungen publiziert worden sind.

Die These, die der Band aufstellt, ist dabei keineswegs eine neue, sondern eine, die ähnlich auch im Historikerstreit 1986 vertreten wurde, nun aber unter aktuellen Konstellationen verhandelt wird. Die postkoloniale Theorie und ihr Axiom, die Shoah könne als aus den europäischen Kolonialverbrechen resultierend begriffen werden, wird als inadäquat zurückgewiesen. Außerdem nimmt der Band auch ein anderes Phänomen in den Blick, nämlich die Ähnlichkeit der shoahrelativerenden Argumentation von postkolonialer Theorie und der Argumentation derer, die der Postkolonialismus völlig berechtigt als white supremacists kritisiert.

Das Vorwort von Jürgen Habermas, der als 1986 als Kontrahent die Thesen zur Entstehung des Nationalsozialismus Ernst Noltes zurückwies, fällt aus der Originalität der Beiträge leider heraus. Lediglich betonend, der Nationalsozialismus unterscheide sich dadurch vom Kolonialismus, indem er seine Gewalt nicht gegen äußere Fremde, sondern gegen „innere Feinde“, „die eigenen Bürger“ (11) richtet, wird das Vorwort der Substanz der anderen Beiträge nicht gerecht. Es wirkt eher wie ein Autoritätsargument, das sich aus der Person Habermas begründet.

Demgegenüber sind die anderen Texte deutlicher: Saul Friedländer pocht in seinem Text besonders darauf, dass die Shoah aus diversen historischen und politischen Gründen vom Kolonialismus unterschieden werden müsse. Implizit an das Denken der ökonomischen Sinnlosigkeit der Shoah anknüpfend,

wie es von Theoretikern des Antisemitismus von Adorno bis Postone expliziert wurde, ist die Shoah kein Prinzip der Versklavung, sondern eines der totalen Vernichtung im Kontext einer rassistischen Reinigungsideologie (24).⁵⁸ Besonders weil in der Debatte um den Vergleich der Shoah mit anderen kollektiven Gewaltverbrechen denjenigen, die die Singularität der Shoah befürworten, unterstellt wird, sie würden den Vergleich als unzulässiges Mittel tabuisieren, macht Friedländer – übereinstimmend mit Steinbacher (58) – eines unmissverständlich klar: Die Erkenntnis über die historische und politische Besonderheit der Nazi-Verbrechen ist selbst Ergebnis eines Vergleiches. Der Vergleich diene nicht dazu, unterschiedliche Verbrechen gleichzumachen, sondern vor allem auf deren Unterschiede und Spezifika hinzuweisen.

Norbert Frei beschäftigt sich in seinem Beitrag mit der Überschneidung von rechter und postkolonialer Argumentation und kritisiert vor allem den australischen Genozidforscher A. Dirk Moses. Seine Polemik, es handele sich bei der wissenschaftlichen Auseinandersetzung und der gesellschaftlichen Erinnerung an die Shoah in Deutschland um quasireligiöse Ritualisierung der eigenen nationalen Identität, ist zwar dem Prinzip nach weder falsch noch neu.⁵⁹ Dass sich Moses dabei ohne Abstriche oder Distanz der rechten Rhetorik des Schuldkultes bedient und chiffriert „amerikanische und israelische Eliten“ (31) hinter den deutschen „Glaubenswächtern“ (49) zu erkennen glaubt, die die Bevölkerung mit Erinnerungsideologie manipulieren, ist ein eindeutig im nationalsozialistischen Geiste entwickeltes Argument, wie es sich bei Armin Mohler oder Rolf Peter Sieferle findet. Diese Manipulation als einzigen Sinn deutscher Holocaustforschung zu behaupten, wird als mit antisemitischen Stereotypen gespickte Idee (67) entlarvt, die wissenschaftlich problematisch und politisch gefährlich ist, weil sie die argumentativen Mühlen der extremen Rechten von links in Bewegung hält.

Methodisch bedeutend für den Band ist vor allem der Text von Sybille Steinbacher, die den einzigen Originalbeitrag beisteuert. Sie setzt sich mit dem Vorwurf auseinander, die Abwehrhaltung der deutschen Holocaustforschung versuche scheinwissenschaftlich den Vergleich zu verhindern. Hingegen weist Steinbacher darauf hin, dass die *Vergleichende Genozidforschung* in ihren „unterschiedlichen Ansätzen auch methodische Unschärfen“ (57) produziert habe, die dazu führen, historische Ereignisse eindimensional und ausschließlich aus der Kolonialgeschichte herzuleiten und diese zur einzigen Konstitutionsbedingung einer zum Genozid neigenden Moderne zu verabsolutieren. So werde sämtliche Theoriebildung auf die Erkenntnisse aus dem Vergleich zurückgeführt, für das Verständnis der Struktur der Verbrechen entscheidende Details aber gerade nicht beachtet.

58 Vgl. dazu auch die in der jüngeren Debatte Arbeiten amerikanischer Historiker, insbesondere Steven T. Katz' zweibändiges Werk „The Holocaust and New World Slavery. A comparative History“, Cambridge 2019.

59 Vgl. vor allem den Beitrag von Detlev Claussen in Werz, Michael (Hg.): Antisemitismus und Gesellschaft. Zur Diskussion um Auschwitz, Kulturindustrie und Gewalt, Frankfurt/M. 1995.



VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT



Lene Kempe

Die diskursive Seite hegemonialer Ordnungen

Eine Neubestimmung des
Verhältnisses von Diskurs,
Macht und Hegemonie

2021 – 236 Seiten – 26,00 €
ISBN 978-3-89691-066-0

4., korr. Auflage

Benjamin Opratko

Hegemonie

Politische Theorie nach

Antonio Gramsci

(Einstiege Band 21)

2022 – 223 Seiten – 20,00 €
ISBN 978-3-89691-681-5

Ulrich Brand / Barbara Fried /
Thomas Sablowski /
Jenny Simon (Hrsg.)

„Wenn man nichts will, erkennt man nichts.“

Ein politisch-biographisches
Gespräch mit Alex Demirović
über kritische

Gesellschaftstheorie und
sozialistische Strategie

2022 – ca. 180 Seiten – ca. 20,00 €
ISBN 978-3-89691-082-0



WWW.DAMPFBOOT-VERLAG.DE

„Die strukturellen Besonderheiten des Holocaust sind unübersehbar – und nicht in jedem anderen Genozidgeschehen vorzufinden: der unbedingte Vernichtungswille, der noch anhielt, als der Zweite Weltkrieg für Deutschland militärisch schon verloren war, die Systematik des Mordprogramms, dessen geographische Reichweite über das gesamte deutsch besetzte und beeinflusste Europa, und der Umstand, dass die Angehörigen der deutschen Volksgemeinschaft – mindestens als Profiteure und Mitwisser in die Verbrechen an den Juden einbezogen wurden.“ (59)

Zwar sei die Debatte über die Shoah und ihre Verbindung zum (deutschen) Kolonialismus wissenschaftlich erhellend und würdig, geführt zu werden. Allerdings in erster Linie deshalb, weil sich durch diese Diskussion zeigen ließe, dass die Behauptungen von ideologischer und personaler Kontinuität von deutschem Kolonialismus und Nationalsozialismus nicht ohne weiteres „nachzuweisen waren“ (62), wie es Jürgen Zimmerer in *Von Windhuk nach Auschwitz* herausgearbeitet hat. Dass die Expansionspolitik der Nazis kolonialistischen Charakter und auch die Idee von Konzentrationslagern kolonialen Ursprung hatte, bedeutet nicht, dass damit die Ziele von Kolonialismus und Nationalsozialismus als identisch betrachtet werden könnten.

Dan Diner fragt vor allem nach der juristischen und erinnerungspolitischen Verantwortung für kollektive Verbrechen, die bis heute – und dies vor allem zum Schaden der Opfer – „nicht hinreichend beantwortet ist“ (72). Aus diesem Mangel an Verantwortung müsse vor allem die Notwendigkeit eines anderen Zugangs zur Erinnerung an die Shoah diskutiert werden. Diesen Zugang schaffe aber gerade die Identisch-Setzung von Kolonialismus und Nationalsozialismus nicht. Diner bringt das derart präzise auf den Punkt, dass es kaum besser ausgedrückt werden kann.

„Sich solcher Verbrechen zu erinnern und das verübte Leid restituierend anzuerkennen ist ein Imperativ universelle Humanität und partikularer Schuld. Den Holocaust von Kolonialverbrechen anhand eines durch ‚Auschwitz‘ den Opfern zugefügten ultimativen Vernichtungstodes zu unterscheiden, bedeutet nicht, das jeweils erlittene Leid als ethisch verschieden zu qualifizieren und somit herabzusetzen – so als gelte eine Art Richterskala des Leidens.“ (78f.).

Vielmehr müsse die Charakteristik der Tat bestimmt werden, im Sinne der Besonderheit *aller* Opfer also die je spezifische Tat im gesellschaftlichen Kontext der Tätergesellschaft analysiert werden. Mit dieser Analyse der Tat wäre zugleich verhindert, ein überhistorisches, metaphysisches oder sogar mystisches *Ereignis* verantwortlich machen zu wollen, dem die konkreten Täter abhandeln können. Damit würde auch verhindert – wie es in vielen postmodernen Theorien der Fall ist – dass „Auschwitz“ zunehmend die Gestalt einer rhetorischen Figur“ (85) annehme, die nicht für die Verbrechen der Deutschen, sondern als Paradigma genozidaler Gewalt insgesamt steht.

Da es sich aber bei vier der fünf Texte um Wiederabdrucke von Artikeln aus dem Feuilleton handelt, wäre stellenweise eine Überarbeitung und eine detailreichere Auseinandersetzung mit den Gegenpositionen wünschenswert gewesen. So hätte die theoretische Stringenz der eigenen Position gestärkt werden können, die in der politischen Intervention im Handgemenge journalistischer Medien bisweilen untergehen. Nichtsdestotrotz bietet der Band eine gut lesbare, in aller Klarheit auf den Punkt gebrachte Zusammenfassung der problematischen Aspekte der Debatte und begründet eindrucksvoll, dass der Vorwurf der postkolonialen Forschung, die deutsche Holocaustforschung sei provinziell und ignoriere außerhalb ihres eigenen Radius stattfindende Erkenntnisse, nicht haltbar ist.

Stefan Vennmann promoviert an der Universität Duisburg-Essen und ist Mitarbeiter im AK Antiziganismus im DISS.

Rechte Räume

Rezension von Dirk Dieluweit

Stephan Trüby: Rechte Räume.
Politische Essays und Gespräche (Bauwelt Fundamente 169)
Basel/ Berlin: Birkhäuser 2020
288 Seiten, 135 Abb., 29,95 Euro
ISBN: 978-3-0356-2240-9

Die Debatten um den Wiederaufbau der Frankfurter Altstadt oder der Potsdamer Garnisonskirche zeigen, wie Akteure der Neuen Rechten versuchen, ihr Weltbild über Architekturkritik und Städtebauprojekte zu verbreiten. Dies ist der Hintergrund, vor dem der an der TU-Stuttgart lehrende Architekturprofessor Stefan Trüby den Sammelband „Rechte Räume“ herausgegeben hat. In einer Reihe von Essays und einem Anhang mit Gesprächen untersucht Trüby, welche architekturpolitische Agenda Akteure der Neuen Rechten verfolgen und wie sich die Mitte der Gesellschaft dabei zur unfreiwilligen Helferin macht (vgl. S. 8).

Da Trüby die meisten von ihm besprochenen Entwicklungen als rechtsextrem bezeichnet, erläutert er zunächst seine Definition von Rechtsextremismus. „Unter Rechtsextremismus werden Bestrebungen verstanden, die sich gegen die im Grundgesetz konkretisierte fundamentale Gleichheit der Menschen richten, und die universelle Gleichheit der Menschenrechte ablehnen“ (10). Trüby lehnt es ab, Rechts- und Linksextremismus gleich zu setzen, da Rechtsextremisten die Demokratie generell ablehnen, wohingegen der politischen Linken die bestehende Ordnung nicht demokratisch genug ist. Hier grenzt sich Trüby explizit von der Extremismus-Doktrin ab.

Zur theoretischen Fundierung seiner Analysen schlägt Trüby vor, mit einem fünfstufigen Analysemodell die Berührungspunkte von Politik und Architektur zu klären. Die ersten zwei Schritte zielen darauf ab, die Rolle des Bauherrn und der von ihm beauftragten Architekten zu untersuchen. Im dritten Schritt möchte Trüby die Umstände der Bauentscheidung untersuchen, worauf im vierten Schritt die Nutzungs- und Umnutzungsgeschichte eines Gebäudes thematisiert werden soll. Im fünften und letzten Schritt soll schließlich analysiert werden, in welchem gesellschaftspolitischen Klima eine Bauentscheidung getroffen wurde. Diese Analyseschritte sind für Trüby wichtig, weil er davon ausgeht, dass es keine *per se* linke oder rechte Architektur gebe. Stattdessen fordert er, die Bedeutung eines Gebäudes mit der im Fünf-Stufenmodell vorgeschlagenen Methoden zu erschließen, um eine Links-rechts-Unterscheidung vornehmen zu können. Fukuyamas Auffassung (im Kontext seiner These vom „Ende der Geschichte“), dass die Links-Rechts-Unterscheidung obsolet sei, da der freie Markt Menschen und Institutionen zu moralischem Handeln zwingen würde und alternativlos sei, lehnt er ab, da sie einer Entpolitisierung gleichkäme (vgl. S. 46).

Da sich die Neue Rechte auf Ideen beruft, die bereits von Protagonisten der konservativen Revolution artikuliert wurden, erläutert Trüby im dritten Kapitel (57-90), welches Architektur-

Stephan Trüby

Rechte Räume

Politische Essays
und Gespräche



Bauwelt Fundamente

Birkhäuser

verständnis Autoren wie Arthur Moeller van den Bruck oder Leopold Ziegler propagierten. Im vierten Kapitel (91-112) zeigt Trüby dann, wie diese Ideen von zeitgenössischen Publizisten wie Claus M. Wolschlag aufgegriffen werden, der beim Wiederaufbau der Frankfurter Altstadt – von einer schwarzgrünen Koalition ab 2006 auf den Weg gebracht – eine nicht unerhebliche Rolle spielte.

In den Kapiteln fünf, sechs und sieben erläutert Trüby, mit welchen Methoden Akteure der Neuen Rechten versuchen, Metapolitik über Architekturkritik und Bauprojekte zu betreiben. So gibt das fünfte Kapitel (113-136) einen Überblick über völkische Siedlungsprojekte und zeigt, wie rechte Aktivisten Immobilien in ländlichen Regionen erwerben und dadurch das Dorfleben mitgestalten. Am Beispiel der Frankfurter Altstadt zeigt Trüby im sechsten Kapitel (137-150), dass Akteure der Neuen Rechten maßgeblich an deutschlandweit bekannten Rekonstruktionsprojekten beteiligt waren. Im siebten Kapitel (151-170) vollzieht Trüby nach, wie es der Neuen Rechten gelang, das „Deutsche Institut für Stadtbaukunst“ zu gründen und Einfluss in berufsständischen Organisationen wie dem Bund deutscher Architekten zu gewinnen.

An den Beispielen des Biosphären-Projektes, des Trump-Towers und der parametrischen Architektur begründet Trüby im achten Kapitel (171-190), warum der Neoliberalismus dazu beiträgt, ein reaktionäres Architekturverständnis zu fördern. Nach Trüby sollen der Trump-Tower und das Biosphärenprojekt im neoliberalen Kapitalismus Gefühle der Steuerbarkeit und Beständigkeit vermitteln. Dagegen begreift die Patrik Schumacher (Zaha Hadid Architects) propagierte Parametrismus-Architektur als ein KI-basiertes, sich selbst regulierendes



System. Die (behauptete) Autonomie des Architektur-Systems darf folglich nicht durch staatliche Eingriffe gestört werden.

Mit dem neunten Kapitel (191-224) wirft Trüby einen Blick auf „rechte Räume in den USA“. Er kritisiert Horkheimer und Adorno (Dialektik der Aufklärung) dahingehend, dass sie wenig zur historischen Erklärung des amerikanischen Rechtsextremismus beigetragen hätten. Dieser müsse wesentlich vor dem Hintergrund der Geschichte der Sklaverei und des Massenmordes an der indigenen Bevölkerung verstanden werden (vgl. S. 194). So ließen sich das liberale Waffenrecht der USA und die Segregation der indigenen und afroamerikanischen Bevölkerung nur aus der Entstehungsgeschichte der USA heraus verstehen. Rechtsradikale Bewegungen, die Donald Trumps Wahlsieg ermöglichten, sind für Trüby Protestbewegungen, die die weiße Vorherrschaft gegen Ansprüche der indigenen und afroamerikanischen Bürgerrechtsbewegungen durchsetzen wollen. Auch die staatsfeindliche Haltung der amerikanischen Rechten ist für Trüby nur zu begreifen, wenn man versteht, dass sich die extreme Rechte der USA auf die Tradition einer ‚weißen‘ Siedlergesellschaft beruft.

Wie Trüby im zehnten Kapitel zeigt (225-246), beruft sich die architektonische Moderne nicht auf antike Vorbilder, sondern stützt sich auf naturwissenschaftliche Erkenntnisse (vgl. S. 228). Dies führte dazu, dass die repräsentativen Bauten der Feudalzeit durch funktionalistisch gestaltete Gebäude ersetzt wurden. Am Beispiel des Bauhaus-Schülers Fritz Ertl, der die bauliche Gestaltung von Auschwitz-Birkenau plante, legt Trüby dar, dass der deutsche Faschismus nicht antimodern war, sondern eine

reaktionäre Version der Moderne darstellte (vgl. S. 234). Dem instrumentellen Funktionalismus glauben manche Architekten wie Léon Krier, der im weitesten Sinne der Neuen Rechten zuzuordnen ist, dadurch zu entgehen, dass sie sich rückwärts-gewandten, antiaufklärerischen Ideen zuwenden, wenn sie wie historisierende Modellstädte entwerfen, so das von Krier für Prinz Charles erbaute Poundbury in Dorset. Dem möchte Trüby mit einer Version der Moderne begegnen, die sich auf keinen idealisierenden Ursprung rückbezieht, sondern die Perspektiven nicht-westlicher Kulturkreise mit einbezieht.

Mit Trübys fünfgliedrigem Modell kann detailliert beschrieben werden, wie sich Politik und Architektur überschneiden. Dadurch macht Trüby deutlich, dass sich Architektur und Politik nicht voneinander trennen lassen. Dies entkräftet die Argumente von Akteuren der Neuen Rechten, die behaupten, sich für unpolitische Bauprojekte zu engagieren. Darüber hinaus widerlegt Trübys Modell die Thesen Patrik Schumachers und anderer Vertreter des Parametrismus, die Architektur als selbst-referentielles System begreifen. Über Architekturkritik versucht die Neue Rechten ihr Weltbild zu verbreiten, ohne den Argwohn der breiten Öffentlichkeit zu wecken. Die Kapitel, in denen Trüby beschreibt, wie sich Aktivisten der Neuen Rechten für Rekonstruktionsprojekte engagieren oder in Siedlungsprojekten mitwirken, gibt Bürgern und Politikern die Möglichkeit, die Ziele zu erkennen, die einige Protagonisten, die an solchen Vorhaben mitwirken, erreichen möchten.

Dirk Dieluweit ist Soziologe und schreibt u.a. über neurechtes Architekturverständnis.

40 Jahre WIR FRAUEN

Feminismus ist käuflich.

Linker Feminismus für 16 € im Abo.

Wir halten Euch auch im Netz auf dem Laufenden www.wirfrauen.de
 Folgt uns auf twitter.com/Wir_Frauen und facebook.com/WirFrauenfemBlatt

Lesetipps

KAPITALISMUSKRITISCHE GESELLSCHAFTSANALYSE: QUEER-FEMINISTISCHE POSITIONEN.

Leseempfehlung von Helmut Kellershohn

Aus der Einleitung der beiden Herausgeberinnen: „Die Beiträge dieses Bandes sind aus vielen Diskussionen entstanden, die die Autor_innen langjährig miteinander in unterschiedlichen Kontexten führten, vor allem seit 2012 im Rahmen des Arbeitskreises ‚Gender & Kapitalismusanalyse‘ der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Im Zentrum dieses Arbeitszusammenhangs stand und steht das dringliche Anliegen, poststrukturalistisch bzw. dekonstruktivistisch geprägte Analysen mit marxistisch-materialistischen Ansätzen zu verbinden und diese nicht als ‚Gegenspieler‘ aufzubauen. Die Unvereinbarkeit dieser Theoriestränge geistert nach wie vor durch die queer-feministische Community. [...] Viele Beiträge dieses Bandes gehen davon aus, dass Marx und Foucault Perspektiven auf eine erweiterte kapitalismuskritische, queer-feministische Gesellschaftsanalyse eröffnen, auch wenn die Ursprungstexte selbst zunächst nicht so angelegt waren. Das Bemühen aller Autor_innen dieses Bandes ist es, mit Blick auf Fragen der materialen Veränderungen von Gesellschaft und deren diskursverschränkenden Bearbeitungsweisen eine erweiterte kritische Gesellschaftsanalyse zu betreiben.“

Autor_innen des Sammelbandes: *Silvia Kontos, Gundula Ludwig & Volker Woltersdorff, Susanne Schultz, Christa Wichterich, Andrea Maihofer, Julia Dück, Birgit Bargetz, Birgit Sauer, Anika Thym, Michael Brie, Susanne Lettow, Alex Demirović*

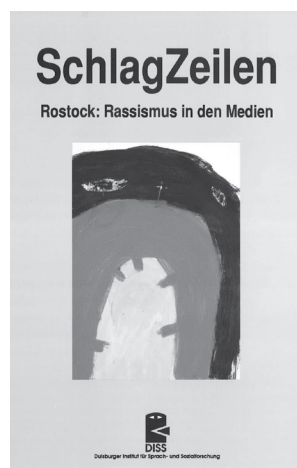


Pühl, Katharina/ Sauer, Birgit (Hrsg.):
Kapitalismuskritische Gesellschaftsanalyse
Queer-feministische Positionen.
Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot
289 Seiten, 30 Euro
ISBN: 978-3-89691-107-0

SCHLAGZEILEN

ROSTOCK: RASSISMUS IN DEN MEDIEN

Leseempfehlung von Benno Nothardt



Dieses Jahr jährt sich das Pogrom von Rostock-Lichtenhagen zum dreißigsten Mal. Im August 1992 griffen Rassist*innen unter dem Beifall von Anwohner*innen und Zugereisten mehrere Tage lang das sogenannte Sonnenblumenhaus an, in dem ein Asylbewerberheim und eine Unterkunft vietnamesischer Vertragsarbeiter untergebracht war. Nur wie durch ein Wunder überlebten ca. 150 Bewohner*innen einen Brandanschlag durch Neonazis.

Die DISS-Studie „SchlagZeilen“ zeigte, dass diese Eskalation eine Folge rassistischer Diskurse der Mitte war und Teile von Politik und Medien die Pogrome wiederum als Argument für eine restriktivere Asylpolitik nutzten und nicht etwa als Anlass für antirassistische Interventionen. „Nur vier Wochen nach dem Pogrom unterzeichnete der damalige Innenminister Rudolf Seiters (CDU) ein ‚Abkommen zur Erleichterung der Rückkehr ausreisepflichtiger Ausländer‘ mit Rumänien, auf dessen Grundlage die Roma, die zur Zeit des Pogroms im Sonnenblumenhaus gelebt hatten, größtenteils kurze Zeit später abgeschoben wurden.“ (Christian Jakob, taz, 28.8.2022) Zudem vereinbarten CDU/CSU und SPD eine Einschränkung des Grundrechts auf Asyl im § 16 des Grundgesetzes. Drei Tage nach deren Beschluss im Bundestag legten Rechtsextreme am 29. Mai 1993 einen Brand im Haus der Familie Genç in Solingen und ermordeten so Gürsün İnce, Hatice Genç, Gülüstan Öztürk, Hülya Genç und Saime Genç.

Bei einer Gedenkfeier am 25.8.2022 sprach Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (SPD) zwar von einer „Schande für unser Land“ (ebd.), Rechte für die Opfer leitet er daraus aber nicht ab. Das Bündnis „Gedenken an das Pogrom. Lichtenhagen 1992“ fordert noch heute „neben einem Rückkehrrecht auch einen Opferentschädigungsfonds für die damaligen Bewohner*innen des Sonnenblumenhauses. Der ist bislang nicht in Sicht“ (ebd.).

Aus diesem Anlass erinnern wir an den Band SchlagZeilen, der kostenlos online zur Verfügung steht:

SchlagZeilen. Rostock: Rassismus in den Medien
DISS 1992, 1993 [2. Aufl.], 104 Seiten, online:
www.diss-duisburg.de/diss-schlagzeilen-1992



JOURNALISMUS IN SOZIALEN NETZWERKEN ARD UND ZDF IM BANN DER ALGORITHMEN?

Leseempfehlung von Sofiya Ovcharenko

Wie Algorithmen die öffentlich-rechtlichen Medien und damit den Journalismus in Hinblick auf dessen Präsenz in den sozialen Netzwerken prägt, untersucht Eichler Henning in seiner Studie.

Die differenzierten Begriffserklärungen, welche auch wichtig sind, um die Studie nachvollziehen zu können, und die Studienergebnisse erklären den Einfluss der Algorithmen in den sozialen Netzwerken auf die öffentlich-rechtlichen Medien. Hierbei ist besonders spannend, dass die sozialen Medien im Laufe der Zeit an Relevanz für die öffentlich-rechtlichen Medien, insbesondere bei der Erfüllung des Bildungsauftrags und der Informationspflicht, gewonnen haben. Die Studie stellt eindringlich dar, wie der Algorithmus die Entscheidungen der Journalist*innen insbesondere in Bezug auf neue Formatentwicklungen, Darstellungsweisen und Inhalte zwangsläufig beeinflusst. Dabei besteht das Problem der Abhängigkeit von den kommerziellen sozialen Medien, da das Machtgefälle zugunsten dieser ausfällt. Die Studie kommt zu dem Schluss, dass es Notwendigkeit ist, dass die öffentlich-rechtlichen Medien sich auf eigene, nicht kommerzielle Lösungen verlagern. Welche Optionen es geben könnte und weitere spannende und informative Inhalte sind in dem Arbeitsheft der Otto Brenner Stiftung nachzulesen.



Eichler, Henning : Journalismus in sozialen Netzwerken

ARD und ZDF im Bann der Algorithmen? (2022)

Otto Brenner Stiftung Arbeitsheft 110, 111 Seiten

Preis: Kostenlos

ISSN-Print:1863-6934

Download unter: <https://www.otto-brenner-stiftung.de/journalismus-in-sozialen-netzwerken/>

Neues aus dem Institut

NEUERSCHEINUNGEN IN DER EDITION DISS

Band 49: Robert Tonks, Zakaria Rahmani: BREXITANNIA. Großbritanniens Weg aus der EU – Great Britain's Exit from the EU. (Erscheint am 15.12.22, Unrast-Verlag, 19,80 Euro)

»Die Briten wollten eigentlich nie wirklich Mitglied der EU sein!«, hört man oft. Was ist dran, an dieser Aussage? Um die britische Sicht der Dinge zu verstehen, reisten die Autoren im Sommer 2020 quer über die Insel und sprachen mit zahlreichen Menschen aus unterschiedlichsten Lebensbereichen, Schichten und Berufen.

1973 trat Großbritannien der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) bei. In einem Referendum zwei Jahre später stimmten 68% der Brit*innen für den Verbleib in der EWG. Am 31. Januar 2020 trat Großbritannien schließlich aus der Europäischen Union (EU) aus. Was war in der Zwischenzeit passiert?

Um die britische Sicht der Dinge zu verstehen, reisten die Autoren – der deutsch-britische Politikwissenschaftler Robert Tonks und der Medienproduzent Zakaria Rahmani – im Sommer 2020 quer über die Insel. Aus ihren Recherchen entstand der WDR-Podcast Brexitannia, der inzwischen sogar

im Schulunterricht verwendet wird. Tonks und Rahmani sprachen mit zahlreichen Menschen aus unterschiedlichsten Lebensbereichen, Schichten und Berufen und mit dem Professor, der als »Erfinder des Brexit« gilt.

Warum traf der rote Bus der Brexit-Kampagne mit dem Versprechen, die EU-Millionen direkt in den nationalen Gesundheitsdienst NHS zu investieren, den Nerv so vieler Brit*innen? Warum hatten so viele ehemalige Bergarbeiter für den Brexit gestimmt? Der Brexit habe sich in den abgehangenen und armen Gebieten des Landes entschieden, hieß es 2016. Doch stellte sich heraus, dass die Befürwortenden auch woanders saßen: in Middle England. Das Problem nur: Dieser Ort ist auf keiner Karte zu finden. »Die Briten wollten eigentlich nie wirklich Mitglied der EU sein!«, hört man oft. Was ist dran, an dieser Aussage? Und welche Rolle spielte dabei die nostalgische Sehnsucht nach dem Empire? Last but not least stellt sich die Frage: Was bedeutet der Brexit für die Zukunft der Insel?

Das nun vorliegende – zweisprachige – Buch zum WDR-Podcast Brexitannia endet mit dem 7. Juli 2022. An diesem Tag sah sich der damalige Premierminister Boris Johnson zum Rücktritt gezwungen, nachdem über 40 Mitglieder seines Kabinetts zurückgetreten waren. Das letzte Kapitel des Buches »Epi-

log – Den Brexit einfach umsetzen – oder auch nicht!« | »Epilogue – Simply Getting Brexit Done – Or Not!« ist eine Kurzanalyse der Geschehnisse bis in die jüngste Vergangenheit, die insbesondere ihren Rechtspopulismus kritisch in den Blick nimmt.

Band 50: Guido Arnold, Margarete Jäger, Helmut Kellershohn: (Post-) Pandemische Normalitäten | Zu den gesellschaftlichen Auswirkungen der Corona-Krise. (Erscheint im Januar 2023 im Unrast-Verlag)

Das Buch versammelt Beiträge, die unter der leitenden Fragestellung stehen, welche »neuen Normalitäten« durch die Corona-Krise generiert werden. Worin besteht ihre bestimmte Qualität und in welcher Relation stehen sie zu den vorpandemischen gesellschaftlichen Verhältnissen?

Die Autorinnen und Autoren sind nicht einem gemeinsamen theoretischen Konzept verpflichtet, sondern bearbeiten die von ihnen gewählte Thematik aus dem ihnen eigenen theoretischen und politischen Blickwinkel. Sie gehen rassistischen und nationalistischen Entsolidarisierungsprozessen nach oder analysieren, wie ein technokratisch geleiteter »Solutionismus« im automatisierten Bevölkerungsmanagement eine Ungleichbehandlung festschreibt – ja sogar zur neuen Gerechtigkeitsvorstellung sich vertiefen könnte. Sie fragen: Welchen Einfluss hat die Corona-Krise auf die weitere Entwicklung der Geschlechterverhältnisse? Wie verändert die durch Corona induzierte bzw. maßgeblich beschleunigte Digitalisierung den Bildungs- und Arbeitsbereich? Wie lässt sich die vertiefte Entwicklung von sozialen Ungleichheitsverhältnissen beschreiben? Wie erklärt sich die zunehmende Bedeutung von Verschwörungsmythen? Wie reagiert die politische Rechte auf die veränderten Konstellationen?

NEUER MITARBEITER

Christian Sydow arbeitet schon länger im AK Migration und der Diskurswerkstatt mit und ist Mitautor des Bandes „Deutsche Rettung?“. Jetzt ist er ehrenamtlicher Mitarbeiter im DISS und will sich noch stärker bei der Vernetzung mit Uni, AStA, DeZIM und soziokulturellen Einrichtungen betätigen. Herzlich willkommen!

FEST DER VIELEN

Umkämpfter Stadtteil – Geteilte Geschichten | Am 21. August präsentierten wir uns mit einem Stand auf dem Fest der Vielen im Rheinpark Hochfeld, wo wir mit netten Menschen gesprochen und ungewohnt viele Bücher verkauft haben.

DEZIM-TAGUNG

Vom 5.–7. Oktober veranstaltete das Deutsche Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) die erste Tagung zur Vernetzung der Migrationsforschung an der Humboldt-Universität zu Berlin. Der AK Migration war dabei. Anna-Maria Mayer, Christian Sydow, Judith Friede und Louis Kalchschmidt stellten Ergebnisse der Studie „Deutsche Rettung?“ (Friede et al. 2022) vor und konnten neue Kontakte knüpfen. Die angenehme Atmosphäre war von einem Interesse an der Vielfalt verschiedener Ansätze geprägt. Den Austausch setzten Christian und Anna dann auf der Tagung des Interdisziplinären Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung (InZentIM) der Uni Duisburg-Essen am 11. Oktober fort.



Anna, Judith und Christian auf der DeZIM-Tagung, Louis leider nicht im Bild.

OFFENES ATELIER IN DEN RÄUMEN DES DISS

Am 22. + 23. Oktober verwandelten Angela Großpietsch alias Lütt Huis und Jobst Paul das DISS in ein Kunstatelier im Rahmen der „Offenen Ateliers DU 2022“ und zeigten einen vielfältigen Mix aus Foto-Grafik, Digital-Malerei und Textilkunst.

Textile Skulpturen und Digital-Malerei im DISS





KDA-WORKSHOPS

Dieses Jahr veranstaltete das DISS vier Workshops zur Einführung in die Kritische Diskursanalyse, davon einen in Sonnerden bei der Initiative Selbstbestimmt Studieren. Der nächste Workshop wird am Mo+Di, 13.+14.2.2023 im DISS angeboten. Infos und Anmeldung: www.diss-duisburg.de/workshop-kritische-diskursanalyse

PRAKTIKUM

2022 werden 34 Student*innen ein Praktikum am DISS absolviert haben. Sie arbeiten in verschiedenen Forschungsprojekten mit, lernen Kritische Diskursanalyse und steuern Artikel für das DISS-Journal bei. Danke!

SPENDEN

Das DISS geht wieder einmal mit Geldsorgen in den Winter. Wir freuen uns über jedes neue Fördermitglied oder die Erhöhung von Spenden: www.diss-duisburg.de/foerderkreis

DISS-Kolloquium

Am Samstag, den 10.12.2022 findet unser diesjähriges DISS-Kolloquium statt
„Der Krieg in der Ukraine und seine gesellschaftlichen Folgen“
 in der Jugendherberge Duisburg-Sportpark
 (Kruppstraße 9, 47055 Duisburg)

Programm:

11.00 h – 11.15 h Begrüßung

11.15 h – 12.30 h *Wolfgang Kastrup*

Die Ukraine als Schlachtfeld in einem Weltordnungskrieg

(Impulsreferat und Diskussion)

12.30 h – 13.30 h Möglichkeit zum gemeinsamen Mittagessen

13.30 h – 14.30 h *Prof. Dr. Jürgen Link*

Zeitenwende zwischen apokalyptischer Eskalation. Sackgassen und Fluchtlinien

(Impulsreferat und Diskussion)

14.30 h – 15.30 h *Prof. Dr. Clemens Knobloch*

Der russische Krieg in der Ukraine in den deutschen Medien

(Impulsreferat und Diskussion)

15.30 h – 15.45 h Kaffeepause

15.45 h – 16.45 h *Helmut Kellershohn*

Neurechte Europakonzepte und der Ukraine-Krieg

(Impulsreferat und Diskussion)

16:45 h – 17:45 h *Dr. Tino Heim*

Der Krieg – ‚Vater‘ der Klimawende oder Brandbeschleuniger der Klimakatastrophe? Anmerkungen zu diskursiven Verknötungen von Sicherheits-, Notstands- und Klimapolitik

(Impulsreferat und Diskussion)

17.45 h – 18.30 h Abschlussdiskussion und Ausblick

Nach der Tagung können wir noch in einem nahegelegenen Restaurant gemeinsam essen, trinken und sprechen.

Unsere Veranstaltung wird von der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) NRW unterstützt. Dadurch ist es möglich, dass der Tagungsbeitrag nur 55 € beträgt. Dennoch bitten wir um großzügige Spenden an das DISS, damit wir weiter erfolgreich durch die Krisenzeiten kommen. Die Teilnehmendenzahl ist auf 40 beschränkt. Anmeldung bitte an iris.tonks@diss-duisburg.de



Für eine andere Zeitenwende!
Sonderheft der Zeitschriften kultuRRévolution
und DISS-Journal (August 2022)

Redaktion: Guido Arnold, Tino Heim, Margarete Jäger, Wolfgang Kastrup, Clemens Knobloch, Jürgen Link, Thomas Lisch, Anna-Maria Mayer, Benno Nothardt, Iris Tonks

Bestellung: info@diss-duisburg.de
Schutzgebühr: 4 EUR

Das anfängliche Ziel deutscher (und europäischer) Außenpolitik, den Krieg so schnell wie möglich zu beenden, ist in einer verheerenden Binarität einem auf Eskalation angelegten neuen Kriegsziel, dem ›SiegFrieden‹ gewichen – in Analogie zum Kriegsziel der deutschen Imperialisten von 1914: ›Die Ukraine muss siegen‹ und ›Russland muss offensivunfähig werden‹. Dadurch hat sich der Krieg tiefgreifend zu einem Gegen-Eskalationskrieg verändert, was insbesondere im Primat einer militärischen Unterstützung durch Lieferung ›schwerer Waffen‹ deutlich wird.

Die Zeitschriften kultuRRévolution und DISS-Journal wollen mit diesem gemeinsamen Sonderheft auf die (Kriegs-)Gefahren binaristischer Sichtweisen und ihre verheerenden gesellschaftspolitischen und ökologischen Konsequenzen aufmerksam machen.

Das Heft wendet sich an die politische und zivilgesellschaftliche Öffentlichkeit und damit explizit auch an soziale Bewegungen. Es will als Denk- und Handlungsanstoß für eine ›andere Zeitenwende‹ gelesen werden.



BREXITANNIA
Robert Tonks, Zakaria Rahmani
Unrast-Verlag, Edition DISS Band 49
Erscheint am 15.12.22
Preis 19,80

»Die Briten wollten eigentlich nie wirklich Mitglied der EU sein!«, hört man oft. Was ist dran, an dieser Aussage? Um die britische Sicht der Dinge zu verstehen, reisten die Autoren im Sommer 2020 quer über die Insel und sprachen mit zahlreichen Menschen aus unterschiedlichsten Lebensbereichen, Schichten und Berufen.

1973 trat Großbritannien der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) bei. In einem Referendum zwei Jahre später stimmten 68% der Brit*innen für den Verbleib in der EWG. Am 31. Januar 2020 trat Großbritannien schließlich aus der Europäischen Union (EU) aus. Was war in der Zwischenzeit passiert?

Um die britische Sicht der Dinge zu verstehen, reisten die Autoren – der deutsch-britische Politikwissenschaftler Robert Tonks und der Medienproduzent Zakaria Rahmani – im Sommer 2020 quer über die Insel. Aus ihren Recherchen entstand der WDR-Podcast Brexitannia, der inzwischen sogar im Schulunterricht verwendet wird. Tonks und Rahmani sprachen mit zahlreichen Menschen aus unterschiedlichsten Lebensbereichen, Schichten und Berufen und mit dem Professor, der als ›Erfinder des Brexit‹ gilt.

Das Buch ist eine Kurzanalyse der Geschehnisse bis in die jüngste Vergangenheit, die insbesondere ihren Rechtspopulismus kritisch in den Blick nimmt.



(Post-)Pandemische Normalitäten
Zu den gesellschaftlichen Auswirkungen der Corona-Krise
Guido Arnold | Margret Jäger | Helmut Kellershohn (Hg.): Unrast-Verlag
Edition DISS Band 50
Erscheint im Januar 2023
ISBN 978-3-89771-7

Das Buch versammelt Beiträge, die unter der leitenden Fragestellung stehen, welche »neuen Normalitäten« durch die Corona-Krise generiert werden. Worin besteht ihre bestimmte Qualität und in welcher Relation stehen sie zu den vorpandemischen gesellschaftlichen Verhältnissen?

Die Autorinnen und Autoren sind nicht einem gemeinsamen theoretischen Konzept verpflichtet, sondern bearbeiten die von ihnen gewählte Thematik aus dem ihnen eigenen theoretischen und politischen Blickwinkel. Sie gehen rassistischen und nationalistischen Entsolidarisierungsprozessen nach oder analysieren, wie ein technokratisch geleiteter »Solutionismus« im automatisierten Bevölkerungsmanagement eine Ungleichbehandlung festschreibt – ja sogar zur neuen Gerechtigkeitsvorstellung sich vertiefen könnte.

Sie fragen: Welchen Einfluss hat die Corona-Krise auf die weitere Entwicklung der Geschlechterverhältnisse? Wie verändert die durch Corona induzierte bzw. maßgeblich beschleunigte Digitalisierung den Bildungs- und Arbeitsbereich? Wie lässt sich die vertiefte Entwicklung von sozialen Ungleichverhältnissen beschreiben? Wie erklärt sich die zunehmende Bedeutung von Verschwörungsmythen? Wie reagiert die politische Rechte auf die veränderten Konstellationen?



35 Jahre

DISS